

Wahlprogramm
zur Bundestagswahl 1998
der Freien Demokratischen Partei

„Es ist Ihre Wahl.“

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag
in Leipzig vom 26.-28. Juni 1998)

**Wir stehen für den weiteren Aufschwung
durch mehr Markt, mehr Wettbewerb
und neue Arbeitsplätze.**

**Wir stehen für das innere
Zusammenwachsen Deutschlands.**

**Wir stehen für eine
umfassende Bildungsreform.**

**Wir stehen für eine moderne,
weltoffene, tolerante Gesellschaft.**

**Wir stehen für eine
verlässliche Außenpolitik.**

Dafür bitten wir Sie um Ihre Zustimmung.



Es ist Ihre Wahl.

Es ist *Ihre* Wahl.

**Das Wahlprogramm der Liberalen
zur Bundestagswahl 1998.**



Es ist

Ihre

Wahl



Das Wahlprogramm der F.D.P.
zur Bundestagswahl 1998.

D1-3435

Inhalt

Vorwort	S. 5
I. Arbeitsplätze für Deutschland	S. 6 - 24
II. Für eine Bildungsoffensive	S. 25 - 36
III. Liberal ist sozial	S. 37 - 50
IV. Freiheit und Recht im 21. Jahrhundert	S. 51 - 68
V. Informationsgesellschaft und Medien	S. 69 - 75
VI. Ökologische Marktwirtschaft und marktwirtschaftliche Ökologie	S. 76 - 83
VII. Für eine liberale Verkehrspolitik	S. 84 - 87
VIII. Wohnungs- und Städtebau	S. 88 - 89
IX. Liberale Außenpolitik für Deutschland	S. 90 - 104
Stichwortverzeichnis	S. 105 - 112

Impressum

Verantwortlich: F.D.P.-Bundesgeschäftsstelle
Adenauerallee 266, 53113 Bonn

Herausgeber: liberal-Verlag, Eifelstraße 14
53757 Sankt Augustin

Druck: SERAL Druck GmbH
Krugbäcker Straße 3, 56235 Ransbach-Baumbach

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

dieses Programm in Ihren Händen ist unser liberales Angebot für die nächste Legislaturperiode an Sie. Am 27. September geht es nicht nur um die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, sondern vor allem darum, wie wir die Zukunftschancen unseres Landes nutzen. Im Zeitalter der Globalisierung müssen wir unsere Gesellschaft und den Staat fit machen für die neuen Herausforderungen. Unser Gemeinwesen braucht weniger Staat und mehr Freiheit und Verantwortung. Wir wollen den Weg der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft fortsetzen. Wir wollen Steuersenkungen für alle: für neue Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland. Unser Sozialstaat muß wieder auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Wir wollen mit einer Bildungsoffensive die Zukunftschancen der jungen Generation verbessern.

Wir stehen als erste gesamtdeutsche Partei für das innere Zusammenwachsen Deutschlands. Wir stehen für eine gesellschaftliche Modernisierung. Deutschland hat sich hohes internationales Ansehen und Vertrauen bei unseren Partnern erworben. Unser Land braucht weiterhin eine verlässliche, handlungsfähige und berechenbare Außenpolitik.

Wir werben mit diesem konkreten Programm offen, ehrlich und ohne schönen Schein. Wir wollen, daß Sie als Bürgerinnen und Bürger wissen, wofür die F.D.P. steht. Sie sollten vergleichen. Als Partei für Freiheit und Verantwortung wollen wir mit Kompetenz und Verlässlichkeit Deutschlands Zukunft mitgestalten.

Sie entscheiden über Deutschlands Zukunft als leistungsfähiges, weltoffenes und tolerantes Land. Je stärker Sie die F.D.P. bei der Bundestagswahl am 27. September machen, um so mehr können wir von diesem Programm durchsetzen. Es ist Ihre Wahl.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Guido Westerwelle, MdB

I. Arbeitsplätze für Deutschland

Deutschland braucht ein geistiges Klima des Aufbruchs

Deutschland braucht ein geistiges Klima des Aufbruchs, der Zukunftsorientierung und der Risiko- und Leistungsbereitschaft.

Dieses **geistige Klima** zu schaffen, ist eine Aufgabe der Politik und Gesellschaft insgesamt. Die notwendigen Reformen verlangen von allen Bereitschaft zur Veränderung und zum Verzicht auf liebgewonnene **Besitzstände**. Die F.D.P. ist die politische Kraft, die die notwendigen Veränderungen ehrlich anspricht und dem Wettbewerb der nicht finanzierbaren politischen Versprechungen eine Absage erteilt. Die F.D.P. appelliert an alle Kräfte, an alle Gruppen, an alle Menschen, die die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande prägen. Gemeinsam wollen wir

- bei neuen Entwicklungen, neuen Technologien in erster Linie die Chancen sehen, nicht die Risiken,
- uns von Mut und Wandel leiten lassen, nicht von Lähmung,
- Hoffnung und Optimismus ausstrahlen, nicht Ängste und Sorgen.

Deutschland braucht marktwirtschaftliche Erneuerung für Arbeitsplätze

Für Arbeitsplätze braucht Deutschland marktwirtschaftliche Erneuerung vom Kopf bis zum Fuß. Die Bürger wissen, daß ein bißchen Flickwerk hier und da nicht reicht, wenn ein gewaltiger Staatsapparat und eine wuchernde Sozialbürokratie vom mittleren Einkommen die Hälfte und mehr auffressen. Wenn jede zweite Mark durch die Hände des Staates geht, dann ist das zuviel bürokratische Staatswirtschaft und zuwenig soziale Marktwirtschaft.

Arbeitslosigkeit ist ein schweres Schicksal. **Die sozialste Politik ist es, Arbeitsplätze zu schaffen.** In Deutschland gibt es keinen Mangel an Arbeit, aber einen Mangel an bezahlbaren Arbeitsplätzen. **Verantwortung für den Erhalt von Arbeitsplätzen und das Entstehen neuer Arbeitsplätze trägt nicht der Staat allein, sondern die Tarifpartner**, die über Lohnkosten und tarifliche Lohnzusatzkosten maßgeblich die Kosten des Faktors Arbeit bestimmen. Der Staat trägt Verantwortung für die Steuerlast und die hohen gesetzlichen Lohnzusatzkosten. Auch bürokratische Verfahren und Überregulierungen verhindern mehr Investitionen und vertreiben Arbeitsplätze aus Deutschland.

1998 geht es um eine Richtungsentscheidung: Fährt Deutschland mit der Abgabenbelastung des Wohlfahrtsstaats auf ausgefahrenen Schienen ins Abseits? Oder fährt Deutschland mit einem liberalen Sozialstaat in eine gute Zukunft? Die F.D.P. hat als einzige Partei den **Mut zu marktwirtschaftlicher Erneuerung:** zu Sozialer Marktwirtschaft anstelle bürokratischer Staatswirtschaft, zu weniger Steuern und Abgaben anstelle mehr staatlicher Ausgaben, zu mehr persönlicher Freiheit und Verantwortung anstelle der Verstaatlichung von Verantwortung.

Mehr Chancen auf eine gute Ausbildung und einen sicheren Arbeitsplatz schafft vor allem der Mittelstand. Er allein steht für rund 80 % unserer heutigen Arbeitsplätze. **Deswegen ist der Mittelstand, sind Freie Berufe, Handwerker, Selbständige das Rückgrat unserer Wirtschaft.**

Mit der Wende zur marktwirtschaftlichen Erneuerung nach 1982 haben wir Liberale bewiesen, was marktwirtschaftliche Reformen für mehr Arbeitsplätze leisten. Im Westen Deutschlands wurden damals dadurch 3 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Heute ist die F.D.P. erneut die einzige Partei, die die wohlfahrtsstaatlichen Verkrustungen durch **Steuerentlastung, Steuerehrlichkeit, Steuergerechtigkeit**, weniger Sozialabgaben und mehr eigenverantwortliche Vorsorge der Bürger aufbrechen will. Arbeit für alle ist dann nicht mehr Utopie, sondern wird Realität einer Sozialen Marktwirtschaft, die ihren internationalen Ehrennamen wieder verdient.

Deutschland hat alle Chancen für gutbezahlte Arbeitsplätze und einen Sozialstaat, der wieder verlässlicher wird. Denn wo immer die Deutschen nicht durch hohe Steuerlast, hohe Sozialabgaben und bürokratische Erstarrung ausgebremst oder gar entmutigt werden, sind sie zur Leistung bereit, flexibel und innovativ.

Deutschland braucht Leistung, Flexibilität und Innovation

1. Steuersenkung für Arbeitsplätze

Unser Ziel für die kommende Legislaturperiode ist eine durchgreifende, marktwirtschaftliche Steuerreform zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Im Zeitalter der Globalisierung ist die **Steuerreform ein Schlüsselprojekt** für mehr Investitionen und Arbeitsplätze und auch für gesunde Staatsfinanzen. Die Probleme des 21. Jahrhunderts können mit unserem antiquierten Steuersystem nicht gelöst werden. Die Folgen:

- **Unser Steuersystem ist unfair und ungerecht.** Es belastet gleichhohe Einkommen unterschiedlich hoch. Verantwortlich dafür sind die zahlreichen steuerlichen Sonderregelungen. Von vielen Menschen können diese kaum genutzt werden. So finanziert der **Durchschnittssteuerzahler** die Steuervergünstigungen zur Milderung der zu hohen Steuersätze.
- **Steuerliche Subventionen** hatten bei ihrer Einführung allenfalls den Sinn, gesellschaftlich oder wirtschaftlich wünschenswerte Ziele zu verwirklichen. Inzwischen sind sie aber so ausgeföhrt, daß das Steueraufkommen in den letzten Jahren weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die Steuereinnahmen sind nicht mehr kalkulierbar. Viele steuerliche Subventionen haben sogar zu Kapitalfehlleitungen geführt.
- Unsere Steuersätze sind leistungsfeindlich hoch. Sie bestrafen die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger, die Innovation und das Sparen. Steuervergünstigungen geben Anreize, nach Möglichkeiten der Steuerersparnis aller Art zu suchen, statt Kreativität und Fleiß voll auf Märkte und Arbeitsplätze zu konzentrieren: Energien werden dadurch fehlgeleitet. Die hohen Steuersätze benachteiligen unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb. Sie fördern das Abwandern von Betrieben und Arbeitsplätzen ins Ausland.

Kern der von der F.D.P. geforderten **Steuerreform** ist eine massive Senkung der Steuersätze für Bürger und Wirtschaft über alle Einkommensbereiche hinweg, kombiniert mit dem weitgehenden Abbau steuerlicher Ausnahmeregelungen. Ziel ist dabei eine Entlastung von mindestens 30 Mrd. DM mit **mehr Netto für Alle**.

Unser Steuerrecht wird dadurch einfacher, gerechter und leistungsfreundlicher. Das stärkt unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb; Arbeitsplätze werden gesichert, neue Arbeitsplätze geschaffen. Trotz der von der F.D.P. dabei angestrebten Nettoentlastung werden sich für den Staat **Steuermehreinnahmen** ergeben: Die **Erfahrungen in anderen Ländern** wie z. B. in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien zeigen: Solche Reformen führen zu einem höheren Steueraufkommen, weil sie Wachstum und Beschäftigung anregen.

Die **Große Steuerreform** dieser Legislaturperiode ist zwar am **Widerstand der SPD im Bundesrat gescheitert**. Sie hätte eine Erfüllung der meisten Forderungen unseres Bundestagswahlprogramms 1994 gebracht. Gleichwohl sind wichtige Teile unserer Forderungen umgesetzt worden:

- **Steuerfreiheit des Existenzminimums,**
- **ersatzloser Wegfall des Kohlepfennigs,**
- **Anhebung von Kindergeld und Kinderfreibeträgen,**
- **Verzicht auf die Erhebung der Vermögensteuer,** insbesondere der substanzverzehrenden, mittelstandsfeindlichen betrieblichen Vermögensteuer,
- **Abschaffung der Gewerbesteuer,**
- **Neuregelung der Erbschaft- und Schenkungsteuer** mit mittelstandsfreundlichen Komponenten beim Übergang von kleinen und mittleren Unternehmen,
- **Absenkung des Solidaritätszuschlags in einem ersten Schritt.**

Diese Maßnahmen haben eine Entlastung von **37,5 Mrd. DM** gebracht.

Unsere Ziele für die kommende Legislaturperiode:

- 1. Eine Große Steuerreform mit Stufentarif für die Einkommensteuer**
- 2. Vollständige Abschaffung der Gewerbesteuer**
- 3. Konsequente Vereinfachung und Neuordnung des Steuerrechts**

Große Steuerreform mit Stufentarif für gerechtere und niedrigere Steuern

- Senkung der Tarife in der Lohn- und Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer bei gleichzeitiger weitgehender Abschaffung steuerlicher Ausnahmetatbestände und Steuersubventionen. **Unser Ziel bleibt ein Stufentarif:**

Steuersatz Null für die Einkommenstufe bis zur Zeit ca. 13 000 DM,
 15 % für die Einkommenstufe von über 13 000 bis 20 000 DM,
 25 % für die Einkommenstufe von über 20 000 bis 60 000 DM,
 35 % für die Einkommenstufe über 60 000 DM.

Diese Einkommenstufen gelten für Ledige. Für Verheiratete gelten jeweils die doppelten Beträge für die Einkommenstufen.

Bei der **Körperschaftsteuer** soll der Steuersatz für einbehaltene Gewinne

35 % und für ausgeschüttete Gewinne 25 % betragen. Die Steuersätze für gewerbliche Einkünfte bei Kapital- und Personengesellschaften gelten unter der Voraussetzung, daß die Zusatzbelastung der Gewerbesteuer abgeschafft wird. Anderenfalls müßten die Tarife für gewerbliche Einkünfte weiter gesenkt werden.

- Der **Solidaritätszuschlag** ist im Zuge einer Großen Steuerreform abzuschaffen, ohne die Transferzahlungen in die neuen Bundesländer einzuschränken.
- Deutliche Entlastung von mindestens 30 Mrd. DM für die Steuerzahler bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie Körperschaftsteuer. **Eine grundlegende Steuerreform schafft wieder verlässliche Steuereinnahmen** und durch eine konjunkturelle Belebung auch wieder mehr Steuereinnahmen für den Staat.
- Im Rahmen der Steuersenkungsreform setzt sich die F.D.P. für einen **dritten Mehrwertsteuersatz auf den Energieverbrauch** ein, wenn er europaweit einheitlich eingeführt wird, im anderen Fall belastet er Wirtschaft und Arbeitsplätze allein in Deutschland. Die F.D.P. macht es jedoch zur **Bedingung für einen dritten Mehrwertsteuersatz auf Energie**, daß das Aufkommen hieraus ausschließlich der zeitgleichen weiteren Absenkung der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer dient.
- **Weitere zeitnahe Anpassung des Grundfreibetrags.** Das Existenzminimum jedes Bürgers muß immer steuerfrei sein.
- **Umsteuern bei der Besteuerung der Alterseinkünfte:** Vollständiger Abzug aller Beiträge zur Alterssicherung bei der Lohn- und Einkommensteuer und volle Besteuerung der Altersversorgung, soweit die geleisteten Beiträge vorher abzugsfähig waren. Zur **Finanzierbarkeit** sind für einen längeren Zeitraum Übergangsregelungen notwendig.
- Ersatz der derzeitigen kapitalvertreibenden und superbürokratischen Besteuerung der Zinsen durch eine **Abgeltungssteuer** mit 25 %, für kleine Einkommen als Anrechnungssteuer.

Abschaffung der Gewerbebeertragsteuer mit Ausgleich für die Kommunen

- Die Gewerbebeertragsteuer ist abzuschaffen, weil sie eine hohe Sondersteuer auf Unternehmen ist, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten sollen. Sie belastet insbesondere kleinere und mittlere Betriebe, die wenig oder keine internationalen **Gestaltungsspielräume** bei der Steuer haben. Zum Ausgleich soll den **Gemeinden** eine höhere Beteiligung an der Einkommensteuer und/oder Umsatzsteuer zukommen; im Rahmen einer **Finanzreform** sollen die Gemeinden ein eigenes, begrenztes Hebesatzrecht auf ihren Einkommensteueranteil ausüben können.

Konsequente Vereinfachung und Neuordnung des Steuerrechts

- Konsequente Vereinfachung des Steuerrechts durch weitgehende Abschaffung steuerlicher Ausnahmetatbestände im Einkommensteuerrecht.
- Endgültige Abschaffung der derzeit nicht mehr erhobenen **Vermögenssteuer**, auch als Voraussetzung für die endgültige Abschaffung der bürokratischen Einheitsbewertung, die nach Abschaffung der Vermögenssteuer und nach der **Neuregelung der Erbschaftsteuer** nur noch für die **Grundsteuer** durchgeführt wird. Für die Grundsteuer reicht eine einfache Bewertung nach tatsächlicher oder ortsüblicher Miete bzw. nach umbautem Raum für Wirtschaftsgebäude aus.
- **Abschaffung der Kfz-Steuer** und Umlegung auf die Mineralölsteuer.
- Anstelle zahlreicher Einzelgesetze **ein Steuergesetzbuch**, in dem das Steuerrecht übersichtlich zusammengefaßt und gründlich entrümpelt wird. Für Arbeitnehmer muß Ziel die Selbstberechnung der jährlichen Steuer sein.

2. Schluß mit Subventionen

Deutschlands **Subventionspolitik** ist ungerrecht und verzerrt den Wettbewerb. Das benachteiligt vor allem den Mittelstand. Mit vielen Milliarden jährlich werden Industrien und Produkte der Vergangenheit konserviert auf Kosten von Investitionen in Bildung und Ausbildung als Deutschlands wertvollste Standortfaktoren.

Die F.D.P. hat dafür gesorgt, daß die **Steinkohlesubventionen** von 9,25 Mrd. DM auf 5,5 Mrd. DM bis zum Jahr 2005 sozial und regional verträglich gekürzt werden. Darüber hinaus tritt die F.D.P. dafür ein, im Interesse der

Planungssicherheit schon frühzeitig festzulegen, daß die Steinkohlesubventionen ab 2005 auslaufen. Angesichts des Gesamtumfangs der bundesdeutschen und europäischen Subventionen kann die Diskussion aber nicht auf das Thema Steinkohle verengt werden. Eine grundlegende Reform der Subventionspolitik ist zwingend erforderlich. Dies gilt auch im Hinblick auf die undurchschaubar gewordene **Gemeinsame Agrarpolitik** der Europäischen Union. Ganz generell wollen wir Subventionen nur noch als zeitlich begrenzte und **degressiv** gestaltete Start- und Anpassungshilfe gewähren und auf einen Bruchteil reduzieren.

Solange der Abbau einzelner Subventionen politisch blockiert wird, strebt die F.D.P. eine prozentuale Kürzung der Subventionen ("**Rasenmähermethode**") an.

3. Neue Bundesländer weiter gezielt fördern

Die Menschen in den neuen Bundesländer sind in besonderem Maße zur Leistung bereit. Das beweisen unzählige **Existenzgründungen und der Aufbau einer Dienstleistungskultur** in privater Initiative. Die Wirtschaft der neuen Länder steht aber immer noch unter starkem Anpassungsdruck. **Ostdeutschland braucht deshalb weiterhin solidarische Hilfe.** Dieser Einsatz öffentlicher Mittel ist besonders sinnvoll.

Bei den verschiedenen Förderinstrumenten legt die F.D.P. den **Schwerpunkt auf die Investitionszulage.** Das Antragsverfahren und die Abwicklung der Förderung müssen insbesondere für Existenzgründer und kleine und mittlere Betriebe entbürokratisiert werden. Der Risikobereitschaft der Existenzgründer muß eine größere Risikobereitschaft der Kapitalgeber entsprechen. Außerdem müssen die eingeleiteten **Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsmoral** umgesetzt werden.

Für den Aufschwung Ost müssen aber auch die Tarifparteien ihren Beitrag leisten. Es dürfen nicht länger falsche tarifpolitische Entscheidungen die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe schwächen und neue Arbeitslosigkeit produzieren. Tarifpolitische Vereinbarungen müssen sich an den Produktivitätszuwächsen der Betriebe orientieren. Nur so können Arbeitsplätze erhalten werden.

4. Neue Offensive für Privatisierung

Wir Liberale halten daran fest: **Es ist nicht Aufgabe des Staates, unternehmerisch tätig zu sein.** Die Post, Telekom und Deutsche Bahn stehen nur exemplarisch für die bisherigen Privatisierungserfolge der Bundesregierung. Derzeit hält allein der Bund rund 516 Beteiligungen. Das Nennkapital beträgt über 32 Mrd. DM, der tatsächliche Zeitwert liegt nach allen Erfahrungen beträchtlich höher. Die F.D.P. will die **Bundesbeteiligungen innerhalb der nächsten 5 Jahre verkaufen.** Die Erlöse und Zinersparnisse sollen gezielt zur Entschuldung des Bundeshaushalts und für eine Innovations- und Bildungsinitiative eingesetzt werden. Liegenschaften in staatlichem Eigentum sind ebenfalls auf das notwendige Mindestmaß zu reduzieren: Je weniger der Staat Unternehmer und Immobilien-Eigentümer spielt, desto besser für solide Staatsfinanzen, desto mehr kann aus Privatisierungsgewinnen investiert werden in Bildung, Ausbildung und Zukunftstechnologien. Viele Länder und Kommunen haben hier noch erhebliche Privatisierungsrückstände.

Auch **Infrastrukturaufgaben**, bei denen der Staat als Unternehmer die Leistungen selbst anbietet - zum Beispiel Versorgung, Entsorgung und Verkehrswege - sind verstärkt an private Träger zu übertragen. Dies schließt Planung, Finanzierung, Erstellung, Instandhaltung und Betrieb der Einrichtungen ein. Die öffentliche Hand soll sich auf die **hoheitliche Verantwortung**, insbesondere die Feststellung des grundsätzlichen Bedarfes, beschränken. Diese **neue Arbeitsteilung zwischen Bürger und Staat bedeutet:** Volle Übertragung der Aufgaben an Private, keine Scheinprivatisierung und Scheinselbständigkeit auf Kosten vor allem des Mittelstandes.

5. Abbau von bürokratischen Hemmnissen

Bürokratie belastet Bürger, Arbeitsplätze und Betriebe in Deutschland. Die **F.D.P. setzt auf den Mittelstand.** Kleine und mittlere Unternehmen gehören zu den innovativsten und motiviertesten, sie sind der Motor der deutschen Wirtschaft, sie schaffen die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Die F.D.P. wird auch weiter daran arbeiten, bürokratische Hemmnisse, die Regelungsdichte abzubauen und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Ziel ist es, die **Bürokratielasten insbesondere für den Mittelstand und kleine Betriebe, Freiberufler und Selbständige** innerhalb von drei Jahren um mindestens 20 % zurückzuführen.

Ferner muß die öffentliche Hand den Unternehmen **Kosten für Bürokratieleistungen ersetzen**, die ausschließlich im Interesse der öffentlichen Hand erbracht werden – Zwangsstatistiken, Lohnsteuerabzug, Auszahlung des Kindergeldes, Errechnung und Weiterleitung der Sozialabgaben, Ausstellung von Verdienstbescheinigungen für staatliche Stellen. Technisch kann dies ohne Aufwand durch einen nach Unternehmensgröße gestaffelten **pauschalen Abzug von der abgeführten Lohnsteuer** erfolgen.

Ferner brauchen wir **mehr Flexibilität bei der Arbeitsvermittlung**. Das Monopol der Bundesanstalt für Arbeit muß zugunsten einer freien und effizienten Arbeitsvermittlung aufgegeben werden.

6. Mut zu mehr Wettbewerb

Die F.D.P. wird ihre Politik der letzten Jahre konsequent fortsetzen. **Von der Privatisierung der Telekommunikation, der Energiewirtschaft bis zum Postwesen stehen die Weichen auf mehr Wettbewerb**. Die F.D.P. will Wettbewerb auch auf bisher monopolistisch verkrustete Dienstleistungsbereiche ausdehnen und bei Telekommunikation, Post und Bahnverkehr verstärken.

Die Arbeitslosigkeit ist unerträglich hoch, weil in der Praxis marktwirtschaftliche Prinzipien durchlöchert worden sind: Für neue Arbeitsplätze brauchen wir Innovationen zum Aufspüren von Marktchancen.

Der Weg zur Entdeckung neuer Ideen, Produkte und Dienstleistungen ist der Wettbewerb. Wettbewerb erzwingt Strukturanpassungen. Im Anpassungsprozeß gehen in einzelnen Bereichen Arbeitsplätze verloren. Auf der anderen Seite bringt Wettbewerb niedrigere Preise, bessere Qualität, höhere Produktivität, mehr Innovation. Das führt zu Wachstumsdynamik und schafft damit neue, zukunftssichere Arbeitsplätze.

Um mehr Wettbewerbskräfte freizusetzen, wird sich die F.D.P. in der nächsten Legislaturperiode für eine weitere Liberalisierung des **Ladenschlußgesetzes**, der **Handwerksordnung**, des **Rabattgesetzes** und der **Zugabeverordnung** einsetzen.

Die F.D.P. fordert eine **konsequente Durchsetzung der Wettbewerbsprinzipien auf europäischer Ebene** und bekräftigt zu diesem Zweck ihre Forderung nach einem unabhängigen Europäischen Kartellamt.

7. Reform der Tarifverträge

Die großflächige Vernichtung von Arbeitsplätzen und sozialen Chancen durch starre, betriebsferne Flächentarife muß gestoppt werden: Der Flächentarifvertrag, der die Arbeitsverhältnisse bis ins Detail bundeseinheitlich regelt, hat ausgedient. Das "Tarifkartell" aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften nimmt zuwenig Rücksicht auf diejenigen, die Arbeit suchen, und auf die besondere Situation der einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen. Der Gesetzgeber fördert diese Entwicklung auch noch dadurch, daß nach der derzeitigen Rechtslage vorübergehende Ausnahmen vom Tarifvertrag "nach unten" von der Zustimmung beider Tarifparteien abhängen.

Die Tarifparteien sollen sich darauf beschränken, Rahmenvereinbarungen zu treffen. Innerhalb des Rahmens wird die Entscheidung insbesondere über das Arbeitsentgelt und die Arbeitszeit auf die betriebliche Ebene verlagert, auf Vereinbarungen zwischen dem Unternehmen und den Mitarbeitern bzw. den gewählten Belegschaftsvertretungen. Nur sie, die Partner im Einzelbetrieb, kennen seine wirtschaftliche Lage und seine speziellen Anforderungen. Nur sie können hierauf flexibel und individuell reagieren.

Durch entsprechende **Änderung des Tarifvertragsgesetzes** und des Betriebsverfassungsgesetzes ist diese neue Form der Tarifverträge gesetzlich abzusichern. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ist abzuschaffen.

8. Mehr Flexibilität im Arbeitseinkommen

Neue Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und damit Arbeitslosen eine Chance zu geben, setzt eine Phase maßvoller Tarifabschlüsse bei Löhnen und Gehältern voraus, bei denen im Interesse der Arbeitslosen Lohnzuwächse unterhalb der Produktivität langfristig vereinbart werden. In schweren Zeiten ist Lohnzurückhaltung eine Investition in die Zukunft im Interesse sicherer und gutbezahlter Arbeitsplätze. **Pauschale Arbeitszeitverkürzungen** oder die generelle 30-Stunden-Woche lehnt die F.D.P. ab, weil damit Arbeitsplätze in Deutschland noch teurer würden.

Zukünftige Spielräume für Einkommenszuwächse sollen gezielt für eine **erfolgsabhängige Entgeltkomponente** genutzt werden: Den Beschäftigten steht ein bestimmter Anteil am Gewinn zu, der mit steigenden Gewinnen ansteigt. Diese **Teilhabe der Mitarbeiter am wirtschaftlichen Erfolg** fördert die Partnerschaft im Betrieb.

9. Neue Anstöße zur Vermögensbildung

Trotz steigender Einkommen hat sich die breit gestreute Beteiligung am Produktivvermögen in den letzten Jahren kaum weiterentwickelt. Hier liegen Zukunfts-Chancen brach. **Mitarbeiter-Beteiligungen** fördern die Motivation der Beschäftigten. Darüber hinaus lenken und halten sie Kapital in Unternehmen, mit dem neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Vermögensbildung braucht Freiheit und Freiwilligkeit: Wahlfreiheit für den Arbeitnehmer bei der Art der Anlagen und Freiwilligkeit der Vereinbarungen in den Betrieben, keine Privilegierung von Tariffonds.

Durch Investivlohnmodelle wollen wir die Möglichkeiten breiter Vermögensbildung verbessern und erweitern. Für Bürgerinnen und Bürger, die in der früheren DDR geringere Chancen für eine private Vermögensbildung hatten, soll als Nachteilsausgleich ein Bonus vorgesehen werden. Soweit Teile des Einkommens, insbesondere **gewinnabhängige variable Einkommensbestandteile**, nicht ausgezahlt, sondern angelegt werden, bleiben sie von Steuern und Sozialabgaben so lange **befreit**, bis sie zu einem späteren Zeitpunkt an den Arbeitnehmer bar ausgezahlt werden.

Die F.D.P. fordert darüber hinaus die **Einrichtung von Pensionsfonds**, in die Arbeitgeber und Arbeitnehmer Zahlungen leisten können. Sie dienen neben der Vermögensbildung auch der eigenverantwortlichen zusätzlichen Altersvorsorge. Auch hier darf die **Besteuerung beim Begünstigten erst nachgelagert** erfolgen. Generell muß gelten, daß der Staat einzelne Formen der Vorsorge steuerlich gleichbehandelt.

10. Mehr Flexibilität in der Arbeitszeit

Weitgehend starre tarifliche und gesetzliche Arbeitszeiten führen dazu, daß Maschinen und Anlagen in Deutschland weniger intensiv genutzt werden als in den Konkurrenzländern. Dieser Wettbewerbsnachteil ist durch **individuellere Arbeitszeitgestaltung** abzubauen. Dazu gehören zum Beispiel flexiblere Schichtarbeitszeitmodelle, die generelle Zulassung der Samstagsarbeit, Öffnung auch für Sonntagsarbeit, wenn dadurch Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden können, die stärkere Möglichkeit der Übertragung von Arbeitszeiten von der einen auf die andere Woche bis hin zu Jahres- oder gar Lebensarbeitszeiten. Zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes tragen auch **Leih- und Zeitarbeit** bei. Ferner muß durch eine Kombination von Teilzeitarbeit und Teilrente ein **gleitender Übergang in den Ruhestand** ermöglicht werden.

Durch all dies lassen sich die Notwendigkeiten des Betriebes und die Wünsche der Arbeitnehmer besser in Einklang bringen. Diese neue Flexibilität führt vor allem zu effizienteren Kostenstrukturen und schafft mehr Arbeitsplätze.

11. Arbeitsrechtliche Vorschriften durchforsten

Im Lauf der Jahrzehnte hat sich ein Dickicht von arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen entwickelt, die seinerzeit durchaus ihre Berechtigung gehabt haben mögen. Häufig schaden sie aus heutiger Sicht aber gerade denjenigen, die sie schützen sollen. So zwang **überzogener Kündigungsschutz** viele Betriebe, auch bei guter Geschäftslage eher auf Überstunden auszuweichen, als neue Mitarbeiter einzustellen. Die Bereitschaft zur Übernahme und Sanierung eines existenzbedrohten Betriebes scheitert an der gesetzlichen Pflicht, sämtliche Arbeitnehmer des Betriebes zu den bisherigen Bedingungen weiter zu beschäftigen.

Die F.D.P. will solche heute nicht mehr zeitgemäßen Vorschriften ändern oder abschaffen. Ferner sind alle das Arbeitsverhältnis betreffenden gesetzlichen Regelungen in einem **Arbeitsgesetzbuch** zusammenzufassen.

12. Bürgergeld-Anreize ("Kombi-Einkommen") für einfache Arbeit

Zahlreiche Arbeitsverhältnisse sind durch den Wegfall von Niedriglohntätigkeiten oder Verlagerung einfacher produktiver Tätigkeiten oder Dienstleistungen ins Ausland verlorengegangen. Menschen, die weniger qualifiziert sind, aber durchaus einfachere Tätigkeiten verrichten könnten, sind dadurch arbeitslos und leben von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialhilfe. Solche Tätigkeiten müssen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bezahlbar werden.

Für Arbeitsverhältnisse mit geringer Produktivität, bei denen der Lohn nicht zu einem ausreichenden Einkommen der Arbeitnehmer und ihrer Familien reicht, sollen **verbesserte Mischformen zwischen Arbeitsentgelt und staatlichen Transferleistungen** ("Kombi-Einkommen", "Negativsteuer") zum Einsatz kommen. Über eine geringere Anrechnung des Arbeitsentgelts auf die Arbeitslosenhilfe bzw. die Sozialhilfe als bisher soll ein zusätzlicher Anreiz zur Aufnahme regulärer Arbeit geschaffen werden. Durch Zusammenfassung und Harmonisierung staatlicher Unterstützungsleistungen kann gleichzeitig ein **Einstieg in das von der F.D.P. vorgeschlagene "Bürgergeldsystem"** erreicht werden.

13. Mehr Arbeitsplätze durch weniger Lohnzusatzkosten - Reform der Sozialversicherung

Genügend neue und sichere Arbeitsplätze werden nur dann geschaffen, wenn es gelingt, die Lohnzusatzkosten in Deutschland nachhaltig und dauerhaft zu senken. Bei dieser Aufgabe stehen sowohl die **Tarifpartner** als auch der Gesetzgeber in der Pflicht.

Die Sozialversicherungssysteme müssen durch strukturelle Reformen wieder auf die **Basis eines langfristig tragfähigen Vertrages zwischen Jung und Alt** gestellt werden. Dies gilt insbesondere für die Renten- und die Krankenversicherung.

Die seit Jahren anhaltende und sich verschärfende Überforderung unserer Sozialversicherungssysteme bei gleichzeitiger ständiger Erhöhung der Beitragsätze macht aber deutlich: Die staatliche Sozialversicherung wird den Charakter der Vollversicherung gegen alle Lebensrisiken mehr und mehr verlieren und sich in Richtung einer Basisversorgung entwickeln. Die F.D.P. hat den Mut, dies den Bürgern ehrlich zu sagen. Sie fordert die Bürger auf, diese Basisversorgung nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen durch eine individuelle und flexible Eigenvorsorge zu ergänzen. Dabei muß der Staat einzelne Formen der Vorsorge steuerlich gleichbehandeln.

Die Lohnzusatzkosten haben sich zu einer Sondersteuer auf Arbeitsplätze entwickelt. Deswegen müssen Gesetzgeber und Tarifparteien jede Chance nutzen, die Lohnzusatzkosten zu senken. Die F.D.P. wird im Interesse von Rentensicherheit, verlässlichen Generationenverträgen und Arbeitsmarktchancen der jungen Generation die Rentenreform fortsetzen. Die F.D.P. will auch bei anderen Sozialversicherungen Beitragsentlastungen durchsetzen.

Die F.D.P. wird der Abschaffung oder Einschränkung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse (620-DM/520-DM-Jobs) nicht zustimmen. Die Einführung einer Versicherungspflicht würde einen Großteil dieser Arbeitsplätze vernichten, ohne die soziale Absicherung der Betroffenen nennenswert zu verbessern.

14. Innovation für Arbeitsplätze

Deutschland hat **durch marktwirtschaftliche Ordnung, Kreativität und Fleiß** seiner Bürger Vorsprünge in Produktivität und internationaler Wettbewerbsfähigkeit erarbeitet. Marktwirtschaftliche Erneuerung und Fleiß bei unseren

Handelspartnern haben diese Vorsprünge verringert und bei einigen Produkten sogar zu Rückständen gemacht. Weiterhin gilt aber: Nur mit innovativen Produkten, Produktionsverfahren und Dienstleistungen können wir uns auch in Zukunft auf den Weltmärkten behaupten. **Nur ein Land mit niedrigen Steuern und Abgaben ist auf Dauer ein guter Standort für Wagniskapital und Innovation.**

Bei modernen Technologien wie **Bio- und Umweltechnik** hat Deutschland hervorragende Chancen. Viele der großen Erfindungen der Menschheitsgeschichte wurden von deutschen Wissenschaftlern ausgedacht und entwickelt. Auch heute noch bringt die Forschung in Deutschland große Leistungen hervor, in den Forschungsinstituten, Hochschulen und Unternehmen. Gemeinsames Ziel der Politik, der Wissenschaft und der Wirtschaft muß sein, diesen Stand zu halten und Abwanderungstendenzen zu begegnen. Insbesondere die **Umsetzung von Forschungsergebnissen in Produkte und Vermarktung** müssen wir verbessern: besser ausgestattete Universitäten, praxisnahe Forschung und Lehre, Qualifizierung zu Selbständigkeit, Risikobereitschaft und Verantwortungsbewußtsein. Innovationen dürfen nicht an zukünftigem Fachkräftemangel scheitern.

15. Arbeitsplatzchancen in Dienstleistungen

Im Bereich der Dienstleistungen ist der deutsche Arbeitsmarkt für **wirtschaftsnahe und soziale Dienste** unterentwickelt. Das gilt im Vergleich zu all unseren Wettbewerbsländern, das gilt aber auch als Perspektive für den weiteren Weg in die Informationsgesellschaft und für die Zukunft verlässlicher Sozialsysteme. Darum liegen die **größten Chancen für Millionen neue Arbeitsplätze bei solchen Dienstleistungen.** Die Politik muß auch hier Marktzutrittsbarrieren auf dem Weg in die Selbständigkeit und Barrieren gegen die Einstellung von Mitarbeitern abbauen. Den wichtigsten Beitrag für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich kann die Politik allerdings nicht unmittelbar leisten. Um so mehr müssen die Rahmenbedingungen der Bildung, Ausbildung und Kultur die Entwicklung einer **neuen Kultur der Selbständigkeit fördern.**

16. Existenzgründungen / Venture Capital

Insbesondere junge Unternehmer und Existenzgründungen wollen wir gezielt fördern. Dazu gehört, **Anreize für die Beteiligung an Wagniskapital** (Venture Capital) auch Privatanlegern zu gewähren. Sie sollen im Falle von Verlusten diese steuerlich - auch über die bisherigen Instrumente hinaus - grundsätzlich

mit anderen Erträgen verrechnen können. Das ist allemal **sinnvoller als steuerliche Verlustzuweisungen** für Immobilienprojekte, Schiffe oder Flugzeuge. Das Förderangebot für Existenzgründer muß gestrafft und auf wenige Programme konzentriert werden.

17. Innovation und Globalisierung in der Ausbildung

Einen zentralen Beitrag zur **Förderung von Leistungsbereitschaft, Flexibilität und Innovation im Anpassungsprozeß** muß das Bildungswesen leisten. Das setzt Reformen in der Schule, der Berufsausbildung, dem Studium und der Weiterbildung voraus. **Im Rahmen einer Bildungsoffensive** müssen verstärkt solche Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen vermittelt werden, die den Einzelnen befähigen, die Herausforderungen des Wandels mit Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zu meistern.

Das derzeitige System der Lehr- und Ausbildungsinhalte, der Prüfungsordnungen und der Ausbildungszeiten ist zu schwerfällig; es trägt den Anforderungen einer sich ständig wandelnden Wirtschafts- und Berufswelt immer weniger Rechnung. Die Bildungseinrichtungen benötigen bei der Gestaltung von Lehrinhalten und bei der Finanzierung mehr Autonomie. Und sie müssen im Wettbewerb stehen. Durch personellen und fachlichen Austausch muß die Verknüpfung mit Wirtschaft und Berufswelt enger werden.

Mehr als bisher müssen sich Schulen und Hochschulen auch auf den **Globalisierungsprozeß** einstellen, die Chancen der Schüler und Studenten im weltweiten Wettbewerb verbessern. Verkürzung von Schulzeiten, Berufsschultagen und Hochschulstudium verbessern die Arbeitsmarktchancen der jungen Generation.

18. Deutschland braucht den Euro

Die Politik der F.D.P. hat wesentlich zum pünktlichen und vertragskonformen Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion beigetragen. Nun gilt es, ihre Ziele zu verwirklichen und in der praktischen Politik umzusetzen. Der Euro ist die strategische Antwort Europas auf die Herausforderung der Globalisierung. Die Währungsunion schafft die Voraussetzungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im europäischen Umfeld und stärkt die europäische Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb.

Mit der Währungsunion wird der Binnenmarkt entscheidend vorangebracht. Verfälschungen der Wettbewerbsposition der einzelnen Länder durch

politisch gesteuerte oder verzerrte Wechselkurse entfallen. Für die Tarifpartner wird deutlich, daß sie Tarifabschlüsse an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb anpassen müssen.

Die nach dem Erfolgsmodell der Deutschen Bundesbank gestaltete unabhängige Europäische Zentralbank und der vereinbarte Stabilitätspakt mit seinen Sanktionsmechanismen stellen sicher: Der Euro wird nicht weniger stabil sein als derzeit die Deutsche Mark. Ein nach innen und nach außen stabiler Geldwert des Euro ist eine wichtige Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.

Mit diesem Programm für eine marktwirtschaftliche Erneuerung stellt sich die F.D.P. zur Wahl. Wir sagen: Deutschland hat alle Chancen. Diese Chancen gilt es zu nutzen, für neue Arbeitsplätze in Deutschland.

19. Für eine unternehmerische Landwirtschaft

Land- und Forstwirtschaft prägen den ländlichen Raum. Sie erfüllen hier vielfältige Aufgaben und sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie versorgen unsere Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und tragen zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen sowie einer vielfältigen Landschaft als Siedlungs-, Wirtschafts- und Erholungsraum bei.

Landwirtschaftliche Unternehmer in Deutschland und Europa müssen durch liberale Agrarpolitik in die Lage versetzt werden, angemessene Einkommen zu erzielen, international wettbewerbsfähig zu sein und nachhaltig die vielfältigen Aufgaben der landwirtschaftlichen Produktion, der Erhaltung der Kulturlandschaft, der Landschaftspflege, des Naturschutzes und des Umweltschutzes für die Gesellschaft zu erfüllen.

Die europäische Politik muß dazu beitragen, daß sich die **ländlichen Räume zu wettbewerbsfähigen Regionen** entwickeln können und Erwerbsmöglichkeiten auf dem Lande weiterentwickelt werden. Dazu bedarf es einer besseren Abstimmung und Koordinierung der Maßnahmen der EU in den Bereichen Agrar-, Struktur- und Regionalpolitik.

Es muß geprüft werden, wie sich Maßnahmen der EU-Agrarförderung auf **Tierschutz und Umweltschutz** auswirken. Tierschutz und Umweltschutz sind nachhaltig zu verbessern und auf hohem Niveau anzugleichen. Dies gilt

insbesondere auch für **Tiertransporte** innerhalb der EU und aus dem EU-Gebiet hinaus.

Die deutsche Vereinigung, die EG-Agrarreform 1992 und die Ergebnisse der GATT-Runde haben die agrarpolitischen Rahmenbedingungen stark verändert. Der **Strukturwandel** hat an Tempo zugenommen. Die deutsche Agrarwirtschaft steht vor neuen Herausforderungen.

Land- und Forstwirte sind für die F.D.P. in erster Linie selbstverantwortliche, freie Unternehmer. Wir wollen Perspektiven für eine wettbewerbsfähige, unternehmerische und umweltfreundliche Landwirtschaft schaffen. Dazu ist die weitere Deregulierung der Agrarmärkte dringend geboten, um die Zukunftsperspektiven für unsere Landwirte auf dem europäischen und internationalen Markt zu verbessern:

Deregulierung der europäischen Agrarpolitik

- **Liberaler Agrarpolitik will die schrittweise Verringerung der Eingriffe in den Markt.** Ziel muß sein, daß für die Preisbildung in der EU Angebot und Nachfrage entscheidend sind. Deshalb müssen Milchkontingentierung und Zwangsflächenstillegungen mittelfristig beendet werden.
- **Die Subventionierung von Agrarexporten** muß im Rahmen internationaler Verhandlungen weltweit schrittweise abgebaut werden, um die Weltagrarmärkte von subventionsbedingten, preisdrückenden Überschüssen zu entlasten. Das verbessert auf Dauer auch die Exportchancen der europäischen Landwirtschaft.
- **Deregulierung, Entbürokratisierung und Stärkung der Eigenverantwortung** der Weinbau betreibenden Regionen müssen Hauptkriterien bei der Reform der EU-Weinmarktordnung sein.
- **Als Ausgleich für die höheren Umweltschutz-, Tierschutz- und Hygieneauflagen** in der Gemeinschaft sowie als Entgelt für die nicht über den Markt entlohnten Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft sind direkte Einkommensübertragungen der EU unverzichtbar. Das Ausgleichssystem muß allerdings drastisch vereinfacht werden, um die Landwirtschaft und die staatliche Verwaltung von der derzeitigen unverhältnismäßigen Bürokratie zu entlasten.

Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe

Die F.D.P. tritt ein für eine **Vielfalt der landwirtschaftlichen Betriebsformen und Wirtschaftsweisen** und für eine noch stärkere Nutzung regionaler Marktchancen. Um die Entwicklungsmöglichkeiten der deutschen Landwirtschaft und der ländlichen Räume zu verbessern, fordert die F.D.P.:

- **Die einzelbetriebliche Investitionsförderung wird zielorientiert fortgeführt.** Sie muß unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens und dessen Wirtschaftsweise gewährt werden, noch stärker ausgerichtet auf die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit des geförderten Unternehmens.
- Die Position der landwirtschaftlichen Betriebe gegenüber ihren Marktpartnern muß durch Bündelung der landwirtschaftlichen Angebote und durch **Direktvermarktung** gestärkt werden.
- **Der abgestimmte Einsatz bewährter Förderinstrumente** zur Verbesserung der Agrarstruktur und der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie zur Unterstützung der Dorferneuerung muß fortgesetzt werden.
- **Der Strukturwandel muß sozial flankiert werden** durch Fortsetzung der Produktionsaufgabereute.
- Die **Junglandwirte- und Existenzgründungsprogramme** müssen fortgeführt werden.
- **Entwicklung und Anwendung** von ethisch und ökologisch vertretbaren Maßnahmen der Bio- und Gentechnologie dürfen nicht behindert werden.
- **Der Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft** muß flexibel gestaltet werden, insbesondere durch Saisonarbeitskräfte und 620/520-DM-Beschäftigungen.
- **Das betriebswirtschaftliche Beratungsangebot** muß mit dem Ziel einer stärkeren Orientierung der Produktion am Markt ausgebaut werden.
- **Das Bau- und Umweltrecht muß verschlankt werden,** um die land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen von übermäßigen und ineffizienten, bürokratischen Regelungen zu entlasten.

- **Neue Einkommensquellen** müssen in den Bereichen Tourismus, Landschaftspflege und Anbau nachwachsender Rohstoffe erschlossen werden.
- **Gegenleistungen an die Landwirtschaft** für die vom Markt nicht entgoltenen Leistungen der Pflege unserer Kulturlandschaft und für den Naturschutz sind keine Subventionen; sie müssen durch Einkommenszuschüsse honoriert werden. Die landwirtschaftlichen Einkommen dürfen aber nicht in totale Abhängigkeit von Leistungen des Staates geraten. Die Landwirte müssen die Chance haben, den überwiegenden Teil ihres Einkommens auf dem Markt zu Erlösen.
- **Ein angemessener Ausgleich muß gewährt werden**, wenn durch behördliche Naturschutzmaßnahmen die bisherige land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung über das Maß der in den Fachgesetzen geregelten guten fachlichen Praxis hinaus eingeschränkt wird.

II. Für eine Bildungsoffensive

Die liberale Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzungen für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. **Bildung** ist das ethische Fundament für die Bürgergesellschaft und **schafft Arbeitsplätze**.

Liberaler Bildungspolitik garantiert jungen Menschen die besten Grundlagen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Jedem werden dabei die gleichen Chancen auf Bildung geboten. Diese Chancengleichheit am Start bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse am Ziel.

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. In der Globalisierung wird der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt immer mehr von der Qualifikation abhängen. Neben sozialen Qualifikationen und Wissen muß Bildung auch **Unternehmertum** und **Gründergeist** fördern. Globalisierung und Projektarbeit erfordern in immer stärkerem Maße Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Dem muß schon in Schulen und Hochschulen Rechnung getragen werden.

Unser Bildungssystem braucht Reformen jetzt!

Wir werden nicht an der Bildung sparen. Die F.D.P. fordert trotz knapper Ressourcen, den Anteil der Bildungsausgaben zu erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung **Vorrang in den öffentlichen Haushalten**.

In den nächsten fünf Jahren müssen die Bundesbeteiligungen privatisiert werden. Die Erlöse und Zinsersparnisse sollen gezielt zur Entschuldung des Bundeshaushalts und für eine **Innovations- und Bildungsinitiative** eingesetzt werden.

Nur mit großer Vielfalt unterschiedlichster Bildungsangebote und Organisationsformen läßt sich heutigen und künftigen Anforderungen gerecht werden. Zukunftsorientierte liberale Bildungspolitik setzt deshalb auf **Reformen der Bildungsziele und -inhalte, der Organisation sowie der Finanzierung von Bildung** - und zwar von der Schule über die Berufsausbildung bis zu den Hochschulen.

Nur unabhängige Bildungseinrichtungen schaffen ein vielfältiges Angebot und mehr Effizienz des Mitteleinsatzes im Bildungswesen. Darum wollen wir eine **Neuverteilung** der Verantwortung im Bildungsbereich: Für eine

Stärkung der Autonomie der Bildungseinrichtungen, für **Wettbewerb** um die besseren Konzepte und damit auch um die Bildungsteilnehmer selbst. **Private** Bildungseinrichtungen sind für uns eine sinnvolle Ergänzung zum staatlichen Bildungsangebot. Sie sind zu fördern.

Schule

Die Schulen sollen den Schülern den besten Start fürs Leben geben. Dazu gehört vor allem, die **Bereitschaft zu lebenslangem Lernen** zu wecken und die Fähigkeiten dazu auszubilden. Die Schulen sollen die Familien bei der **Vermittlung von Werten** begleiten, wie z. B. Erziehung zu Humanität und Toleranz, Diskussions- und Konfliktfähigkeit, gegen Gewalt und Menschenverachtung.

Die F.D.P. fordert:

- In der Schule sollen **Vielfalt** und **Eigenständigkeit** entwickelt, Freiheitsräume eröffnet und die **Selbstverwaltung** der einzelnen Schule gestärkt werden, damit Wettbewerb auch zwischen den Schulen gefördert wird.
- Die Vielfalt des gegliederten Schulsystems ist zu erhalten und durch ein bedarfsgerechtes **Ganztagsangebot** in Zusammenarbeit mit außerschulischen Einrichtungen (Jugendamt, Vereine, Kirchen etc.) zu ergänzen. Das beinhaltet für uns auch eine **Stärkung der Hauptschule**. Die Möglichkeiten für private Schulträgerschaft sind zu vereinfachen; der Staat hat bei diesen Organisationsformen im wesentlichen nur noch die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sicherzustellen. Alternative Angebote, mehr Wettbewerb und neue Formen des Lernens werden so ermöglicht.
- Schulen müssen auf die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Schüler differenziert eingehen. Wir benötigen eine **systematische Begabtenförderung**. Begabten- und Breitenförderung sind keine Gegensätze.

Notengebung bereits in der Grundschule ist für Lehrer und Schüler eine unverzichtbare Leistungskontrolle und Selbsteinschätzung, um eine an den Talenten und Neigungen der Schüler ausgerichtete Schullaufbahn vorbereiten zu können. Berichte über den Lernerfolg und Lernzuwachs sind eine notwendige Ergänzung, aber (ab Klasse 3) kein Ersatz für Notenzeugnisse. Die Aussagekraft von Zeugnissen ist zu erhöhen. Wer Qualität an den Schulen verbessern will, muß auch Hinweise zum Lern- und Sozialverhalten zulassen.

- **Fremdsprachenunterricht** ist bereits in der Grundschule anzubieten.
- Die Schule muß ein positives Verständnis für **Technik und Naturwissenschaften** wecken. Die Chancen neuer technischer Entwicklungen müssen schneller und wirkungsvoller von der Schule wahrgenommen werden. Die Inhalte des Unterrichts sollen stärker als bisher die Realitäten in Wirtschafts- und Arbeitswelt berücksichtigen. Technik, Wirtschaft und Wissenschaft in sozialer Verantwortung werden die Bildungs- und Lernziele zentral mitbestimmen. Die schulische Ausbildung soll Wirtschaftszusammenhänge als eine entscheidende Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft darstellen und zu vermehrter beruflicher Selbständigkeit ermutigen. Sie muß die Fähigkeit vermitteln, mit den **neuen Medien und Informationen** kompetent umzugehen und Informationen zu selektieren. **Führungs- und Teamfähigkeit, Unternehmergeist und Kreativität, Geschichtsverständnis und Werteorientierung, Demokratieverständnis und Bürgerverantwortung**, die Fähigkeit, **Veränderung als Chance** zu begreifen, **globale Zusammenhänge** zu verstehen sowie **umweltgerechtes Denken und Handeln** gehören zu den verstärkt zu fördernden Kompetenzen.

Auch die **Lehrerbildung** muß sich den neuen Medien zuwenden. Gegenwärtig kann sie den Anforderungen an das Bildungswesen nicht mehr genügen. Eine Überprüfung der einzelnen Ausbildungsphasen und ihre Weiterentwicklung für die veränderten Anforderungen eines Bildungssystems in einer liberalen Leistungsgesellschaft muß erfolgen. Die Angebote der Lehrerfortbildung sind zu erweitern. Die Teilnahme - auch in der unterrichtsfreien Zeit - ist in bestimmten Zeitabständen verpflichtend zu machen.

- Lernen für die Informationsgesellschaft und Lernen mit den Mitteln der Informationsgesellschaft muß in den Schulen beginnen. Über das öffentliche Bildungswesen muß jedem jungen Menschen **Zugang zu den Informationstechnologien** gewährleistet werden. Die Schulen müssen mit den notwendigen Anlagen ausgestattet sein, Schulnetze sollen aufgebaut und/oder bestehende Datennetze kostenlos benutzt werden können. Dazu sind auch verstärkt die Möglichkeiten des **privaten Sponsoring** zu nutzen.

- Die **Integration** von Kindern mit Behinderungen ist zu fördern.
- In Haupt- und Realschulen sind **Abschlußprüfungen** als Teil der Gesamtqualifikation einzuführen. Das profiliert diese beiden Schulformen und vermittelt ihren Absolventen eine bessere Arbeitsmarktchance.
- Unsere Schüler sollen viel lernen, aber nicht viel zu lange. Sie sollen nicht weniger lernen, sie sollen anders lernen. Es muß verstärkt auf das Erlernen von langfristigem Methodenwissen Wert gelegt werden. Eine Reform der Bildungsinhalte und flexiblere Angebote zur **individuellen Schulzeitverkürzung** - auch dem Entwicklungsgrad der Kinder angepaßte mögliche frühere Einschulungen - machen eine Verkürzung der Schulzeit ohne Verlust von Bildungsqualität möglich. Dies ist zugleich die Voraussetzung für das **Abitur nach 12 Schuljahren**, das die F.D.P. für alle Bundesländer fordert. Dabei müssen bestimmte **Mindeststandards** (Deutsch, Mathematik, eine Naturwissenschaft, eine Fremdsprache) festgelegt werden, um einer faktischen Entwertung des Abiturs als Zugangsvoraussetzung zum Hochschulstudium entgegenzuwirken.
- Neu einzustellende Lehrer sollen als **Angestellte** beschäftigt werden. Schulen sollen mehr Kompetenzen bei der Personalauswahl erhalten. Dies trägt auch dem Leistungsgedanken und der Verbesserung der Lehre sowie des Engagements der Lehrer Rechnung.

Berufliche Bildung

Ein Ziel liberaler Bildungspolitik ist es, das Qualifikationsniveau der gesamten Bevölkerung zu heben. Den praktischen Berufen kommt dabei ein ebenso hoher Stellenwert zu wie der wissenschaftlichen Ausbildung. Wir wollen, daß auch bei der Berufsbildung die Naturwissenschaften stärker berücksichtigt werden, um die von der modernen Technik verlangte Qualifikation der späteren Arbeitskräfte zu gewährleisten, denn die beruflichen Anforderungen an die Beschäftigten werden in der Zukunft steigen. Darum werden wir das **duale System der beruflichen Bildung** weiterentwickeln, stärker differenzieren und die **Gleichwertigkeit** zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung anstreben.

Die F.D.P. fordert:

- Wirtschaft und Politik müssen die duale Berufsausbildung in gemeinsamer Verantwortung modernisieren und ein ausreichendes

Ausbildungsplatzangebot sichern. Eine **Ausbildungsplatzabgabe** wird von der F.D.P. abgelehnt.

- Besonders Begabte müssen auch in der beruflichen Bildung gefördert werden. Hierzu gehört die Chance zum **Erwerb zusätzlicher Qualifikationen** bereits während der Ausbildung. Der **Zugang zur Hochschule** ist offenzuhalten.
- Auch die jungen Menschen, die bisher durch zu hohe theoretische Anforderungen von der Berufsausbildung ausgeschlossen waren, müssen eine Chance erhalten. Eine **gestufte Ausbildung** (Modul-Ausbildung) zum Nachweis der praktischen Berufsfähigkeit kann einen ersten Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern.
- Die **Aufstiegs- und Karrierechancen** für Absolventen der beruflichen Bildung müssen gegenüber jenen von Hochschulabsolventen ausgebaut werden. Dies ist Sache der Wirtschaft, aber auch des öffentlichen Dienstes.
- Als **Alternative zum Vollzeitstudium** sind vermehrt Ausbildungsgänge anzubieten, in denen Berufstätigkeit und Studium verknüpft werden.
- Damit Jugendliche die Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt gleichberechtigt nutzen können, muß der Fremdsprachenunterricht für die relevanten Berufsbilder verstärkt werden. Gleichzeitig muß die **Transparenz der beruflichen Abschlüsse** sichergestellt sein.
- Der Unterricht in der Berufsschule ist generell so zu organisieren, daß ein **zweiter Berufsschultag** nicht stattfinden muß. Dazu müssen die Lehrpläne von Fächern wie Sport oder Religion befreit werden. In Zusammenarbeit mit den Berufsschulen muß den Betrieben mehr Kompetenz eingeräumt werden, den Unterricht nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.

Die Bundesregierung wird beauftragt, bis Mitte 1999 einen Bericht zur sozialen **Situation der Auszubildenden** vorzulegen. Danach ist der Anpassungsbedarf für eine Angleichung der Ausbildungsförderung für Lehrlinge an die Förderung der Studierenden zu überprüfen.

Hochschule

Unser Leitbild der künftigen Hochschule heißt: unabhängig, wissenschaftlich, wettbewerblich, profiliert, international und wirtschaftlich. Dieses Leitbild

kann nur verwirklicht werden, wenn die zentralistischen und bürokratischen Strukturen des jetzigen Hochschulwesens überwunden werden.

Bildung, Wissenschaft und Forschung müssen wieder Priorität in Politik und den Haushalten des Bundes und der Länder erhalten. Die notwendigen, erheblichen Mehrausgaben sollen aus Umschichtungen und der Verwendung von Privatisierungserlösen finanziert werden.

Als ersten Schritt fordert die F.D.P. ein **Bund-Länder-Hochschulsonderprogramm** von 10 Mrd. DM für die nächste Legislaturperiode. Mit diesem Programm sollen die Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen an den Hochschulen verbessert und die größten Mängel abgestellt werden. Die Mittel für den Hochschulbau wollen wir jährlich auf 2,3 Milliarden DM aufstocken.

Die F.D.P. fordert:

- Die Hochschulen brauchen mehr **Autonomie** als ihnen bislang in Deutschland zugestanden worden ist. Dazu gehören eine auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtete **interne Organisations- und Verantwortungsstruktur**, die Abschaffung der ZVS und Rückübertragung ihrer **Kompetenzen** an die Hochschulen, **Personalhoheit, Tarifautonomie, Globalhaushalte** und - neben einer Grundfinanzierung - eine leistungsbezogene Zusatzfinanzierung über **Bildungsgutscheine** und Forschungsmittel.
- **Drittmittel** im Bereich der Forschung, bezogen auf die Forschung und Entwicklung einerseits wie auch die Verwertung von Forschungsergebnissen andererseits (Patente, Gebrauchsmuster usw.) müssen ebenfalls Teil der Einnahmen von Hochschulen sein. Hochschulen müssen dafür eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft anstreben. Der Transfer von Ergebnissen und Methoden zwischen den Entwicklungszentren der mittelständischen Wirtschaft und den Hochschulen ist auszubauen. Dies kann beispielsweise durch einen zeitlich begrenzten wechselseitigen Austausch von Personal verwirklicht werden.
- Der Wettbewerbsgedanke - in der Forschung längst verankert - muß auch im Bereich der Lehre verwirklicht werden. Hier muß die **Nachfrage** der Studierenden den staatlichen Finanzierungsstrom entscheidend lenken. Die F.D.P. will den Wettbewerb durch die Einführung von Bildungsgutscheinen fördern. Die Bildungsgutscheine verkörpern "**Rechte auf Bildung**" und werden vom Staat für ein Studium bis zum Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dadurch wird

die Chancengleichheit eines jeden Studierenden unabhängig von seiner sozialen Herkunft gewahrt. Mit der Einschreibung erhalten die Studierenden eine zum Abschluß eines Studiums erforderliche Anzahl von Bildungsgutscheinen. Diese bezieht sich auf die für den gewünschten Studiengang erforderlichen Veranstaltungen: Vorlesungen, Seminare, Tutorien etc., aber auch Prüfungen. Bildungsgutscheine werden unabhängig von der persönlichen Situation, aber abhängig vom Studiengang zur Verfügung gestellt. Die F.D.P. lehnt die Einführung von allgemeinen **Studiengebühren** zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab, da die Situation vieler Hochschulen einer Kostspflichtigkeit von universitären Ausbildungen spottet.

Im Vordergrund muß in der kommenden Legislaturperiode die Umsetzung der Bildungsreformen stehen. Erst die Ergebnisse vor allem des 10 Mrd.-Bund-Länder-Hochschulsonderprogramms können die Grundlage für weitere Diskussionen über Reformen sein. Wer heute Studiengebühren fordert, verschiebt die Verantwortlichkeit für strukturelle Mängel, schränkt die Chancengerechtigkeit unzulässig ein und belastet Familien mit mittleren Einkommen erneut über Gebühr.

- Der Wettbewerb der Hochschulen um Studienbewerber und Forschungsmittel ist auch durch mehr Transparenz hinsichtlich ihrer Ausstattungen und Leistungen zu fördern. Durch **regelmäßige interne und externe Bewertungen der Ziele und Leistungen der Hochschulen** in Forschung und Lehre und die Veröffentlichung von deren Ergebnissen soll es den Studienbewerbern erleichtert werden, die für ihre persönlichen Ziele geeignetsten Hochschulen herauszufinden. Die Studienbewerber sollen das Recht erhalten, sich direkt bei der Hochschule ihrer Wahl zu bewerben. Die F.D.P. erwartet von einem zunehmenden Wettbewerb der Hochschulen inhaltliche und organisatorische **Reformen der Lehr- und Lerninhalte** auch mit dem Ziel, den ersten berufsqualifizierenden Abschluß nicht erst in 14,4 sondern nach 8 bis 10 Semestern (in geeigneten Studiengängen schon nach 6 Semestern) zu ermöglichen. Jeder, der in kurzer Zeit ein Studium abschließen will, muß dazu die Möglichkeit haben. Es ist unzumutbar, daß junge, leistungswillige Menschen mit langen Studienzeiten Zeit vergeuden. Wir brauchen die innovativen Impulse des Nachwuchses früher als bisher. Dazu dienen die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre und die angesprochenen Reformen.

Für die F.D.P. ist ein wesentlicher Grundstein ihrer Politik, unterschiedliche Lebensentwürfe zu ermöglichen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, daß jeder sein Leben nach den Vorstellungen gestalten kann, die

ihm beste Chancen geben. Gerade das lebenslange Lernen und ein veränderter Arbeitsmarkt führen neben neuen Familienformen immer häufiger zu **Teilzeitstudiengängen** und **berufsbegleitendem Studium**, so daß eine festgelegte Studienzzeit, die sich am jungen Vollzeitstudierenden orientiert, nicht eingehalten werden kann.

Eine **Erstberufung** von Professoren sollte grundsätzlich nur auf Zeit erfolgen. Künftig sind Professoren nicht mehr zu verbeamen. Die Hochschulen sollen Personalautonomie erhalten und selbst entscheiden, wen sie für welchen Zeitraum einstellen. Auch über die Voraussetzungen der Berufung müssen die Hochschulen in verstärktem Maße selbst entscheiden können. Mit der Abschaffung der Habilitation als bindender Voraussetzung für Berufungen in der Novelle des Hochschulrahmengesetzes hat die F.D.P. hierfür schon den Weg geebnet.

- Die staatlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen, Stipendien und privates Engagement müssen deutlich verbessert werden, denn die Unterstützung der Wissenschaft durch gemeinnützige Einrichtungen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftsförderung. **Privatwirtschaftliches Sponsoring** z. B. für Hochschulsanierungen und den Aufbau von Studiengängen muß auch in Deutschland zum Regelfall werden. Dafür müssen die staatlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Heute noch staatliche Hochschulen sollen in **Stiftungsuniversitäten oder Kapitalgesellschaften**, wie sie etwa in den Vereinigten Staaten erfolgreich arbeiten, umgewandelt werden. Auch **Privathochschulen** in dieser Form sollen entstehen. Die F.D.P. wird die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß in jedem Bundesland modellhaft eine solche Universität entweder als private Neugründung oder als umgewandelte staatliche Hochschule entstehen kann, in der innovative Strukturen, Verfahren und Inhalte erprobt werden können. Auch auf diese Weise soll der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Modellen zur Erneuerung der Hochschullandschaft beitragen.

Fachhochschulen sind beschleunigt auszubauen. Sie werden durch das Konzept der Bildungsgutscheine neue Entfaltungsmöglichkeiten bekommen.

Berufsbegleitende Studiengänge sind vermehrt anzubieten.

- Der Studienstandort Deutschland ist für **ausländische Studierende** wieder attraktiver zu machen.
- Die F.D.P. setzt sich für eine **grundlegende Reform des BAföG** ein. Aus liberaler Sicht muß die Chancengleichheit bei Bildung gewährleistet sein. Die F.D.P. hat schon mit Durchsetzung der Umstellung von Vollدارlehen auf eine hälftige Zuschußregelung beim BAföG ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß Studierende aus sozial schwachem Hintergrund gefördert werden müssen. Um bestehende Ungleichheiten und eine langfristige Grundlage für ausreichende BAföG-Förderung zu sichern, ist das sogenannte Drei-Körbe-Modell rasch umzusetzen.
- Über eine sogenannte "nachlaufende Studiengebühr" (australisches Modell) ist mittelfristig die teilweise **Refinanzierung** der Ausbildungskosten zu sichern. Hochschulabsolventen zahlen dabei aus ihrem Verdienst monatlich eine bestimmte Summe an die Hochschule zurück.

Weiterbildung

Für Liberale hat Weiterbildung - verstanden als "lebenslanges Lernen" - drei gleichrangige Komponenten: eine persönlichkeitsbildende, eine politisch-historische und eine berufliche.

Weiterbildung hat für die Qualifikation der Beschäftigten, die Sicherung des Arbeitsplatzes und den Zugang zu neuen Beschäftigungsmöglichkeiten entscheidende Bedeutung. In Deutschland ist das Weiterbildungssystem in seiner pluralistischen und wettbewerblich organisierten Struktur weitestgehend ohne staatliche Vorgaben und Eingriffsmöglichkeiten erfolgreich. Die F.D.P. lehnt bundeseinheitliche Rahmengesetze, Finanzierungsaufgaben oder Zertifizierungszwang ab. Sie hält fest an den Prinzipien der Vielfalt und des **Wettbewerbs** der Träger und der Angebote. Der Wettbewerb der Anbieter auf dem Markt hat positive Effekte auf die Inhalte und Methoden. Zur Sicherung ausreichender Standards und zur Orientierung der Teilnehmer befürwortet die F.D.P. **freiwillige Qualitätszertifikate** durch Kammern und/oder staatliche Institutionen.

Die F.D.P. fordert:

Weiterbildung muß und soll auch künftig einen zeitlichen und finanziellen **Eigenbeitrag** beinhalten. Die Gesellschaft braucht keine Art "Weiterbildungs-BAföG" für alle, sondern muß die knappen staatlichen Mittel für die

einsetzen, die sie dringend benötigen. Hierzu zählen in besonderem Maße Personengruppen, die in den Arbeitsprozeß integriert oder reintegriert werden müssen: Arbeitslose, Ungelernte, Benachteiligte und Behinderte sowie Frauen bei der Wiedereingliederung in den Beruf.

Forschung und Technologie

Wichtiger Bestandteil liberaler Forschungs- und Technologiepolitik ist die Schaffung eines gesellschaftlichen Umfeldes, in dem Forschung und Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Verfahren und Produkte gedeihen können und akzeptiert werden. **Innovationsförderung** ist ebenso unabdingbar wie Deregulierung und mehr **Wettbewerb**. Dazu gehört aber auch ein konsequentes "Ja" zu **Leistungseliten**.

Für Liberale ist die **Freiheit der Forschung** unantastbar. Wissenschaftler und Techniker sind aufgerufen, diesen garantierten Freiraum in Verantwortung gegenüber der gegenwärtigen und der kommenden Generation kreativ und innovativ auszufüllen.

Wir werden die Förderung der **Spitzen- und Grundlagenforschung** verlässlich und auf erhöhtem Niveau gestalten. Wir wollen die **Forschungsförderung** berechenbar machen und Kontinuität bei der Förderung der Spitzen- und Grundlagenforschung gewährleisten.

Der liberale Ansatz von Forschungsförderung besteht darin, die kreative Vielfalt zu fördern und dem Anwachsen großer Institutionen zu Lasten der kleinen entgegenzuwirken.

Die F.D.P. fordert:

- Primär die **Hochschulforschung** ist projektbezogen zu unterstützen. Sie ist effizient, weil sie Studierende an der Forschung beteiligt und damit den Wissenstransfer und die Umsetzung der Ergebnisse beschleunigt.
- Das gesamte **Regelungsdickicht** staatlicher Gesetze, Verordnungen, Auflagen, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren muß systematisch daraufhin überprüft werden, ob es modernen Anforderungen an eine effiziente, unbürokratische Handhabung und nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Zwecken noch entspricht.

Für eine liberale Kulturpolitik

Liberale wollen kulturelle Vielfalt und Offenheit. Aufgabe des Staates ist der Schutz der **Freiheit der Kultur**. Meinungsfreiheit heißt auch Freiheit der Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre. Der liberale Kulturstaat fördert den Zugang zur Kultur. Liberale Kulturpolitik will ein vielfältiges Angebot für alle Bürger, um gleichberechtigt an Kultur teilhaben zu können - ungeachtet ihrer sozialen Stellung und ihrer Bildungsvoraussetzungen. **Bewahrung und Förderung von Kunst und Kultur** sind Teil eines Angebots für alle Bürger zur Lebenserfüllung und Wertefindung. Zur Vielfalt der Kultur gehören **kulturpolitische Neutralität und Toleranz des Staates** gegenüber der Kunst. Staatliche Kunstförderung soll die Grundlagen für die freie Entfaltung der Kunst sichern.

Die F.D.P. fordert:

- Kunst und Kultur benötigen zu ihrer Entfaltung **Unabhängigkeit von Bürokratien** und staatlichen Vorgaben sowie **materielle Unterstützung** durch private und öffentliche Mittel. Die F.D.P. befürwortet **private Kulturinvestitionen**, ohne die öffentliche Hand aus ihrer Pflicht zu entlassen. Kulturförderung muß auch weiterhin eine **öffentliche Aufgabe** bleiben.
- Liberale lehnen jedoch jede Bevormundung und jeden zensierenden Eingriff in das Kunst- und Kulturleben ab. Sie unterstützen die **freie Initiative** auch außerhalb staatlicher und kommunaler Kultureinrichtungen. Sie geben Raum für neuartige und experimentelle Kulturformen.
- Die **Freiheit der Künste** gehört zum Grundverständnis liberaler Kulturpolitik. Zur Freiheit der Kunst gehört es aber auch, Kunst zu fördern. Das **Kulturstaatsgebot** unserer Verfassung verlangt dieses. Auch bei angespannter Haushaltslage ist darauf zu achten, daß unser Land **seiner Verpflichtung als Kulturnation in vollem Umfang** gerecht wird. Trotzdem wird es unumgänglich sein, in höherem Maße für Kunst und Kultur **privates Engagement** zu erschließen. Deshalb setzt die F.D.P. auf **Sponsoren** aus der Wirtschaft, private Mäzene, Fördervereine und Stiftungen. Die Bereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft, sich stärker für Kunst und Kultur zu engagieren, ist durch **kulturfreundliche Rahmenbedingungen** zu fördern. Die F.D.P. lehnt es ausdrücklich ab, Kultursponsoring und Mäzenatentum durch die Wirtschaft und Privatpersonen mit einer Steuerlast zu belegen. Im Gegenteil gilt es, diese Form der Kulturförderung auszuweiten.

- Die F.D.P. fordert eine **Reform und Neugestaltung des Stiftungs- und Stiftungssteuerrechts**; dadurch können weitere private Mittel für kulturelle Zwecke verfügbar werden. Ein neues Stiftungsrecht soll zudem **kulturelle Freiheit mit kultureller Förderung** verbinden und beide sichern. Insbesondere soll der Grundstein für eine **Kulturstiftung** gelegt werden, um darauf aufbauend privates Engagement in die Kulturförderung mit einzubeziehen.
- Die Entwicklung und Erhaltung der **kulturellen Infrastruktur in den neuen Bundesländern** bedarf trotz gewaltiger Anstrengungen in der Vergangenheit nach wie vor der Unterstützung.
- Durch die Wiedervereinigung sind dem Bund zahlreiche Aufgaben im Kulturbereich zugewachsen, die derzeit in unterschiedlichen Ministerien betreut werden. Die F.D.P. fordert die Bündelung der Kompetenzen und Zuständigkeiten sowie die **Einrichtung eines Kulturausschusses des Deutschen Bundestages** als parlamentarische Kontrolle. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder soll aber kein konkurrierendes Bundesministerium entstehen.
- Im vereinten Europa muß die **Abschaffung der Binnengrenzen** auch dem **grenzüberschreitenden Verkehr von Kulturgütern** voll zugutekommen. Künstlerische und kulturelle Aktionen auf europäischer Ebene sollen zur Regel werden. Sie bieten die Chance, nationale Vorurteile zu überwinden.

III. Liberal ist sozial

Die sozialste Politik ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Eine grundlegende Reform unserer sozialen Sicherungssysteme ist eine der wichtigsten Aufgaben. Liberale wollen **statt einer Staatswirtschaft der besten sozialen Absichten die Marktwirtschaft der besten sozialen Ergebnisse.** Die Sozialordnung krankt an verkrusteten Strukturen, Überregulierung, fehlendem Wettbewerb, fehlender Transparenz und mangelnden Leistungsanreizen. Nur wenn sich Leistung lohnt, kann das erwirtschaftet werden, was diejenigen brauchen, die schwach, krank oder gebrechlich sind. Reformen sind dringend nötig.

Zukunftsfähige Sicherungssysteme

Die Lohnbezogenheit der Leistungen der Sozialversicherung macht sie in besonderer Weise von der Entwicklung der Beschäftigung und der Löhne abhängig. Wegen der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und der demographischen Entwicklung müssen die Systeme der sozialen Sicherung den veränderten Gegebenheiten angepaßt werden. Die F.D.P. will **echte Strukturreformen** und keine weiteren Steuerzuschüsse in unreformierte Systeme. Unser Ziel ist die **Absenkung der Beiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungen auf unter 40 %.**

Generationengerechte und verlässliche Alterssicherung

Das heutige Rentensystem hat seine Finanzierungsprobleme fast immer durch Beitragserhöhungen gelöst. Das ist ungerecht. Dadurch zahlt die heutige junge Generation Höchstbeiträge bei höchst ungewissem Rentenertrag. Die F.D.P. fordert für die Zukunft den **Vorrang für Beitragsstabilität.** Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen dauerhaft auf unter 20 % gesenkt werden. Die Strukturreform der Rentenversicherung muß deshalb konsequent weitergeführt werden. Eine **steuerfinanzierte Grundrente lehnt die F.D.P. als leistungsfeindlich ab.** Ziele der liberalen Reform sind **Rentensicherheit, Beitragsstabilität und Generationengerechtigkeit.**

Die F.D.P. fordert:

- **den schrittweisen Übergang zu einer Mischform aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Alterssicherung.** Damit wird zukünftig durch die gesetzliche Rentenversicherung eine **beitragsfinanzierte Altersgrundsicherung** ermöglicht, die **durch eine**

kapitalgedeckte Eigenvorsorge ergänzt wird. Das ermöglicht eine individuelle Entscheidung über den Umfang der Sicherung des Lebensstandards im Alter.

- **Transparenz des aus Steuermitteln bezahlten Bundeszuschusses für die gesetzliche Rentenversicherung.**

Allein der Bundeszuschuß zur gesetzlichen Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug 1997 rund 67 Mrd. DM. Nach der Erhöhung des Bundesschusses durch das Rentenreformgesetz '99 wird dieser Bundeszuschuß ab 1999 deutlich mehr als 90 Mrd. DM und damit rund 25 % der Gesamtausgaben der Rentenversicherung ausmachen. Dieser Bundeszuschuß muß den sogenannten versicherungsfremden Leistungen eindeutig zugeordnet werden. **Nur wenn offengelegt wird, in welchem Umfang der steuerfinanzierte Bundeszuschuß die versicherungsfremden Leistungen abdeckt, kann für die Zukunft verhindert werden, daß ständig mehr Steuermittel in die Rentenversicherung gelenkt werden.** Ansonsten ist das schleichende Abgleiten unseres Rentenversicherungssystems in die Steuerfinanzierung angesichts der Finanzprobleme der Rentenversicherung in den nächsten Jahren unvermeidlich. Die F.D.P. fordert die Schließung des Sonderversorgungssystems **Knappschaft** und die Überführung der Neuzugänge in die allgemeine Rentenversicherung.

- **Den Erhalt der berufsständischen Versorgungswerke.**

Die Überprüfung der sogenannten Versorgungslücken nach der geänderten Rentenüberleitung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme in den neuen Ländern, insbesondere der Versorgung der ehemaligen Reichsbahner.

- **Mehr Spielraum für Eigenvorsorge durch steuerliche Entlastung.**

Grundvoraussetzung für eigenverantwortliche Vorsorge bei der Alterssicherung ist die **Steuerreform, Kapitalbildung** und der **Wechsel von Anlageformen** müssen steuerlich freigestellt werden. **Steuerliche Gleichbehandlung der Anlageformen** schafft zusätzlichen Spielraum für private, kapitalgedeckte Alterssicherung. Nur so können Möglichkeiten und Spielräume für selbständige Vorsorge in der Bürgergesellschaft erweitert werden.

- **Pensionsfonds für betriebliche Altersvorsorge und Kapitaldeckung.**

Neben steuer- und arbeitsrechtlichen Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die klassische Betriebsrente bedeuten vor allem **bessere Beteiligungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer am Betriebsvermögen** eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. Ein geeigneter Weg ist die Einrichtung von **Betriebspensionsfonds**. Dabei bleiben die Einzahlungen

steuerfrei und werden erst bei Auszahlung an den Empfänger versteuert. Durch die Einrichtung von Betriebspensionsfonds wird auch der Kapitalmarkt deutlich belebt. Die höhere Rendite erleichtert die Umstellung auf die Kapitaldeckung in der Anlaufphase. **Die kapitalgedeckte Form der Altersvorsorge kann auch im Rahmen von Investivlöhnen, wie "Sparlohn statt Barlohn"-Konzepten, genutzt werden.**

- **Verlängerung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit.**

Ein durchschnittliches Berufseintrittsalter von Studenten mit 28 Jahren und ein durchschnittliches Renteneintrittsalter von 59 Jahren hält auf Dauer kein umlagefinanziertes Rentensystem der Welt aus. Die **Bildungs- und Ausbildungszeiten** müssen **verkürzt** und der **Eintritt in den Ruhestand flexibilisiert** werden. Kürzere Ausbildungszeiten und ein entsprechend früherer Eintritt ins Berufsleben entlasten das Rentensystem und erhöhen die Arbeitsmarktchancen und auch das Lebens Einkommen. Denn **besser genutzte Lebensarbeitszeit** heißt höheres vorsorgewirksames Einkommen und mehr verfügbares Kapital für die Alterssicherung.

- **Eigenständige Alterssicherung für Frauen**

Zur Stärkung der Gleichberechtigung muß die eigenständige Alterssicherung der Frauen weiter verbessert werden. Dazu müssen **Kindererziehungszeiten und Pflegeleistungen** in der Rentenversicherung künftig **besser bewertet** werden. Dies kann z. B. durch eine entsprechende **Umgestaltung der heutigen Hinterbliebenenversorgung** finanziert werden, für die heute rund 22 % der Rentenbeiträge verwertet werden oder die **Anrechnung von Kindererziehung als eigene Beitragsleistung**.

Generationenbilanz

Sozial gerecht ist für Liberale nur das, was auch unter den Generationen gerecht ist. Deshalb fordert die F.D.P. die **jährliche Vorlage einer Generationenbilanz** durch die Bundesregierung. Diese Generationenbilanz muß Soll und Haben ausweisen: Auf der einen Seite die Leistungen bsw. für Bildung und Ausbildung, auf der anderen Seite die Belastungen bsw. durch Staatsverschuldungen, Pensionslasten und Generationenverträge. Die Generationenbilanz fördert das Bewußtsein für das Prinzip Verantwortung für die nächsten Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Generationen untereinander. Generationengerechtigkeit ist Anerkennung der Lebensleistung der älteren und Zukunftssicherung für die junge Generation.

Die Krankenversicherung ist auf dem richtigen Weg

Liberale wollen ein **freiheitliches Gesundheitswesen** ohne übermäßige Bürokratie und ohne die Rationierung von Gesundheitsleistungen. Wir wollen die Mitverantwortung des Bürgers für seine Gesundheit, **freie Arztwahl und Therapiefreiheit**. Dafür hat die F.D.P. in der Gesundheitspolitik bereits wichtige Weichen gestellt. Die Dritte Stufe der Gesundheitsreform trägt eindeutig liberale Handschrift.

Unsere Ziele sind:

- Stärkung der Eigenverantwortung statt kollektiver Rundumversorgung,
- Wettbewerb statt Reglementierung,
- Wahlmöglichkeiten statt Einheitstarife,
- Verhandlungslösungen statt Budgetierung,
- Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung statt ständiger Mehrbelastung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
- Information und Transparenz statt Bevormundung.

Angesichts des medizinischen Fortschritts und steigender Lebenserwartung der Bürger muß das Gesundheitssystem ständig weiterentwickelt werden.

Die F.D.P. fordert:

- **Eigenverantwortung ermöglichen und stärken.**
Wir wollen dafür sorgen, daß auch in Zukunft jeder Bürger **im Krankheitsfall die notwendige medizinische Versorgung** erhält. Das ist angesichts der Herausforderungen u. a. durch den steigenden Anteil älterer Menschen und den medizinischen Fortschritt aber nur dann erfolgreich zu bewältigen, wenn man offensiv auf die **Verantwortung des einzelnen für seine Gesundheit** und die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen setzt. Prävention und Gesundheitsvorsorge sind ein wichtiger Beitrag, den jeder Mensch leisten kann, um nach Möglichkeit gesund zu bleiben.

- **Sicherung der Gesundheitsversorgung ohne Überfrachtung der Lohnzusatzkosten.**

Die **Leistungen der Gesetzlichen Krankenkassen (GKV)** müssen an die sich verändernden Bedingungen angepaßt werden. Die F.D.P. will keine Warteschlangen vor Krankenhäusern oder Ärzte, die ihre Behandlung wegen erschöpfter Budgets einstellen müssen. Das medizinisch Notwendige muß aber finanziert werden. Zur Entlastung der Beitragssätze ist eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittel auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz vorzusehen. Die Gesundheitsversorgung darf trotz der zukünftigen Herausforderungen nicht zu steigenden Lohnzusatzkosten führen. Das läßt sich z. B. durch eine **Festschreibung des Arbeitgeberanteils** erreichen.

- **Flexibilisierung des Vertragsrechts.**

Damit wird die **Autonomie der einzelnen Krankenkassen** und ihrer Verbände weiter gestärkt, und die **positiven Effekte des Wettbewerbs** kommen zum Tragen. Gesetzliche Vorgaben zum gemeinsamen und einheitlichen Handeln der gesetzlichen Krankenkassen sind ebenso abzubauen wie staatliche Genehmigungsvorbehalte.

- **Optimierung des Versorgungsangebotes.**

Bestimmte Krankheitsbilder insbesondere bei **chronischen Erkrankungen** wie z. B. Diabetes, Rheuma, Krebs usw. erfordern eine spezielle Betreuung der Patienten, die sektorübergreifend reibungslos funktionieren muß. Leistungsanbieter und Krankenkassen müssen diesen besonderen Anforderungen in ihren Vereinbarungen noch stärker gerecht werden. Die Voraussetzungen dafür sind vom Grundsatz her mit der Erweiterung der Handlungsspielräume durch die letzte Reform geschaffen worden. Dort, wo das notwendig ist, sind die **Kompetenzen der Selbstverwaltung in dieser Richtung weiter zu stärken.**

- **Verantwortbare Rückführung des Risikostrukturausgleichs.**

Um die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Krankenkassen zu stärken, muß der **bundesweite Risikostrukturausgleich** Zug um Zug zurückgeführt werden. Eine **Regionalisierung der GKV** lehnt die F.D.P. jedoch ab.

- **Gliederung als konstitutives Element des Wettbewerbs.**

Die F.D.P. hält am gegliederten Krankenversicherungssystem aus gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen fest. Die Friedensgrenze zwischen GKV und PKV hat sich bewährt.

- **Übergang vom Sachleistungs- zum Kostenerstattungsprinzip.**

Das intransparente, Arzt und Patienten bevormundende Sachleistungsprinzip hemmt die Fortentwicklung zu einem freiheitlichen und mehr marktwirtschaftlich orientierten System. Die **Kostenerstattung** bietet Patient und Leistungsanbieter statt dessen ein Höchstmaß an **Transparenz** über die in Anspruch genommenen Leistungen und ihre Preise. Sie soll deshalb überall dort zur Anwendung kommen, wo das ohne Überforderung der Patienten möglich ist.

- **Chancen in Europa nutzen.**

Es gilt, die **Chancen zu nutzen**, die der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr in der Europäischen Union zur Steigerung von Effizienz und Wirtschaftlichkeit sowie zur Auflockerung des bürokratisch verkrusteten Versorgungssystems z.B. durch **Kostenerstattung und flexiblere Vergütungsformen** bietet. Die F.D.P. setzt im Interesse von Versicherten und Leistungsanbietern auf den frischen Wind des Wettbewerbs im europäischen Binnenmarkt.

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung hat seit ihrem Start am 1. Januar 1995 spürbare Verbesserungen bewirkt. Zum einen können mehr pflegebedürftige Menschen weiter in der Familie leben; zum anderen führen die Leistungen der Pflegeversicherung dazu, daß pflegebedürftige seltener Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Die Pflegeversicherung hat bereits mit dem gegenwärtigen Beitragssatz von 1,7 % Überschüsse in Höhe von 9,5 Mrd. DM angehäuft. Angesichts dieser erheblichen Summe tritt die F.D.P. dafür ein, die **Beiträge auf Zeit zu senken** und so die **Überschüsse an die Beitragszahler zurückzugeben**. Dies senkt die Lohnnebenkosten. Die Qualität der Pflege, insbesondere in stationären Einrichtungen, darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

Langfristig wird aufgrund der demographischen Entwicklung die Anzahl der Pflegebedürftigen steigen. Die Einnahmen werden aber wegen der sinkenden Anzahl der Beschäftigten rückläufig sein. Der so entstehende Kostendruck darf nicht zur Erhöhung der Beiträge führen. Aus Sicht der F.D.P. müssen auch hier die Weichen durch **ergänzende Eigenvorsorge in Form von Kapitaldeckung** rechtzeitig gestellt werden.

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe ist die unverzichtbare Hilfeleistung des Staates für Menschen in Not, die sich selbst nicht helfen können. Die F.D.P. will, daß soziale Hilfen den Willen der Bürger zur persönlichen und finanziellen Eigenständigkeit fördern und **zur Leistung ermutigen**. Deshalb müssen künftig für alle sozialen Leistungsarten - auch für die Gewährung von Sozialhilfe - das **Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe"** und der **Grundsatz "Keine Leistung ohne Gegenleistung"** gelten. Wer Sozialhilfe erhält, muß künftig zur Verbesserung seiner Lage eigene Anstrengungen unternehmen. Die Verpflichtung zur Gegenleistung entfällt nur bei denen, die sie aufgrund eigener gesundheitlicher, persönlicher oder familiärer Situation nicht erbringen können. Nur so können die von der Solidargemeinschaft erbrachten Leistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert und die Treffsicherheit des Sozialsystems erhöht werden. Wer es ohne sachliche Begründung ablehnt, eigenverantwortlich zur Verbesserung seiner Lage beizutragen, z. B. Arbeit anzunehmen oder Kurse zu besuchen, hat keinen Anspruch auf die volle solidarische Hilfe der Gemeinschaft. Die F.D.P. sieht aber die schwierige Situation von Kindern in Sozialhilfeempfängerfamilien. Deshalb dürfen hierdurch Kinder nicht benachteiligt werden. **Sozialhilfe** darf Menschen nicht länger entmutigen zu arbeiten, sondern muß **klare Anreize zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit** bieten. Eigene Arbeit muß sich gegenüber dem Bezug von Sozialhilfe lohnen. Das von den Liberalen geforderte **Bürgergeldsystem** kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten.

Bürgergeld

Das Bürgergeldsystem der F.D.P. ist der Lösungsansatz für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich und für ein durchschaubares Sozialsystem. Es führt Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistungen zu einer einfachen Gesamtordnung zusammen und ist der beste Weg, Anreize zur Aufnahme von Arbeit zu schaffen. Erste Schritte zu diesem liberalen Konzept sind der Grundfreibetrag in Höhe des Existenzminimums und der Familienleistungsausgleich.

Heute werden nach unterschiedlichen Kriterien insgesamt 153 Sozialleistungen von 37 verschiedenen Sozialbürokratien gewährt. Nach dem Bürgergeldkonzept der F.D.P. werden zukünftig die steuerfinanzierten sozialen Hilfeleistungsarten so weit wie möglich auf eine Hilfeleistungsform gebündelt. Nur noch eine Behörde - das Finanzamt - verrechnet diese mit der Einkommensbesteuerung und zahlt zielgenau an die sozial Schwachen ein Bürgergeld oder zieht die Steuer nach der Leistungsfähigkeit des Bürgers ein.

Als Anreiz für die Aufnahme regulärer Erwerbsarbeit wird vom Arbeitseinkommen nur ein Teil für den Bürgergeldanspruch angerechnet. **So lohnt sich Arbeit dann auch im Niedriglohnbereich**, wo produktivitätsorientierte Entlohnung nicht einmal das Existenzminimum sichern würde.

Gerade im Niedriglohnbereich wird es immer wichtiger, die Lücke zu schließen zwischen Löhnen, die für Betriebe bezahlbar sind, und ausreichenden Löhnen für ein eigenverantwortliches Leben. Ohne eine solche Brücke durch das Bürgergeldsystem würde weiter steigende Niedriglohnarbeitslosigkeit unser Gesellschaftssystem weiter erschüttern.

Die solidarische Hilfe der Gesellschaft soll - wo immer möglich - die **Rückkehr in die Arbeitswelt** zum Ziel haben. Nicht Daueralimentation ist das Ziel, sondern die Befähigung zu einem ausreichenden Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit.

Ein reformiertes System von Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierten Sozialleistungen führt durch größere Transparenz und Chancen für eigenverantwortliche Lebensgestaltung zu mehr sozialer Gerechtigkeit, sichert die menschenwürdige Existenz finanziell, schafft Anreize für Erwerbsarbeit, baut Bürokratie ab und sorgt für Effizienz beim Sozialtransfer. Das Bürgergeld ist ein Kernstück des liberalen Sozialstaats.

Jugend fördern und fordern

Jede Generation ist verpflichtet, die Freiheitschancen Nachgeborener zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten oder Verbrauch zu riskieren. Von der Arbeitsmarktpolitik bis zur Umweltpolitik muß das **Prinzip Verantwortung für die künftigen Generationen** gelten.

Jugendpolitik ist für Liberale mehr als "Betreuungspolitik von Erwachsenen für Minderjährige". Es geht insbesondere um **Generationengerechtigkeit** zum Erhalt der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen für künftige Generationen. Solidarität ist für Liberale gerade auch die Solidarität zwischen den Generationen. Die Wohltaten der Gegenwart dürfen nicht länger mit Hypotheken auf kommende Generationen finanziert werden. Der Generationenvertrag muß auf eine verlässliche und zukunftsfähige Grundlage gestellt werden. Das heißt: Fortsetzung der Reform der sozialen Sicherungssysteme mit mehr Freiräumen für Eigenverantwortung.

Liberaler Jugendpolitik will die Entwicklungschancen der Jugendlichen durch Förderung von Eigeninitiative, Mitwirkung und Selbstverantwortung verbessern. **Erziehung zur Selbständigkeit** entspricht dem liberalen Menschenbild. Die F.D.P. hält die umfassende Beteiligung von Jugendlichen an den Entscheidungen, die sie selbst und ihre Altersgruppe betreffen für wichtig.

Politik für die junge Generation heißt, die ökologischen und ökonomischen Zukunftschancen zu sichern. Schutz der Umwelt gehört ebenso dazu wie Abbau der Staatsverschuldung.

Das Prinzip Verantwortung für die nächste Generation muß die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Ziel ist ein Strukturwandel hin zu **nachhaltigen Formen des Wirtschaftens**.

Die größten gesellschaftlichen Probleme der Jugendlichen sind derzeit die Arbeitslosigkeit, die Situation auf dem **Lehrstellenmarkt** und die **Hochschulmisere**. Nur wenn Erziehung und Wertevermittlung mit konkreten Ausbildungs- und Berufschancen verbunden sind, sehen junge Menschen eine Perspektive in unserer Gesellschaft.

Gleiche Chancen für Frauen und Männer

Für die F.D.P. ist Frauenpolitik eine Aufgabe, die in jedem Programmteil enthalten ist. Die Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern muß beseitigt werden. Die Bürgergesellschaft muß Frauen und Männern in allen Lebensbereichen **gleiche Chancen** einräumen. Nur wer über sein Leben selbst bestimmt, kann sich bewußt und frei entscheiden.

Grundlage der Bildungs- und Jugendpolitik ist die **Erziehung zur gleichberechtigten Partnerschaft** von Frau und Mann. Benachteiligungen müssen abgebaut und die gleichberechtigte, eigenständige Lebensführung muß gefördert werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf muß zu einem **gemeinsamen Anliegen von Frauen und Männern** werden. Ergebnis soll sein, daß Erwerbsarbeit und Familienarbeit gleiche gesellschaftliche Anerkennung genießen. Männer und Frauen dürfen wegen ihrer Erziehungs- und Familienarbeit nicht diskriminiert werden.

Die F.D.P. fordert:

- qualifizierte **Teilzeitarbeitsplätze, auch für Führungspositionen,**
- **flexible Arbeitszeiten,**
- Förderung **betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen,** die auf die Arbeitszeiten abgestimmt sind,
- **flexible Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitszeit** aus familiären Gründen,
- mehr **Angebote zur Wiedereingliederung in das Berufsleben,**
- Frauen sollen künftig **freiwillig und gleichberechtigt auch mit der Waffe und im Rahmen internationaler Friedenseinsätze der Bundeswehr in den Streitkräften Dienst leisten können.**

Wir haben durchgesetzt, daß Kindererziehungs- und Pflegezeiten im Rentenrecht stärker anerkannt werden.

Die F.D.P. bestätigt nachdrücklich ihre Haltung zur **geltenden Rechtslage beim § 218 StGB,** die im Schwangerschaftskonflikt die verantwortungsbeußte Entscheidung der Frau nach Abwägung ihrer persönlichen Lage und in Kenntnis aller staatlichen Hilfen in den Mittelpunkt stellt.

Familien stärken - Verantwortungsgemeinschaften achten

Ehe und Familie sind die tragenden Verantwortungsgemeinschaften in der liberalen Bürgergesellschaft. Die F.D.P. erkennt die besondere Bedeutung von Familien an. Sie sind wichtige Grundlage gesellschaftlicher Orientierung, Stabilität und Wertevermittlung. **Deshalb müssen Ehe und Familie weiterhin dem besonderen Schutz des Staates unterliegen.** Im Rahmen einer großen Steuerreform müssen Familien entlastet werden.

Neben Ehe und Familie haben sich **vielfältige neue Verantwortungsgemeinschaften** gebildet, in denen Menschen mit und ohne Kinder nach eigenen Regeln und individuellen Wünschen zusammenleben. Die F.D.P. achtet alle Lebensgemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.

Daher setzt sich die F.D.P. dafür ein, daß die noch heute in vielen Rechtsbereichen bestehenden Diskriminierungen **nicht-ehelicher Verantwortungsgemeinschaften** beseitigt werden. Durch die von der F.D.P. vorangebrachte **Kindschaftsreform** werden z. B. Kinder aus nichtehelichen Lebensgemeinschaften besser vor Diskriminierung geschützt. Die F.D.P. hat damit eine **gemeinschaftliche elterliche Sorge** für Kinder in nichtehelichen Lebensgemeinschaften verwirklicht.

Bei **gleichgeschlechtlichen Paaren,** die dauerhaft zusammenleben wollen, muß eine staatlich anerkannte dauerhafte Bindung - mit Rechten und Pflichten - ermöglicht werden. Die F.D.P. setzt sich daher für die Schaffung eines **Rechtsinstituts "Lebenspartnerschaft"** ein. Die Lebenspartnerschaft muß sich in grundlegenden Fragen an das Familienrecht anlehnen und weitgehend - insbesondere im Erbrecht, im Mietrecht, im Versicherungsrecht, im Ausländerrecht und im Sozialrecht - vergleichbare Rechte und Pflichten begründen. Um gesellschaftliche Diskriminierungen in der Berufswelt zu verhindern, sollen die bestehenden **Antidiskriminierungsbestimmungen** so ergänzt werden, daß sie Diskriminierungen wegen Homosexualität verhindern.

Voneinander lernen - miteinander leben

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich im Umgang mit behinderten Menschen. Deshalb wird die F.D.P. alles daran setzen, Art. 3 Abs. 3 GG "Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden", zur Geltung zu verhelfen: Menschen mit Behinderungen müssen soweit wie möglich in die Gesellschaft integriert werden; das gilt gerade auch beim Besuch von Kindergärten, Schulen und Einrichtungen der beruflichen Bildung. Die Integration muß mit einer Förderung verbunden werden, **die behinderten Menschen die Chance gibt, ihre Talente zu entfalten, damit sie gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen** und ihren ganz speziellen Beitrag für die offene Bürgergesellschaft leisten können. Richtlinien für behindertengerechte Planung bedürfen der Überarbeitung. Sie führen heute allzu oft zu kostspieligen Ergebnissen und werden daher häufig nicht realisiert.

Aktiv und selbstbestimmt im Alter

"Dranbleiben" und "Drinbleiben" müssen die bestimmenden Grundlinien einer **zukunftsfähigen Seniorenpolitik** werden. Verantwortung kennt keinen Ruhestand. Und Eigenverantwortung läßt sich nicht in Rente schicken. Ältere Menschen wollen und brauchen **keine Sonderrechte, sondern Akzeptanz ihrer Lebensleistung.** Senioren leben und erleben ihre dritte Lebensphase als

Verantwortungsphase für sich selbst, für Kinder und Enkel und für die Gesellschaft.

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren weiter erhöhen. Die F.D.P. begreift diese Entwicklung als Herausforderung und Chance zugleich. Seniorenpolitik geht Junge wie Alte gleichermaßen an: Die F.D.P. will ein **Miteinander, nicht ein Gegeneinander der Generationen**, will Dialog und den Abbau von Vorurteilen.

Ältere Menschen wollen nicht bevormundet, sondern ihre Erfahrungen weitergeben. Sie sind nicht eine Last des Staates, sie wollen mitgestalten. Die Politik muß dafür die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Die F.D.P. fordert:

- alle **Vorschriften, Gesetze und Regelungen, die ältere Menschen diskriminieren, sind zu streichen**,
- umfassende **Bildungsangebote** für ältere Menschen,
- die Förderung und **Unterstützung von Seniorenprojekten** und Gesprächskreisen,
- **integriertes Wohnen** mit einem Generationenmix zu fördern,
- die **medizinische Versorgung** insbesondere auch in der **Gerontopsychiatrie** ist durch mehr Lehrstühle und eine verstärkte Aus- und Weiterbildung der Ärzte und des Pflegepersonals zu verbessern,
- ein **bundeseinheitliches Altenpflegegesetz**.

Für ein Umdenken in der Drogenpolitik

Das Sucht- und Drogenproblem in Deutschland ist eine Gefahr für die Gesellschaft. Der erste Kontakt zu Suchtmitteln ist häufig das Probieren von Zigaretten und Alkohol. Während in den letzten Jahren bei den herkömmlichen harten Drogen der Konsum stagniert, steigt der Konsum bei den synthetischen Drogen, insbesondere **Ecstasy**, deutlich an.

Sucht läßt sich nicht wirksam mit Kriminalisierung und Repression bekämpfen. **Sucht ist eine Krankheit.**

Die F.D.P. fordert:

- die langfristige, bundesweite Umsetzung umfassender **Präventionsstrategien**, die Vermittlung von Informationen über Wirkungen und Nebenwirkungen von Suchtmittelmißbrauch sowie über Maßnahmen zur Verhinderung bleibender Schäden,
- den bedarfsgerechten Ausbau eines differenzierten **Therapieangebots**, das einen umgehenden Therapiebeginn gewährleistet,
- eine Verbesserung der **Grundlagen- und angewandten Forschung**,
- die Weiterentwicklung von Substitutionsprogrammen sowie die **kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige** zu Überbrückungs- und Therapiezwecken unter strikter medizinischer Aufsicht und zur Vermeidung von Beschaffungskriminalität,
- die Einrichtung **betreuter Fixerräume**,
- die Verbesserung der **Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität** und des internationalen Rauschgifthandels,
- eine einheitliche Praxis der Bundesländer für den **straffreien Besitz geringer Mengen Haschisch für den eigenen Konsum**, wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat,
- das **generelle Verbot des Verkaufs weicher Drogen** z. B. in Apotheken.

Sport

Über 30 Millionen Deutsche bekennen sich aktiv zum Sport. Allein 26 Millionen Menschen treiben in über 85 000 Vereinen organisiert Sport. Zusätzlich gibt es, nicht-, selbst- oder kommerziell organisiert, weitere Millionen Sportler. Sport ist für alle, insbesondere für Jugendliche, ein Lebensbereich, in dem sich liberale und soziale Werte und Ziele optimal ergänzen. **Sport ist deshalb politisch zu fördern.** Liberale Sportpolitik unterstützt den Spitzensport ebenso wie den Breitensport, den Sport in Schulen, Vereinen, Betrieben,

kommerziellen Einrichtungen ebenso wie die sportliche Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie.

Die Bürger entwickeln immer neue Sportbedürfnisse und organisatorische Modelle für die Sportausübung oder aber auch den Sportkonsum. Die Dynamik dieser Veränderungen gilt es zu beachten und aufzugreifen, zumal gerade **im Sport liberale Grundüberzeugungen** verwirklicht sind:

- In einer demokratisch verfaßten Sportselbstverwaltung **übernehmen mündige Staatsbürger Verantwortung** für die sie betreffenden Dinge. Notwendige Regeln werden selbständig und eigenverantwortlich gesetzt.
- Der Sport lebt in seinen einzelnen Sportarten von **Wettbewerb und Leistungsstreben**. Dabei bilden die verschiedenen Sportarten ein vielfältiges Angebot.
- Freiheitliche Eigenschaften wie **Eigeninitiative, Innovationsfreude und Risikobereitschaft**, aber auch **Fairneß** kommen im Sport zur Entfaltung.
- **Soziales Verhalten** in Gruppen wird trainiert. Dieser Aspekt ist insbesondere für junge Heranwachsende, die in Klein- oder Teilfamilien leben, ein wichtiger Erziehungsaspekt.
- Der Vereinssport ist ein wichtiger **ehrenamtlicher Beitrag** zur sozialen (Jugend-) Arbeit. Ein freiheitliches Gemeinwesen lebt davon, daß die Bürger bereit sind, in freier Entscheidung Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Der **ehrenamtlichen Tätigkeit** kommt daher für den Zusammenhalt der Bürgergesellschaft große Bedeutung zu. Die **freiwillige Übernahme von Verantwortung und Bürgersinn** ist dem Zwang und dem bevormundenden Fürsorgestaat überlegen. Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt sind daher zu verbessern. Bereits Jugendliche sind schon früh mit ehrenamtlichem Engagement vertraut zu machen.

IV. Freiheit und Recht im 21. Jahrhundert

Alle Menschen sind verschieden. In ihrer Menschenwürde und vor dem Gesetz hingegen sind alle Menschen gleich. Darum kommt es nicht nur auf die formale Rechtsgleichheit, sondern auf die **Chance zur gleichberechtigten Teilnahme an der Gesellschaft** an. Um die Freiheit der Wahl unterschiedlichster Lebensentwürfe zu schützen, bedarf es des Rechts als objektiver Instanz. Freiheit zu garantieren heißt, die Rechte von Minderheiten zu schützen. Denn erst mit der Setzung und Durchsetzung des Rechts, ohne Ansehen der Person, wird die Wahrung der Chancengleichheit möglich. Ausdruck dieses Staatsbildes ist der Rechtsstaat.

Der Staat ist nicht der Vormund der Bürger, sondern deren Instrument zur Sicherung der offenen Bürgergesellschaft. Deshalb gewährt nicht der Staat den Bürgern Freiheit, sondern **die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit** zur Wahrung der gleichen Rechte aller. Gleichwohl bedarf der Staat für die Aufrechterhaltung und Ausweitung seiner Tätigkeit, deren Zeichen die Überregulierung ist, der steten Legitimation seitens der Bürger. Deshalb sind die liberalen Grundrechte als Ausdruck des Rechtsstaatsgedankens Abwehrrechte der Bürger gegenüber dem Staat sowie der Minderheit gegenüber der Mehrheit.

Innere Einheit vollenden

Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und die Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen, Schäden und Nachwirkungen der SED-Diktatur werden noch für viele Jahre eine der herausragenden Aufgaben der deutschen Gesellschaft bleiben. Die Geschichte der DDR ist Teil der deutschen Geschichte. Deshalb ist die **Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur** nach Meinung der F.D.P. ein nationales Anliegen, das Bürger, Verbände, Parteien und den Staat gleichermaßen angeht. Für die Liberalen als erste gesamtdeutsche Partei ist es Ziel, die Zeit der Teilung Deutschlands weder zu vergessen noch zu verdrängen. Die **Wiedergutmachung kommunistischen Unrechts** steht dabei an erster Stelle. Die Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechtsregimes ist daher weiterhin eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre. Gerade damit muß auch verbunden sein, denen eine Chance zu geben, die, früher den Tätern der Diktatur dienend, sich nun in ehrlicher Absicht in der gewonnenen Demokratie integrieren wollen. Die F.D.P. setzt sich dafür ein, in der kommenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eine Bewertung durchzuführen, ob die im Einigungsvertrag vom 31.8.1990 bekundeten Zielvorstellungen zur Wiederherstellung von privatem Eigentum

an bebauten Grundstücken und Gebäuden, die zur DDR-Zeit wegen Überschuldung bzw. drohender Überschuldung ihr Eigentum aufgeben mußten, erreicht wurde. Bestehende Hinderungen zu dieser rechtspolitischen Zielsetzung sind zu beseitigen.

Kriminalität und Gewalt wirksam bekämpfen

Der innere Frieden einer Gesellschaft beruht ebenso auf der Freiheitlichkeit ihrer Rechtsordnung wie auf dem Schutz von Leben, Leib und Eigentum ihrer Bürgerinnen und Bürger. **Kriminalität ist ein Verstoß gegen die Zivilisation**, dem sich der Rechtsstaat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenstellen muß. Insbesondere sind Kinder und Jugendliche vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und Mißhandlung zu schützen.

Die F.D.P. will Recht setzen und Recht durchsetzen. Sie will dies im Interesse des Schutzes der Bürger und des Schutzes der Freiheit.

In dieser und in der letzten Legislaturperiode ist eine Vielzahl von Gesetzen verabschiedet worden, um vorhandene Lücken zu schließen und auf neue Formen der Kriminalität zu reagieren: Dazu gehören z. B.

- das Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität,
- eine gesetzliche Regelung zur Bekämpfung der Geldwäsche und zum erleichterten Zugriff auf verdächtiges Vermögen,
- das Gesetz zur Bekämpfung von Sexualdelikten und anderen gefährlichen Straftaten,
- das Verbrechensbekämpfungsgesetz,
- das Korruptionsbekämpfungsgesetz,
- das Gesetz zur Harmonisierung der Strafrahmen,
- das Gesetz zur Ermöglichung der elektronischen Wohnraumüberwachung,
- die Hauptverhandlungshaft und das beschleunigte Verfahren.

Trotz immer mehr rechtlicher Möglichkeiten der Verbrechensbekämpfung sind die Bedrohungsgefühle der Bürgerinnen und Bürger nicht geringer

geworden. Darauf muß die Politik eine Antwort geben. Wir brauchen **besondere Verfahrensgestaltungen**, die es ermöglichen, die Täter sehr viel schneller und wirksamer als bisher belangen zu können. Die Entkriminalisierung z. B. von sogenannten "Bagatelldelikten" wäre der falsche Weg.

Die F.D.P. will eine Umkehr bei der Inneren Sicherheit. Es geht nicht weiter um den Wettbewerb, immer neue Gesetze zu erfinden oder vorhandene zu verschärfen. Damit ist keinem gedient. Worum es geht, ist, das vorhandene Recht auch durchzusetzen. **Wir haben nämlich kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.** Zur Verfolgung von Straftaten stehen ausreichende rechtliche Instrumentarien zur Verfügung. Sie müssen nur konsequent und schnell angewendet werden.

Da es sich bei dem Vollzug der geltenden Gesetze zum Großteil um Länderkompetenzen handelt, müssen **die Landesregierungen immer wieder in die Pflicht genommen werden**, daß die Kriminalitätsbekämpfung und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit zu ihren Kernaufgaben gehören. Sie tragen dafür die Verantwortung.

Wir brauchen eine **Polizei**, die besser ausgebildet, organisiert und bezahlt sowie moderner ausgestattet wird. Eine Polizei, die sich auf ihre eigentliche Aufgabe konzentriert, nämlich den **Schutz der Bürger**. Eine Herabsenkung der polizeilichen Eingriffsschwelle im Rahmen von verdachtsunabhängigen Personenkontrollen lehnt die F.D.P. dagegen ab. Die beim Bundeskriminalamt errichtete Gendatei muß durch eine Strafvorschrift gegen Mißbrauch geschützt werden.

Die F.D.P. fordert:

- Modernisierung der **Justizverwaltungen**,
- Modernisierung der **Polizeiverwaltungen**, damit mehr Polizeibeamte im Außendienst eingesetzt werden können,
- die **Aufnahme von Ausländern** in die Kriminalpolizei und Schutzpolizei,
- eine bessere sachliche, vor allem technische **Ausstattung der Polizei**,
- die Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit durch gemeinsame Austausch- und Ausbildungsprogramme der Polizeien. Die **europäische Polizeibehörde EUROPOL** muß weiter aufgebaut werden. Gegen Eingriffe von

EUROPOL-Beamten ist für die Bürger Rechtsschutz durch den Europäischen Gerichtshof anzustreben.

Der Staat hat das Gewaltmonopol inne. Dies muß auch so bleiben. Die F.D.P. erteilt daher allen Überlegungen eine Absage, polizeiliche Aufgaben und Befugnisse auf private Sicherheitsunternehmen zu übertragen.

Schließlich muß geprüft werden, ob es zur allgemeinen Aufgabe der Polizei gehört, auf Kosten des Steuerzahlers privatwirtschaftliche Großveranstaltungen zu bewachen und zu beschützen.

Innere Sicherheit ist jedoch nicht ausschließlich Staatsaufgabe. Wer Gewalt und Rechtsbruch abwehren will, braucht auch eine **wehrhafte Gesellschaft**. Die stillschweigende Hinnahme von Gewalttätigkeit ist der Anfang vom Ende eines wirksamen Rechtsstaates. **Zivilcourage und ziviles Engagement** sind daher Grundlagen einer Gesellschaft, in der sich Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen. Aus diesem Grund setzt sich die F.D.P. für die vermehrte Schaffung von **Präventivräten** ein, in denen Bürger und Polizei gemeinsam für mehr Sicherheit arbeiten. Darüber hinaus wollen die Liberalen die verstärkte Anwendung des Prinzips des **Täter-Opfer-Ausgleichs**, um die Verantwortung des Täters für die Wiedergutmachung am Opfer herauszustellen.

Jugendgewalt, Kinder- und Jugendkriminalität

Gewalt ist neben dem Angriff auf Personen und Sachen auch ein Angriff auf unseren Rechtsstaat. Dies gilt auch und vor allem für Gewalttaten mit rechts-extremistischem und fremdenfeindlichem Hintergrund. Vor allem bei jungen Menschen besteht die Gefahr der zunehmenden Gewaltbereitschaft, die viele **Ursachen** hat. Zu ihnen gehören vor allem Perspektivlosigkeit, Angst vor sozialem Abstieg, fehlendes Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Politik, Verlust allgemein akzeptierter Wertvorstellungen und damit verbunden die nachlassende Fähigkeit von Familie und Schule, Kinder zu erziehen und Werte zu vermitteln. Die **Ächtung jeglicher Gewalt** ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die F.D.P. will gerade auch durch **bessere Bildungs- und Ausbildungschancen** der Entwicklung von Gewalt und Kriminalität vorbeugen. Wir müssen vor allem den jungen Menschen in unserem Land vermitteln, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eine Werteordnung bilden, die individuelle Freiheit und soziale Sicherheit garantiert und für die einzustehen sich lohnt.

Zur Verfolgung von Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender stehen bereits ausreichende rechtliche Instrumentarien zur Verfügung. Sie müssen nur konsequent und schnell angewendet werden. Eine Verschärfung des bestehenden Jugendstrafrechts, insbesondere eine **Absenkung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf 12 Jahre, lehnt die F.D.P. daher ab**. Um der zunehmenden Jugendkriminalität entschlossen zu begegnen, müssen in erster Linie **vorbeugend erzieherische und soziale Maßnahmen** ergriffen werden. Das Jugendstrafrecht kann und darf nur das letzte Mittel sein, um sie dabei zu unterstützen. Den betroffenen Kindern muß durch einen verstärkten Einsatz der Jugendhilfe statt durch strafrechtliche Sanktionen geholfen werden. Im Konfliktfall müssen Erziehungshilfen auch gegen den Willen der Eltern angeordnet werden können.

Der **Jugendstrafvollzug** muß seinen erzieherischen Aufgaben besser gerecht werden. Die F.D.P. setzt sich dabei für eine Fortentwicklung des Jugendstrafvollzugsgesetzes ein, die insbesondere der schulischen und beruflichen Ausbildung im Vollzug ein stärkeres Gewicht verleiht. Flankiert werden müssen diese Maßnahmen durch die Zahlung eines angemessenen **Arbeitsentgelts** und einer angemessenen **Ausbildungsvergütung**.

Die Privatsphäre schützen - moderner Datenschutz

Das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Bürgers ist zunehmenden Angriffen ausgesetzt. Die F.D.P. tritt daher für einen verbesserten **Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts** ein. Da das allgemeine Persönlichkeitsrecht ein gemeinschaftsbezogenes Grundrecht ist, muß der einzelne im überwiegenden Allgemeininteresse Einschränkungen dieses Rechtes hinnehmen. Soweit Daten im nichtöffentlichen Bereich elektronisch verarbeitet werden, ist dem **Schutz der Privatsphäre** besondere Bedeutung zuzumessen. Dabei dürfen datenschutzrechtliche Positionen nicht als Vorwand genutzt werden, um berechnete Anliegen abzuwehren.

In der Informationsgesellschaft muß der Datenschutz als traditionelles Abwehrrecht gegenüber dem Staat in vergleichbarem Maße auf das **Verhältnis zwischen Privaten** ausgedehnt werden.

Auch in Zukunft muß der Schutz der Privatsphäre als elementarer Bestandteil unserer Verfassung und liberaler Grundüberzeugung gesichert und ausgebaut werden.

Die F.D.P. fordert:

- Die **Mitwirkung der Datenschutzbeauftragten** bei der Weiterentwicklung des Datenschutzes und bei der Planung und Regelung von Datenverarbeitungssystemen ist auszubauen.
- Die **Auskunfts- und Einwilligungsrechte der Bürger** bei der Datenverarbeitung sind weiter zu stärken.
- **Mehr Transparenz und bessere Unterrichtung** für die betroffenen Bürger über Art und Umfang der sie betreffenden Datenverarbeitung in allen Bereichen.
- Das verfassungsrechtlich verankerte **Fernsprechgeheimnis** muß wirksam geschützt und insbesondere der Datenschutz in der modernen Telekommunikation voll gewährleistet werden. Insbesondere die Überwachung von Auslandsgesprächen, die nahezu keinen Schutz genießen, muß rechtsstaatlich abgesichert werden.
- **Keine Einführung des "großen Spähangriffs"** auf Wohnungen, da er einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Privatsphäre der Bürger darstellt.
- Bei **internationalen Datenübermittlungen** und beim Aufbau internationaler Zusammenarbeit ist zu gewährleisten, daß der nationale Datenschutz nicht durch staatenübergreifende Datenverbundsysteme ausgehebelt wird.
- Die **Datenschutzgesetzgebung** muß mit der modernen technischen Entwicklung, vor allem mit Blick auf die Globalisierung, Schritt halten.

Integration statt Ausgrenzung

In Deutschland gibt es unter den mittlerweile 7 Millionen Ausländern etwa 2 **Millionen, die jünger als 20 Jahre sind**. Schon allein dieses Zahlenverhältnis macht die Größe der Integrationsaufgabe für unsere Gesellschaft deutlich. Deshalb ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur darum geht, jungen Menschen bessere Chancen zu geben, sondern darum, daß es **im Interesse unserer deutschen Gesellschaft** insgesamt ist, die Kinder, die hier geboren werden, besser zu integrieren. Diese Kinder sprechen deutsch und die Sprache ihrer Eltern allenfalls mit einem deutschen Akzent. Es ist falsch, diese Kinder mit einem ausländischen Bewußtsein groß werden zu lassen, statt ihnen von Anfang an **eine inländische Identität** zu vermitteln. Denn sie werden

aller Voraussicht nach immer in diesem Land leben. Wer die Gettoisierung in den Städten zu Recht beklagt, der muß die Gettoisierung in den Köpfen verhindern.

Die F.D.P. fordert:

- Das **Staatsangehörigkeitsrecht der Bundesrepublik Deutschland muß grundlegend novelliert werden**. Das Recht, mit der Geburt auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten, muß für die in der Bundesrepublik Deutschland geborenen Ausländer der zweiten und nachfolgender Generationen gesetzlich verankert werden. Für diese Kinder wollen wir daher die befristete doppelte Staatsangehörigkeit einführen. Zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr müssen sich die Jugendlichen endgültig für eine der beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden.
- Darüber hinaus tritt die F.D.P. für ein **kommunales Wahlrecht aller Ausländer** ein, die sich **fünf Jahre und länger** in Deutschland rechtmäßig aufhalten. Die Wahrnehmung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürger bei den Wahlen der Kommunalvertretungen an ihrem Wohnsitz muß durch bessere Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.
- Die F.D.P. wendet sich **gegen die Einschränkung des ausländischen Besucherverkehrs** durch überhöhte und bürokratische Bonitätsanforderungen an Gäste und Einladende.

Zuwanderung besser steuern und kontrollieren

Die F.D.P. tritt für eine offene Gesellschaft ein, die aber das Ausmaß ihrer Offenheit selbst bestimmt und festen Regeln unterwirft. Wer als Zuwanderer in unser Land kommt, muß wissen, welche Perspektive ihn hier bis zu einer möglichen Einbürgerung erwartet. Umgekehrt hat die einheimische Bevölkerung Anspruch darauf, daß ihre Werte und Normen von den Zuwanderern ebenfalls so akzeptiert werden wie von ihnen selbst und daß die Entscheidung darüber, wie viele Zuwanderer überhaupt zu uns kommen können, nicht ohne ihre Mitsprache getroffen wird. Die F.D.P. hält deshalb ein **Gesamtkonzept Zuwanderung und Eingliederung** für notwendig, das auf zwei Säulen ruhen muß - der gesetzlichen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie der systematischen Integration derjenigen, die einwandern können.

Daher fordert die F.D.P.:

- Für eine kontrollierte Einwanderungspolitik ist die rasche Verabschiedung einer **gesetzlichen Regelung zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung**, wie im Gesetzentwurf der Freien Demokraten vorgesehen, dringend erforderlich. Zuwanderung muß kontrolliert und begrenzt werden. Die Zuwanderung muß sich stärker an unseren eigenen Interessen orientieren. Davon wird Deutschland gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch profitieren. Die F.D.P. will nicht mehr Zuwanderung, sondern mehr Kontrolle über Zuwanderung. Nur ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz schafft die notwendige Berechenbarkeit und somit die Grundlage für eine erfolgreiche Integration.
- Dem **Erlernen der deutschen Sprache** muß als dem entscheidenden Faktor gesellschaftlicher Teilhabe ein größerer Stellenwert eingeräumt werden. Die F.D.P. tritt deshalb in ihrer Konzeption zur Regelung der Zuwanderung und zur Erleichterung der Einbürgerung für eine **angemessene Berücksichtigung deutscher Sprachkenntnisse** ein. Sie fordert aber auch die ausländischen Mitbürger auf, vom bestehenden Angebot an Sprachkursen stärkeren Gebrauch zu machen.

Flüchtlingspolitik

Nach der Neuregelung des Asylrechts vom 1.7.1993 sollen Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten, die vorübergehend in Deutschland Schutz suchen, einen **asylverfahrensunabhängigen Aufenthaltsstatus mit einem befristeten Bleiberecht** erhalten. Die F.D.P. fordert deshalb Bund und Länder auf, die Blockade dieser Regelung über den besonderen Status der Bürgerkriegsflüchtlinge aufzugeben und damit zu verhindern, daß Bürgerkriegsflüchtlinge das für sie nicht gedachte Asylverfahren in Anspruch nehmen. Bürgerkriegsflüchtlinge genießen aufgrund der Situation in ihrer Heimat unseren befristeten Schutz; sie müssen aber zurückkehren, wenn die Bürgerkriegssituation nicht mehr besteht.

Flüchtlingspolitik geht alle an. Deshalb muß die Europäische Union als Verantwortungs- und Friedensgemeinschaft unverzüglich eine verbindliche, **europaweit gültige Asyl- und Flüchtlingspolitik** vereinbaren. Ihr Ziel sollte eine gerechte Verantwortungs- und Lastenverteilung innerhalb der Europäischen Union sein.

Darüber hinaus spricht sich die F.D.P. dafür aus, sowohl die teils menschenunwürdigen **Modalitäten der Abschiebehaft als auch den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in geeigneter Form zu verbessern**. Zudem muß eine gesetzliche Regelung getroffen werden, damit in Fällen unzumutbarer Härte von der Abschiebung Abstand genommen werden kann.

Im übrigen kann es nicht richtig sein, daß **Entwicklungsländer**, die völkerrechtlich verpflichtet sind, ihre in Deutschland straffällig gewordenen Staatsbürger wieder aufzunehmen, sich permanent dieser Verantwortung entziehen, gleichzeitig aber deutsche Entwicklungshilfe erwarten. Unsere Partnerstaaten müssen hier ihrer Verantwortung nachkommen. Bei mangelnder Kooperation muß konsequent von der Möglichkeit der **Kürzung bzw. Streichung von Entwicklungshilfegeldern** Gebrauch gemacht werden.

Staatshaftung

Der Staat muß für die von ihm verursachten Schäden einen Ausgleich leisten. Deshalb muß das unübersichtliche und zersplitterte Staatshaftungsrecht einheitlich in Ost und West geregelt werden. Das **Bekenntnis des Staates zu seiner Verantwortung** ist ein essentieller Beitrag, um das Vertrauen des Bürgers in das staatliche Handeln zu stärken.

Neue Technologien, Recht und Ethik

Technischer Fortschritt hat das Leben auf der Welt von Generation zu Generation sehr verbessert. Die Technik soll sich auch in Zukunft entfalten dürfen. Die Chancen, die darin liegen, überwiegen bei weitem die Gefahren.

Ohne den schnellen technischen Fortschritt würden weit mehr Menschen an Hunger zugrunde gehen. Es wäre im höchsten Maße unsozial, die technologische Entwicklung aufzuhalten. Auch soll unser Lebensstandard weiter steigen dürfen, z. B. hinsichtlich Medizin, Ernährung, Energieversorgung, Verkehrsverbindung und Kommunikation.

Nationale und internationale Gesetzgebung und Vertragsgestaltung müssen dafür sorgen, daß der technische Fortschritt im Einklang mit den Menschenrechten, der Menschenwürde und der Erhaltung der Umwelt stattfindet.

Weltweit entwickelt sich die **Biotechnologie** zu einer der wichtigsten Schlüsseltechnologien. Die F.D.P. begrüßt diese Entwicklung und fördert sie. So sollte bspw. die Biotechnologie-Richtlinie der EU verabschiedet und in

Deutschland umgesetzt werden, wobei die Bundesrepublik das Recht hat, ihre weitergehenden **nationalen Schutzstandards** beizubehalten und jederzeit auszubauen.

Die Entwicklung birgt aber auch **Risiken**. Durch das Aufkommen von Technologien wie z. B. dem Klonen von Säugetieren werden ethische Grundfragen berührt. Hier muß es für Forschung und Wissenschaft klare Grenzen geben. Insbesondere muß es beim **strikten Verbot des Klonens von Menschen** bleiben.

Darüber hinaus setzt sich die F.D.P. dafür ein, bei der Anwendung von Biologie und Medizin auch international die Menschenrechte zu sichern. Sie begrüßt deshalb die Ziele der **Biomedizin-Konvention des Europarates**. Dadurch werden die Schutzstandards der Menschenrechte und der Menschenwürde für alle Beitrittsstaaten verpflichtend festgelegt.

Dies wird dazu beitragen, das Bewußtsein zu stärken, daß **der Forschung ethisch-rechtliche Grenzen gesetzt sind**. Dieses Bewußtsein zu stärken ist insbesondere für zahlreiche Staaten, die bislang keine angemessenen rechtlichen Normen für die Grenzen biomedizinischer Forschung kennen, von großer Bedeutung. Deutschland muß hier durch seinen Beitritt für die Staatengemeinschaft ein Zeichen setzen. Dabei wird die Bundesrepublik die in Deutschland gültigen **Schutzstandards** beibehalten, gerade auch dann, wenn diese über das Schutzniveau der Biomedizin-Konvention hinausgehen.

Tierschutz

"Tiere sind im Rahmen der geltenden Gesetze vor vermeidbaren Leiden und Schäden zu schützen." Mit dieser Formulierung, die den **Art. 20a GG** ergänzen soll, wird eine sinnvolle gesetzliche Abwägung zwischen den Belangen des Tierschutzes und der Forschungsfreiheit weiterhin möglich. Die F.D.P. will auf diesem Wege erreichen, daß dem **Tierschutz endlich Verfassungsrang** zukommt.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Christliche und jüdische Religion haben Geschichte, Kultur und ethisches Bewußtsein in Europa entscheidend geprägt. Die Aufklärung und unser europäischer Begriff der Menschenrechte haben ihre Wurzeln in diesen Religionen. Im karitativen Bereich leisten die Kirchen wegweisende Arbeit. Das **Bekenntnis zur persönlichen Glaubens- und Gewissensfreiheit** schließt

untrennbar ein, daß das Wirken der Kirchen nicht nur im innerkirchlichen Bereich, sondern auch in der Gesellschaft gesichert sein muß.

Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangt die Gleichbehandlung aller Bürger im Bereich von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. **Deshalb muß der Staat sich, gebunden an das Grundgesetz, weltanschaulich - religiös neutral verhalten**. Die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft darf im staatlichen Bereich keine Vor- oder Nachteile mit sich bringen.

In diesem Verständnis setzt sich liberale Politik für die **gegenseitige Unabhängigkeit von Staat und Religionsgemeinschaften** ein. Es geht darum, jenen Raum freizuhalten, in dem die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften ihre Aufgaben nach ihrem eigenen Selbstverständnis erfüllen können. Dies gilt allerdings nicht für Vereinigungen wie z. B. **Scientology**, die beanspruchen, Religionsgemeinschaften zu sein, in Wahrheit aber die Menschenwürde mißachten oder versuchen, den Rechtsstaat zu unterwandern. Solche Vereinigungen können nach liberalem Rechts- und Freiheitsverständnis den Schutz von Art. 4 Grundgesetz nicht in Anspruch nehmen.

Wie das **Verhältnis von Staat und Kirche** in einem freien Staat im einzelnen gestaltet wird, muß von Zeit zu Zeit überdacht und neu bestimmt werden. Die F.D.P. sucht dazu das offene und sachliche Gespräch mit den Kirchen sowie anderen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften. Bereits 1974 hat sie mit ihren Thesen **"Freie Kirche im freien Staat"** hierfür die Grundlage geschaffen. Viele der dort erhobenen Forderungen haben nach wie vor ein hohes Maß an Aktualität.

Für **kirchliche Arbeitnehmer**, die außerhalb des religiösen Kernbereichs arbeiten, soll das allgemeine Arbeitsrecht gelten.

Liberales Wirtschaftsrecht

Liberales Rechtspolitik muß sich den Erfordernissen der **Globalisierung des wirtschaftlichen Wettbewerbs** stellen. Die zunehmende Internationalisierung des Wettbewerbs muß dabei als Herausforderung und vor allem auch als Chance für deutsche Unternehmen und deren Leistungskraft verstanden werden. Nationale Überreglementierungen, die die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Unternehmen einschränken, müssen aufgehoben werden. Gleichzeitig muß durch eine Deregulierung und Liberalisierung der deutsche Kapitalmarkt auch für internationale Anleger attraktiver gemacht

werden. Nur so wird Deutschland seine **Stellung als internationaler Finanzplatz** stärken können.

Zentrale Reformvorhaben (insbesondere die Handels- und Transportrechtsreform sowie die Aktien- und die Bilanzrechtsreform) konnten in der 13. Legislaturperiode zur Deregulierung verwirklicht werden. Beispielsweise wurde der Zugang unserer international tätigen Unternehmen zu ausländischen Kapitalmärkten deutlich verbessert, indem in Zukunft auch deutsche Unternehmen ihre Konzernabschlüsse nach internationalen Rechnungslegungsstandards im Rahmen des geltenden Gemeinschaftsrechts aufstellen dürfen.

Der Weg der **Internationalisierung unseres Wirtschaftsrechts** bei gleichzeitiger Deregulierung muß konsequent fortgesetzt werden.

Die F.D.P. fordert:

- Die langjährigen Bestrebungen zur Schaffung einer **Europäischen Aktiengesellschaft** müssen zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden. Deutschland darf nicht länger wegen der Mitbestimmungsfrage einer sachgerechten Lösung im Wege stehen.
- Gleiches gilt für die Eröffnung der **grenzüberschreitenden Verschmelzung und Sitzverlegung innerhalb der Europäischen Union**, die zu einer Optimierung der Aktionsmöglichkeiten in einem einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraum beitragen werden.
- Die Bestrebungen, ein **einheitliches europäisches Übernahmerecht** zu erlangen, sind zu befürworten. Dabei ist wirksamen freiwilligen Selbstverpflichtungen der deutschen Wirtschaft grundsätzlich Vorrang vor gesetzgeberischen Maßnahmen zu gewähren.
- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer international operierenden Unternehmen ist eine weitere **Harmonisierung internationaler und deutscher Konzernrechnungslegungsstandards** erforderlich.
- Der deutsche Kapitalmarkt muß verbreitert werden und mehr Unternehmen offenstehen. Dazu gehört, daß die **Umwandlung von GmbHs in kleine Aktiengesellschaften** sowie deren möglicher späterer Gang zur Börse erleichtert wird.

Verfassungsschranken für den bescheidenen Staat

Die Stärke eines Staates hängt nicht vom Umfang seiner Staatstätigkeit ab, sondern von der Zustimmung der Bürger zu ihrem Staat. Damit aus Politikverdrossenheit nicht Staatsverdrossenheit wird, fordert die F.D.P. **Verfassungsschranken gegen die ausufernde Staatstätigkeit**. Dafür will die F.D.P. u. a. eine grundgesetzliche Verankerung des Verbots der Neuverschuldung, ein Verfassungsgebot für eine Obergrenze für die Gesamtbelastung der Bürger durch Steuern und Abgaben auf ein Drittel des Einkommens, ein Privatisierungsgebot für Bund, Länder und Gemeinden sowie eine grundgesetzlich verankerte Zweidrittel-Mehrheit zur Einführung neuer Steuern oder Abgaben.

Aufgabe liberaler Politik ist es, den Spielraum für individuelle Freiheit zu stärken. Die Aufgaben des Staates sind deshalb auf das Notwendige zu beschränken. Sie müssen in klaren, verständlichen und für den Bürger überschaubaren Normen geregelt werden. An die Stelle schwerfälliger Verwaltungsbürokratie muß ein Dienstleistungsmanagement treten. **Privatisierung, Deregulierung und Bürokratieabbau** dienen dazu, staatliche Leistungen stärker an den Bedürfnissen des Bürgers auszurichten. Gerade in der Informationsgesellschaft ist es unerlässlich, die Grenzen der Staatstätigkeit neu zu bestimmen.

Deshalb fordert die F.D.P. den Schlanken Staat!

Wir brauchen mehr Privatisierung

- Der Staat ist der schlechtere Unternehmer. Deshalb sind mit Ausnahme von eng definierten Hoheitsaufgaben **öffentliche Dienstleistungen grundsätzlich zu privatisieren**. Dabei ist das Ausweichen in eine private Rechtsform noch keine ausreichende echte Privatisierung.
- Auf Bundesebene hat die F.D.P. die Privatisierung bei Post, Telekommunikation und Lufthansa durchgesetzt. **Bundesbeteiligungen sind innerhalb von fünf Jahren zu veräußern**. Darüber hinaus muß der Schwerpunkt bei der Privatisierung von verwaltungsinternen Serviceleistungen liegen. Dies reicht von der Bauverwaltung bis hin zur Betreuung von technischer Ausstattung wie Datenverarbeitungsnetzen.
- Die Privatisierung auf Länder- und kommunaler Ebene muß verstärkt werden. Dazu gehört auch die **Privatisierung der Landesbanken**.

Wir brauchen mehr **Deregulierung**

- Die ständig gegen Bürgerfreiheit und Unternehmungsgeist in Wirtschaft und Gesellschaft anbrandende Normenflut ist zu stoppen. Die F.D.P. hat durchgesetzt, daß vor Erlaß neuer Gesetze nicht nur eine Bedürfnis-, sondern auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung erfolgt. Die **Kostenfolgen von Gesetzen** müssen jetzt detailliert aufgeführt werden. Diese Maßnahmen müssen konsequent verfolgt werden. Dies betrifft insbesondere auch die Bürokratiekosten für Staat, Bürger und Unternehmen.
- Gesetze und Verordnungen, die mit Ausgaben verbunden sind, bedürfen künftig der **genauen Bestimmung eines Enddatums**. Alle eingegangenen Verpflichtungen dürfen nicht weiter als bis zu diesem Zeitpunkt laufen. Danach ist eine vollständig neue Beschlußfassung erforderlich, wenn das Gesetz oder die Verordnung weiterlaufen soll. Ohne Begrenzung der Laufzeit wird aus vorübergehenden Hilfen eine Dauersubvention.
- Die Verwaltungsverfahren müssen vereinfacht werden. Die F.D.P. hat bereits etliche Investitionshemmnisse beseitigt. Dennoch müssen die **Verfahren noch schneller und unbürokratischer** werden.
- Defizite bei der Deregulierung gibt es vor allem im materiellen Recht. Sie engen den Handlungsspielraum von Bürgern und Wirtschaft ein. Bestehende Gesetze müssen deshalb systematisch und konsequent auf ihre Notwendigkeit hin **überprüft, vereinfacht und falls erforderlich aufgehoben** werden.

Öffentlichen Dienst flexibel gestalten

Die F.D.P. hält am **Institut des Berufsbeamtentums** fest. Nicht jede staatliche Aufgabe muß allerdings von Beamten erfüllt werden. Der Einsatz von Beamten muß zukünftig auf hoheitliche Tätigkeiten beschränkt werden.

Die F.D.P. hat bei dem zum 1. Juli 1997 in Kraft getretenen **Dienstrechtsreformgesetz** durchgesetzt, daß Mobilität und Flexibilität der Beamten gefördert, der Leistungsgedanke im Beamtenrecht deutlicher herausgestellt und insgesamt das Beamtenrecht reformiert wird.

Die **Pensionen der Beamten** sind durch die gleichen Entwicklungen belastet wie die gesetzliche Rentenversicherung. Eine Reform ist unumgänglich, wenn das System nicht insgesamt gefährdet werden soll. Es ist auch eine Frage der

gesellschaftlichen Gerechtigkeit, gesetzliche Renten und Pensionen in gleicher Weise zu behandeln. Schon die heute vom Staat eingegangenen Verpflichtungen für Pensionen drohen zu den Schulden und Steuern von morgen zu werden. Deswegen muß der Staat für die Pensionslasten von morgen heute Vorsorge treffen. Bei jeder Verbeamtung auf Lebenszeit muß der Staat Rückstellungen für die Pensionen vornehmen. **Pensionsfonds** beim Bund, bei Ländern und Gemeinden verhindern, daß die heutige Generation die Finanzierung ihres Fürsorgestaats der nächsten Generation zumutet.

Gerichtlichen Rechtsschutz effektiver gestalten

Ohne eine funktionierende Justiz kann der Rechtsstaat seine friedensstiftende Funktion nicht entfalten. Zum **verfassungsmäßig garantierten Rechtsschutz** gehört, daß die Entscheidungen durch unabhängige Gerichte in einem gesetzlich festgelegten Verfahren in angemessener Zeit getroffen werden. Der Bürger hat also einen Anspruch nicht nur auf gerechte, sondern auch auf zeitgerechte Urteile. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, **fordert die F.D.P.:**

- die **Justizhaushalte** nicht zu kürzen,
- die interne **Organisation und Ausstattung von Gerichten** und Staatsanwaltschaften durch die Landesjustizverwaltungen zu verbessern,
- die **außergerichtliche Streitbeilegung** zu fördern und das **Kostenrecht** generell zu überarbeiten,
- das **Rechtsmittelsystem** zu reformieren, um die Dauer der Verfahren zu verkürzen.

Neuer Föderalismus

Bei wichtigen Reformen blockieren sich Bund und Länder gegenseitig. Unser Staat muß aber handlungsfähig bleiben, der Föderalismus muß gestärkt werden. Der Staat muß auf allen seinen Handlungsebenen schlanker werden. Wir wollen durch **Dezentralisierung und klare Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden** dem Prinzip des Wettbewerbs auch im politischen System Geltung verschaffen. Die Zunahme des Gestaltungsraumes in einem solchen **Wettbewerbsföderalismus** bietet langfristig auch für die wirtschaftlich noch schwächeren Regionen große Chancen. Die politischen Entscheidungsprozesse sowie die Aufgabenverteilung und deren Finanzierung in Bund und Ländern sind zum beiderseitigen Vorteil zu entflechten.

Dazu gehört auch die Reduzierung der derzeit über 600 Koordinierungsgremien der Exekutive von Bund und Ländern und die Rückverlagerung der Entscheidungen in die Parlamente. Den Bundesländern ist mehr Autonomie, dafür aber weniger Kompetenzen bei der Bundesgesetzgebung einzuräumen. Dafür strebt die F.D.P. eine **Änderung des Grundgesetzes** an.

Nach der Verkleinerung des Bundestags ist auch eine Verkleinerung der Landtage und Kommunalparlamente anzustreben. Verwaltungsstrukturen sind auf allen Ebenen effektiver zu gestalten. Auf Bundesebene ist die **Zahl der Ministerien weiter zu reduzieren. Amt und Mandat sind zu trennen, Parlamentarische Staatssekretäre abzuschaffen**. Die Zahl der Bundesbediensteten ist gesunken. Länder und Gemeinden sollen prüfen, wo in ihren Verwaltungen Personal eingespart werden kann.

Ein neuer Föderalismus braucht eine **neue Finanzverfassung**. Sie soll dem Bund, den Ländern und den Gemeinden jeweils eigene Steuern zuweisen und ihnen die Möglichkeit verschaffen, die Höhe ihrer Steuereinnahmen und damit die Belastung ihrer Bürger im verfassungsrechtlich vorgegebenen Rahmen selbst zu bestimmen. **Klare Trennungen bei Steuerhoheit sowie Finanzierungen** zwischen Bund und Ländern schaffen auch klare politische Verantwortlichkeiten. Die neue Finanzverfassung setzt voraus, daß die Verantwortung der verschiedenen Ebenen für die einzelnen politischen Aufgabengebiete deutlicher abgegrenzt wird. Die F.D.P. will eine **Reform des Länderfinanzausgleichs**, die das Prinzip der Solidarität der wirtschaftlich starken mit den schwachen Ländern erhält, aber mehr Anreize für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, haushaltspolitische Solidität und Ausgabendisziplin der Länder setzt. Der bisherige Finanzausgleich bestraft die wirtschaftlich erfolgreichen Länder und gibt kaum Anreize zur Ausschöpfung der eigenen Steuerquellen. Wir erwarten von der neuen Finanzverfassung **mehr Wettbewerb zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften** und vor allem ein gesteigertes Interesse der Bürger daran, mit ihrer Wahlentscheidung unmittelbarer als bisher die Höhe ihrer Abgabenlast mitzubestimmen.

Die kommunale Selbstverwaltung stärken

Die F.D.P. setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet für Liberale die **Stärkung der Eigenständigkeit der Kommunen** gegenüber der EU, dem Bund und den Ländern.

Die F.D.P. fordert:

- Eine Neubestimmung des Verhältnisses von Bund, Ländern und Gemeinden sowie gleichzeitig eine bessere **Absicherung des unantastbaren Kernbereichs kommunaler Selbstverwaltung** in der Verfassung. Die kommunale Selbstverwaltung ist wichtiger als die Gleichheit der Lebensverhältnisse.
- Gemeindewirksame Rechtsvorschriften dürfen nur unter Mitwirkung der Kommunen entstehen. Die kommunalen Spitzenverbände sind an der Gesetzgebung von Bund und Ländern, soweit sie kommunale Interessen betreffen, rechtzeitig zu beteiligen. Bundesgesetze sollen einer **"Kommunalverträglichkeitsprüfung"** unterzogen werden. Zusätzliche staatliche Aufgaben dürfen nur an die Kommunen weitergegeben werden, wenn auch die erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt werden.
- Eine **Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit** der Kommunen ist unabdingbar. Nur mit einer umfassenden Gemeindefinanzreform kann die kommunale Selbstverwaltung langfristig gesichert werden. Die Mischfinanzierung ist abzuschaffen, und den Kommunen ist mehr eigene Steuerhoheit zu geben. Die Kommunen müssen in der Lage sein, durch unabhängige Einnahmequellen ihren individuellen Finanzbedarf zu decken. Dazu ist sowohl eine Sicherung eigener, selbst beeinflussbarer Finanzierungsformen als auch ein langfristig kalkulierbarer Finanzausgleich für die Länder erforderlich.
- Nicht zwingend notwendige staatliche Standards und Vorgaben insbesondere zur **Gestaltung von Bauvorhaben** sollen beseitigt werden, um damit die kommunale Selbstverwaltung und Entscheidungskompetenz zu stärken.
- Die **Planungshoheit der Kommunen** ist ein wesentlicher Grundsatz der Selbstverwaltung. Die gemeindliche Entwicklungsplanung soll die berechtigten Ansprüche der Bürger an die Qualität ihrer Umwelt, ihrer Wohn- und Lebensbedingungen aufgreifen und in konkrete ortsorientierte Entwicklungsziele umsetzen.
- Bund und Länder haben dafür Sorge zu tragen, daß die **Selbstverwaltung der Gemeinden im vereinigten Europa** gewährleistet bleibt. Die F.D.P. hält es für notwendig, die Gemeinden als Träger der Selbstverwaltung - und nicht nur die Länder und Regionen Europas - institutionell abzusichern und ihnen Beteiligungsrechte einzuräumen, soweit kommunale Anliegen betroffen sind.

Libérale Rechtspolitik für die Europäische Union

Wir wollen Europa auch weiterhin nach unseren liberalen und rechtsstaatlichen Grundvorstellungen gestalten. Dies ist für die Rechtspolitik der F.D.P. eine zentrale Herausforderung. Wir müssen erreichen, daß all die rechtsstaatlichen Errungenschaften, die freiheitlich-demokratische Politik in der Vergangenheit in Deutschland erarbeitet und erkämpft hat, auch in einem modernen Europa ihre Stellung behalten. An den grundlegenden Pfeilern unseres Rechtsstaat darf nicht gerüttelt werden. Wir brauchen nicht nur ein **Europa der Rechtsstaaten**, sondern ein in jeder Beziehung **rechtsstaatliches Europa**.

Die F.D.P. fordert:

- Wir wollen eine **europäische Verfassung mit einem Grundrechtskatalog**. Diese Verfassung sollte vom Europäischen Parlament erarbeitet, von einer hierzu berufenen Versammlung gebilligt und durch ein Referendum in allen Mitgliedstaaten legitimiert werden.
- Die Europäische Union sollte sobald wie möglich der **Europäischen Menschenrechtskonvention** beitreten, damit auch auf diesem Weg eine gemeinschaftsweite Grundrechtsabsicherung gewährleistet wird.
- Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in den Bereichen Justiz und Inneres muß gestärkt und durch effektivere Verfahren bürgernah vereinfacht werden. Die Vergemeinschaftung des Bereiches "**Rechtshilfe in Zivilsachen**" aufgrund des Vertrages von Amsterdam ist ein gutes Beispiel dafür, daß eine engere Zusammenarbeit möglich ist.
- Es muß dafür Sorge getragen werden, daß bei der Übertragung des Schengener "acquis" in den dritten Pfeiler der Europäischen Union die **datenrechtlichen Regelungen** des Schengener Ergänzungsübereinkommens von 1990 ohne Abstriche übertragen werden.

V. Informationsgesellschaft und Medien

Informationsgesellschaft

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien verändern grundlegend die Gesellschaft, in der wir leben, lernen und arbeiten. Die traditionelle Industriegesellschaft war gekennzeichnet durch Zentralität, Normierung und Hierarchien. Die Informationsgesellschaft fordert Kreativität, Dezentralität, Partizipation, kleine Einheiten und persönliche, eigenverantwortliche Leistung. Damit **entspricht die Informationsgesellschaft** einerseits **liberalen Vorstellungen** und fordert zugleich die Bürger heraus, sie liberal zu gestalten.

Liberele wollen die Voraussetzungen schaffen, um die **Chancen der Informationsgesellschaft verantwortlich zu nutzen**. Denn nicht die Entwicklung neuer Technologien ist das größte Risiko, sondern der Verzicht darauf. Die Informationsgesellschaft ist keine Chance, die man aufgreifen kann oder nicht, sondern vielmehr eine Herausforderung, der man sich stellen muß, um Freiheit, Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern.

Nur mit einem **marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen** lassen sich die Risiken minimieren und die Chancen für mehr Freiheit, Wohlstand und Arbeit konsequent nutzen. Die Politik muß jetzt handeln, denn der Wandel zur Informationsgesellschaft verläuft schneller, radikaler und globaler als alle technischen Umbrüche zuvor, und er ist unumkehrbar.

Die F.D.P. fordert:

- Regulierung, die dem **Wettbewerb** und damit dem Standort Deutschland schadet, ist konsequent zu beseitigen. Mehr und neue Arbeitsplätze entstehen durch Wettbewerb, frei von Staatsmonopolen, privater Machtkonzentration und undurchsichtigen Beteiligungsverhältnissen.
- Die Entwicklung moderner Kommunikationsformen in Deutschland darf nicht durch neue finanzielle Belastungen für die Benutzer und Anbieter moderner Kommunikationstechnologien erschwert werden. **Die F.D.P. lehnt eine durch die GEZ erhobene Gebühr für internetfähige PC's ebenso ab** wie eine pauschale Benutzungsgebühr für Internetteilnehmer. Das gilt insbesondere auch für die datenvolumenabhängige Abgabe (sog. "bit-tax").

- Der Marktzutritt für kleinere Netzanbieter ist zu erleichtern. **Lizenzgebühren** dürfen nicht zur unüberwindbaren Hürde für kleinere Anbieter werden; sie sind auf die Bearbeitungskosten des Lizenzantrages zu beschränken.
- **Genehmigungsverfahren** müssen weiter verkürzt und reduziert werden, weil Dreiviertel des Umsatzes in der Informationstechnik mit Produkten erzielt werden, die jünger als zwei Jahre sind. Forschungsergebnisse müssen umgehend in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden können.
- **Forschungsförderung** muß auf Innovationen in der Grundlagenforschung und auf neue Technologien mit breiten Anwendungsmöglichkeiten setzen.
- Wir brauchen eine Kurskorrektur bei Bildung und Ausbildung. Bildung und Ausbildung müssen die Menschen dazu befähigen, sich selbst neues Wissen zu erschließen. Die **Handhabung von Informationstechnologien** wird zukünftig zu den Grundkulturtechniken gehören, wie Lesen, Schreiben und Rechnen. Junge Menschen sollen lernen, mit der ihnen angebotenen Informationsflut richtig und sinnvoll umzugehen. Informationen finden, selektieren, zusammenstellen, verknüpfen und bewerten werden immer wichtigere Lernziele. Ein praxisbezogenes Angebot zur Ausbildung in Multimediatechniken ist auch in der beruflichen Aus- und Fortbildung notwendig.
- Lernen für die Informationsgesellschaft und **Lernen mit den Mitteln der Informationsgesellschaft** muß in den Schulen beginnen. Über das öffentliche Bildungswesen muß jedem jungen Menschen Zugang zu den Informationstechnologien gewährleistet werden. Die Schulen müssen mit den notwendigen Anlagen ausgestattet sein, Schulnetze sollen aufgebaut und/oder bestehende Datennetze kostenlos benutzt werden können. Dazu sind auch verstärkt die Möglichkeiten des privaten Sponsoring zu nutzen.
- Die Grundlagen für **Medienkompetenz** müssen bereits im Vorschulalter gelegt werden. Der Umgang mit Medien, gestützt durch interaktive Lernprogramme, muß stärker Eingang in unser Bildungssystem finden.
- Die öffentlichen Verwaltungen müssen die Möglichkeiten für **mehr Bürgernähe** nutzen. Die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltungen kann schneller, billiger und direkter werden: Formulare müssen per Computer abrufbar gehalten und entgegengenommen werden. Die neuen

Technologien müssen genutzt werden, um den Informationsfluß innerhalb der Verwaltung zu beschleunigen. Im Internet sollten Bürgersprechstunden angeboten werden. **Öffentliche Informationen**, z. B. Einladungen, Drucksachen und Protokolle zu öffentlichen Sitzungen sowie Ausschreibungen müssen **24 Stunden lang online zugänglich sein**. Die Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, auch Steuererklärungen über die neuen Medien einzureichen.

- E-Mails sind zu behandeln wie Briefpost. Ebenso wie ein Briefgeheimnis muß es ein **E-Mail-Geheimnis** geben. Moderne Verschlüsselungstechnologien (Kryptographie) ermöglichen die Übermittlung von Informationen ohne Einblicksmöglichkeiten durch die Netzbetreiber oder Dritte. Ein **Kryptographie-Verbot** sowie die Pflicht zur Hinterlegung von Schlüsseln bei staatlichen Stellen **lehnt die F.D.P. ab**.
- Die ersten Urteile gegen deutsche **Internet-Provider** wegen Beihilfe zu strafwürdigen Tatbeständen erfordern eine Überprüfung der entsprechenden Gesetzeslage, will sich Deutschland nicht aufgrund des Mißbrauchs (auch von außerhalb des Geltungsbereichs deutscher Gesetze) aus dieser weltweiten und unerhört dynamischen Informationstechnologie verabschieden.
- Die rechtlichen Voraussetzungen für die **digitale Signatur** und den Aufbau einer entsprechenden privatwirtschaftlich organisierten Informationstechnik-Sicherheitsinfrastruktur müssen auf europäischer und internationaler Ebene geschaffen werden.
- Wir brauchen ein **weltweites Urheberrecht**. Die Verträge zur WTO (World-Trade-Organisation) und zur WIPO (World Intellectual Property Rights Organisation) sind entsprechend zu erweitern. Im Rahmen des Urhebergesetzes muß insbesondere der Öffentlichkeitsbegriff neu geregelt werden, so daß die für mehrere nicht verbundene Empfänger bestimmte Übermittlung geschützter Werke und Leistungen als öffentlich gilt.
- Urheber und ausübende Künstler sollten auch für die digitale Nutzung ihrer Werke und Leistungen eine angemessene Vergütung erhalten. Dazu ist das System der **Verwertungsgesellschaft Wort** und der **Verwertungsgesellschaft Bild** auch auf die Nutzung der neuen Kommunikationsformen zu übertragen.

Wachstumsmarkt Kommunikation

Die Medien - und Kommunikationswirtschaft gewinnt als **Wachstumsbranche** zunehmend größere wirtschaftliche Bedeutung. Die F.D.P. als die Reformpartei begreift diesen Strukturwandel als Chance und Herausforderung, den Standort Deutschland noch attraktiver und international konkurrenzfähiger zu gestalten. Liberale Kommunikationspolitik muß zugleich die Vielfalt von Informationen und die Pluralität von Meinungen sicherstellen.

Duales Rundfunksystem

Die F.D.P. spricht sich eindeutig für das Duale Rundfunksystem aus. Das sich **ergänzende Angebot von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk** ist in hervorragender Weise geeignet, die individuellen Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsbedürfnisse von Hörern und Zuschauern zu befriedigen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Die F.D.P. fordert:

- Der **öffentlich-rechtliche Rundfunk** ist in klarer Abgrenzung zum privaten Rundfunk **werbe- und sponsorenfrei** zu organisieren. Dadurch werden die öffentlich-rechtlichen Programme von Einschaltquoten unabhängiger und können ihrem eigentlichen Funktionsauftrag besser gerecht werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muß Garant der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Grundversorgung sein. Im Rahmen der Grundversorgung sollte ARD und ZDF die Möglichkeit gegeben werden, in gewissem Umfang Spartenprogramme anzubieten und im Bereich der Neuen Medien Angebote zu präsentieren. Zur Schwerpunktbildung für Kultur, Bildung, Wissenschaft und Erziehung gehören auch Telelearning und Teleteaching durch Multimedia sowie Teleworking.
- Zu den wichtigsten Aufgaben eines qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehört die Sicherung und Weiterentwicklung von **Darstellungsformen und Genres, die in privatwirtschaftlich organisierten Rundfunk keinen Platz finden** und ohne die Eigenproduktionsanstrengungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verschwinden würden. Hierzu gehören u.a. Fernsehspiele, Features und Dokumentationen.
- Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll auch weiterhin **Ländersache** bleiben. Die Länder müssen darüber wachen, daß die öffentlich-rechtlichen

Rundfunkanstalten im publizistischen Wettbewerb mit den privaten Programmgebern nicht einseitig bevorzugt werden und sparsam mit den von den Gebührenzahlern empfangenen Mitteln wirtschaften.

- Die **Dritten Programme** sind als Träger regionaler und kultureller Identität zu erhalten. Rundfunkanstalten der Länder sollen stärker fusionieren und lokale Gegebenheiten durch lokale Fenster zeigen.

Rundfunkaufsicht und Programmkontrolle

Die Rechte der Bürger als Rundfunkteilnehmer sowie als Objekte der Berichterstattung müssen gestärkt werden. Staats - und Regierungsämter sind mit der **Mitgliedschaft in Rundfunk- Aufsichtsgremien** unvereinbar. Jede im jeweiligen Landesparlament in Fraktionsstärke vertretene Partei soll nur einen Vertreter in die Aufsichtsgremien des jeweiligen Landes entsenden können. Die von anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen entsandten Vertreter dürfen nicht Mitglieder von Landesparlamenten oder des Bundestages sein.

Privater Rundfunk

Der private Rundfunk ist in erster Linie ein Wirtschaftsgut und damit wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die F.D.P. fordert:

- Eine **Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes** für den gesamten Bereich der privaten Medienwirtschaft, inklusive Privatsender. Die bisherigen Aufgaben der Landesmedienanstalten sollte eine unabhängige Aufsichtsbehörde übernehmen.
- Die **Abschaffung der Werbevorschriften** für private Rundfunkveranstalter auf nationaler und europäischer Ebene. Über Umfang und Platzierung von Werbespots sollen die Sender eigenständig entscheiden können.

Gewaltdarstellungen in Programmen

Angesichts der Zunahme von Gewaltdarstellungen in öffentlich-rechtlichen wie auch in privaten Fernsehprogrammen ist ein **wirksamerer Jugendschutz** notwendig.

Die F.D.P. fordert:

- Fernsehveranstalter sollen verpflichtet werden, vor ihren Sendungen anzugeben, ob sie sich für Kinder, für Jugendliche und ab welchem Alter oder nur für Erwachsene eignen. Die **Programmkodierungen** sind auch zur elektronischen Steuerung von TV-Apparaten zur Verfügung zu stellen.
- Die Vorankündigungen für Spielfilme und Serien sollen im **Vorabendprogramm keine Gewaltszenen** enthalten.
- **Kinder** müssen möglichst frühzeitig befähigt werden, mit dem Fernsehen kritisch umzugehen und insbesondere Fernsehen von der Realität zu unterscheiden. Dies muß bereits in den ersten Grundschulklassen beginnen.

Unabhängigkeit der Presse/ Persönlichkeitsrechte

Der Staat hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Verleger und Journalisten ihre Unabhängigkeit wahren können und die Würde des Menschen in der Berichterstattung gewahrt bleibt.

Die F.D.P. fordert:

- Die **Rechte von Journalisten** gegenüber Strafverfolgungsbehörden müssen verbessert werden. Das Redaktionsgeheimnis und der Schutz journalistischer Informanten sind zu stärken. Die Beschlagnahme von redaktionellem/journalistischem Material ist nur in Fällen schwerster Kriminalität zu vertreten, wenn die Verbrechen anders nicht aufgeklärt werden könnten.
- Die **Möglichkeiten zivilrechtlicher Ansprüche** der Bürger auf Unterlassung, Widerruf und Schadenersatz sollen übersichtlicher und wirksamer gestaltet werden.
- **Dirigistische Werbeverbote**, wie etwa das von den EU-Gesundheitsministern beschlossene Verbot der Tabakwerbung, sind so schnell wie möglich **rückgängig zu machen**.
- Die Subventionierung des Postzeitungsdienstes für Zeitungs- und Zeitschriftenverlage ist stufenweise zu beenden. Die **Öffnung des Postmonopols** soll als Chance begriffen werden, eigene und kostengünstigere Vertriebsformen zu entwickeln.

- Die **Offenlegung von Beteiligungsverhältnissen** im Verlagswesen ist zu verstärken.
- Der **betriebsverfassungsrechtliche Tendenzschutz** wird beibehalten. Gesetzlich vorgeschriebene Redaktionsstatute lehnt die F.D.P. ab.

Buchpreisbindung und Mehrwertsteuersatz

Die **Sicherung der Vielfalt und Qualität** der deutschsprachigen Verlagszeugnisse ist der F.D.P. als Kulturpartei ein besonderes Anliegen.

Die F.D.P. fordert:

- Die **Beibehaltung des verminderten Mehrwertsteuersatzes** für alle Verlagszeugnisse, da dies ein unverzichtbares Element für eine kostengünstige Kalkulation ist.
- die **Beibehaltung der Buchpreisbindung**, ohne die es nachweislich weniger Titel, weniger Verlage und Buchhandlungen gäbe. Trotz der EU-Vorschriften muß für Bücher in zusammengehörigen Sprachräumen mittels grenzüberschreitender Vereinbarungen ein fester Ladenpreis möglich bleiben.

VI. Ökologische Marktwirtschaft und marktwirtschaftliche Ökologie

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die nächsten Generationen, ist für Liberale eine der vorrangigen Aufgaben. Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft hat die F.D.P. seit den Freiburger Thesen in über 25 Jahren viel für den Umweltschutz erreicht. Viele Luftschadstoffe wurden reduziert, unsere Flüsse und Seen wurden sauberer, die zu beseitigenden Abfallmengen wurden deutlich verringert, von Müllnotstand ist keine Rede mehr. Der ordnungsrechtliche Rahmen ist im wesentlichen gesetzt: Geboten ist nun seine Straffung und Vereinfachung, eine Verbesserung des Vollzugs und eine umfassende, ressortübergreifende Strategie. Unser Leitbild ist eine nachhaltige zukunftsverträgliche Entwicklung, die ökologische Belastungen weiter reduziert und die Ressourcenproduktivität erhöht. Die FD.P. setzt dabei

- auf mehr Eigenverantwortlichkeit und weniger Bürokratie,
- Verlässlichkeit und Planungssicherheit,
- Kostensenkung durch Effizienzverbesserung und Innovation.

Für neue Produkte und Verfahren steht das Markenzeichen ECOMADE IN GERMANY, das zielstrebig verfolgt, auch neue Arbeitsplätze schaffen wird. Dies kann und wird nur geschehen

- mit konsequenter **ökologischer Marktwirtschaft**, die Marktkräfte aktiviert,
- mit einer ökologischen Bestandsaufnahme für Deutschland, die Schwachstellen analysiert und Ziele ableitet und
- durch frühzeitige Integration umweltpolitischer Erfordernisse in alle relevanten Planungs- und Entscheidungsprozesse.

Mehr Umweltschutz durch Marktinstrumente

Gefordert ist eine neue ökologische Strategie, die sich auf die wesentlichen Problemfelder konzentriert. Die Auswirkungen auf die Umwelt müssen zu dem Mitteleinsatz und den Auswirkungen auf Arbeitsplätze in Beziehung gesetzt werden. Dies ist eine für Politik und Wirtschaft gleichermaßen anspruchsvolle Managementaufgabe.

Wir setzen vorrangig auf die Eigenverantwortung von Bürgern und Wirtschaft anstatt auf staatliche Verordnungen. Modernes Umweltmanagement hat sich in zahlreichen Betrieben bewährt, der Staat muß mehr von der Privatwirtschaft lernen.

Das heißt für die F.D.P. konkret:

- Den Wettbewerb für effizientere und kostengünstigere Lösungen nutzen, z. B. bei Planung, Bau und Betrieb von kommunalen Abwasserbeseitigungsanlagen.
- Monopole aufbrechen und durch offene Märkte die Marktchancen für kleine und mittlere Unternehmen verbessern, z. B. im Bereich der **Abfall- und Energiewirtschaft**.
- Mit neuen Instrumenten wie z. B. **handelbaren Umweltnutzungsrechten** im Wettbewerb um die beste Lösung Umweltziele erreichen.
- **Mehr Selbstverpflichtungen** und Vereinbarungen, weniger Gesetze und Verordnungen, z. B. beim Flottenverbrauch der Automobilhersteller.
- Eigenverantwortung stärken durch **Öko-Audit-Systeme** in den Unternehmen.
- Abbau ökologisch widersinniger Vergünstigungen.
- Im Rahmen der Steuersenkungsreform setzt sich die F.D.P. **für einen dritten Mehrwertsteuersatz auf Energieverbrauch** ein, wenn er europaweit einheitlich eingeführt wird. Im anderen Fall belastet er die deutschen Bürger und Verbraucher einseitig in Europa. Die F.D.P. macht es jedoch zur Bedingung für einen dritten Mehrwertsteuersatz auf Energie, daß das Aufkommen hieraus ausschließlich der zeitgleichen weiteren Absenkung der Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie der Körperschaftsteuer dient.

So verstandener Umweltschutz schafft Arbeitsplätze und gefährdet keine. Eine ideologisch motivierte Umwelthysterie und eine pauschale Verteufelung bestimmter Stoffe und Technologien lehnt die F.D.P. ab.

Naturschutz ohne Bevormundung

Naturschutz darf sich nicht in Reservatsdenken erschöpfen. Naturschutz ist Schutz unserer Heimat, auch die vielfältigen ökologisch wertvollen Kulturlandschaften, wie sie durch die Landbewirtschaftung geprägt wurden, müssen erhalten bleiben. Die F.D.P. will Naturschutz nicht gegen die Land- und Forstwirtschaft, sondern mit der Land- und Forstwirtschaft erreichen. Die Ideologie, mit der z.T. in Nationalparks der Mensch ausgeschlossen wird, obwohl Menschen über Jahrhunderte in Deutschland die Natur zur Kulturlandschaft umgestaltet haben, widerspricht dem Naturschutz so wie wir ihn verstehen.

Naturschutz muß mit den Menschen und nicht gegen sie gestaltet werden. Wo immer es geht, soll deshalb **Vertragsnaturschutz Vorrang** vor behördlichen Anordnungen haben. Nicht nur die Naturschutzbehörden um Umweltverbände haben Verantwortung für den Erhalt von Natur und Arten, sondern alle, die mit ihr umgehen. Die F.D.P. tritt für ein **Verbandsklagerecht im Naturschutz** auch bei bundesrechtlichen Verfahren ein. Die Natur braucht einen Anwalt. Die Erfahrungen in den Bundesländern zeigen, daß nicht etwa Verfahrensverzögerungen die Folge sind, sondern daß die Interessen des Naturschutzes bei den Planungen im Vorfeld besser berücksichtigt werden. Die Naturschutzgesetzgebung der EU ist konsequent umzusetzen.

Bürokratie abbauen - Eigenverantwortung stärken

Die Voraussetzungen für die Beschleunigung und Vereinfachung von Genehmigungsverfahren wurden gesetzlich geschaffen. Diese Beschleunigungspotentiale müssen jetzt überall vor Ort ausgeschöpft werden. Durch **ein Umweltgesetzbuch** will die F.D.P. eine transparente und systematische Umweltpolitik in Deutschland erreichen. Durch **Stärkung der Bundeskompetenz** in der Umweltschutzgesetzgebung soll ein bundeseinheitlicher Rahmen geschaffen werden. Eine heute im Detail überzogene oftmals ideologisch begründete Umsetzung der Gesetze in den Ländern wird damit ebenso abgebaut wie letztlich überflüssige Verwaltungskosten.

Die F.D.P. setzt sich für eine **Entlastung von Berichtspflichten**, Nachweisverfahren und Kontrollen derjenigen Unternehmen ein, die ein Umweltmanagement aufgrund der EU-Öko-Audit-Verordnung oder einer vergleichbaren internationalen Norm einführen.

Kosten senken beim Umweltschutz in der Kommune

Die F.D.P. tritt für mehr Marktwirtschaft auch im kommunalen Umweltschutz ein, um die örtlich teilweise hohen Gebühren in den Griff zu bekommen.

Dazu gehören:

- moderne Organisationsformen, die eine **betriebswirtschaftliche Arbeitsweise** erlauben.
- Wirtschaftlichkeitswettbewerbe schon bei der Erstellung von Abwasser- und Abfallkonzepten,
- unter Wettbewerbsbedingungen ausgeschriebene **privatwirtschaftliche Betreiber- und Dienstleistungsmodelle**,
- **dezentrale Abwasserkonzepte** in ländlichen Regionen anstatt Konzentration auf große teure Zentralkläranlagen,
- Zurückschneiden überzogener Detailregelungen, um mehr Spielräume für **ortsangepaßte kostengünstigere Lösungen** zu geben,
- die **steuerliche Gleichstellung** privat- und öffentlich-rechtlich organisierter Entsorgungsbetriebe.

Die rückläufigen Abfallmengen dürfen nicht dazu führen, daß Länder und kommunale Unternehmen durch staatliche Andienungspflichten oder subventionierte Preise in die Märkte der privaten Entsorgungswirtschaft drängen.

Örtliche Überkapazitäten bei **Müllverbrennungsanlagen** sind durch regionale Kooperation zu vermeiden. Um die Altlasten von morgen zu vermeiden, tritt die F.D.P. dafür ein, daß entsprechend der Vorgaben der **TA-Siedlungsabfall** Siedlungsabfälle nach thermischer Vorbehandlung deponiert werden dürfen. Auch bei rückläufigen Abfallmengen hält die F.D.P. aus Gründen der Ressourcenschonung an weiterer Abfallvermeidung durch einen hohen **Mehrweganteil** fest. Anstelle starrer Quotenvorgaben setzt sich die F.D.P. für die **Einführung handelbarer Lizenzen** (z. B. für Getränkedosen) ein.

Immissionen senken durch bessere Technik und weniger Verkehr

Obwohl sich die Luftqualität in Deutschland ganz erheblich verbessert hat, besteht vor allem bei den verkehrsbedingten Emissionen weiter Handlungsbedarf. Die F.D.P. setzt hierzu auf technische Effizienzverbesserungen und moderne Verkehrssysteme wie:

- die frühestmögliche Einführung von Treibstoffen mit einem **weiter reduzierten** Schwefel- und Benzolgehalt (höchstens 50 ppm Schwefel und maximal 1 % Benzol),
- die Verringerung des Kraftstoffverbrauchs (Ziel: Drei-Liter-Auto) und die Entwicklung von alternativen schadstofffreien Antrieben wie z. B. Brennstoffzellen,
- die Reduzierung von Verkehrsströmen durch Kombination von Wohn- und Arbeitsgebieten und Nutzung **moderner Kommunikations- und Logistiksysteme**,
- die **Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer**,
- die Umwandlung der **steuerlichen Kilometerpauschale in eine verkehrsmittel-unabhängige Entfernungspauschale**.

Die Bekämpfung des Lärms, vor allem des **Verkehrslärms**, muß durch technische Maßnahmen bei LKW und PKW wie auch bei den Straßenbelägen und Gleisen intensiviert werden. Die Bevölkerung muß durch "Flüsterjets" vom Fluglärm entlastet werden. Hinzukommen müssen neue flexiblere Instrumente, wie z. B. Lärmlizenzmodelle für Flughäfen und Lärminderungskonzepte.

Verantwortung weltweit wahrnehmen

Unsere Verantwortung für die künftigen Generationen verpflichtet zu einer internationalen Umweltpolitik als Bestandteil von Außen- und Entwicklungspolitik. Die Lebensgrundlagen der Menschheit werden bedroht durch Klima- veränderungen, Wasserknappheit und die Zerstörung der Böden. Alle Staaten müssen die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in eigener Verantwortung schaffen. Deutschland muß sie weiterhin durch eine aktive Außenpolitik dabei unterstützen.

Der Erfolg des **Montreal-Übereinkommens** zum Schutz der Ozonschicht zeigt, wie wichtig konkrete internationale Übereinkommen sind. Die F.D.P. setzt sich dafür ein,

- die **Verminderung der Treibhausgasemissionen** durch globalen Handel mit Emissionsrechten und die Umsetzung der Reduktionsverpflichtungen mit den Entwicklungsländern (joint implementation) voranzubringen,
- eine **internationale Waldkonvention** zu vereinbaren, die alle Staaten zu einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung verpflichtet,
- eine **internationale Bodenschutzkonvention** zu vereinbaren, um die Ernährungsgrundlage für die anwachsende Weltbevölkerung zu sichern,
- effiziente **Instrumente zum Schutz der Meere** zu entwickeln, insbesondere um die Überfischung der Meere zu stoppen. Neben einer internationalen Konvention gegen die Überfischung gehören dazu Gütesiegel für schonende Fangmethoden und Selbstverpflichtungen von großen Handelsketten,
- daß die Einbringung von Abfällen und Schadstoffen aller Art, insbesondere das **Verklappen von Chemikalien und das Versenken von Atommüll** in die Meere weltweit verboten und geächtet wird,
- die genetischen Ressourcen als natürlichen Reichtum der ganzen Welt zu behandeln und die Herkunftsländer an dem ökonomischen Vorteil aus ihrer Nutzung teilhaben zu lassen.

Die F.D.P. fordert eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung aller UNO-Mitgliedstaaten mit Sanktionsmechanismen, wesentliche Beeinträchtigungen der Lebensgrundlagen anderer Staaten zu unterlassen und zu verhindern. Alle Vertragsstaaten müssen sich bei Streitigkeiten, welche die Verpflichtung zum Schutz der internationalen Lebensgrundlagen betreffen, der Rechtsprechung des **Internationalen Gerichtshofes in Den Haag** unterstellen.

Klimaschutz und Ressourcenschonung

Aus Verantwortung für die künftigen Generationen müssen wir die Risiken der Veränderung des Weltklimas minimieren und die Vergeudung der fossilen Energieträger durch nachhaltiges Wirtschaften beenden.

Deshalb fordert die F.D.P. :

- die Ausschöpfung aller Potentiale (Technologieoptionen), die ohne Schaden für Wirtschaft und Arbeitsplätze den Zielen des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung dienen und die Weiterentwicklung unkonventioneller Lösungsansätze wie die Vermeidung und Verwertung von CO₂ (z. B. durch die Produktgewinnung aus Algen),
- die **Einführung handelbarer CO₂-Emissionsrechte** in Deutschland und der EU, bis zum Beginn der internationalen Verpflichtungen 2008,
- die **Reduzierung der CO₂-Emissionen** in Deutschland bis 2005 um 25 % gegenüber 1990,
- die Erfüllung der Selbstverpflichtungen der Industrie,
- eine **Nichtbesteuerung des energetischen Einsatzes von Bio-Gas**,
- die Ausweitung des "Energie-check-up" auf alle Gebäude, um die hohen **Klimaschutzpotentiale im Gebäudebereich** besser zu erschließen. Ein Energiepaß schafft Transparenz über Nebenkosten und erhöht die Marktchancen von energetisch optimierten Gebäuden,
- steuerrechtliche Rahmenbedingungen so zu verändern, daß innovative, dezentrale Energieversorgungskonzepte unter Einsatz regenerativer Energien und die energetische Optimierung von Gebäuden begünstigt werden.
- das kostengünstige **Niedrigenergiehaus** zum Standard zu machen,
- die öffentliche Hand bei ihren Gebäuden zum Klimaschutz-Vorbild zu machen.

Energiepolitik für die Zukunft

Ein **nationaler Energiekonsens** über die Nutzung der unterschiedlichen Energieträger, über verstärkte Anstrengungen zum Energiesparen und über verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien ist notwendig, um das Ziel einer langfristigen, sicheren, effizienten und ökologisch tragfähigen Energieversorgung einschließlich einer erfolgreichen CO₂ -Minderung zu erreichen.

Die **Option für die friedliche Nutzung der Kernenergie** muß offengehalten werden. Die Frage nach einer weiteren Nutzung der Kernenergie als Übergangsenergie darf aber nicht losgelöst von Fragen der Entsorgung, der Reaktorsicherheit, der CO₂-Problematik und der langfristigen Versorgungssicherheit behandelt werden. Es muß der Versuch gemacht werden, eine Strategie zum Klima- und Ressourcenschutz zu entwickeln und einzuführen, die auch ohne die Nutzung der Kernenergie erfolgreich sein kann. Begünstigungen für die Kernenergie, wie z. B. Haftungsbegrenzungen, sind schnellstmöglich abzubauen. Die Verantwortung für zukünftige Generationen gebietet es, eine Weiterentwicklung der Sicherheitstechnologie und eine geordnete Entsorgung für die bestehenden Kernkraftwerke in nationaler Verantwortung sicherzustellen.

Die F.D.P. setzt sich dafür ein, die Maßnahmen zur **Energieeinsparung**, zur höheren Energieeffizienz und zur stärkeren Nutzung der erneuerbaren Energien entschieden zu verstärken, um die Ziele der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (**50 % erneuerbare Energien bis 2050**) durch Förderung von Forschung und Markteinführung verwirklichen zu können.

VII. Für eine liberale Verkehrspolitik

Mobilität ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und unsere hohe Lebensqualität und schafft mehr Freiräume für persönliche Lebensgestaltung. Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für die F.D.P. sind alle Verkehrsträger **gleichberechtigt**. Den einzelnen Verkehrsträgern sind die von ihnen verursachten Infrastruktur- und Unterhaltskosten aufkommensgerecht zuzuordnen. Auch die Umweltverträglichkeit der Verkehrsmittel muß sich in den Kostenbelastungen widerspiegeln.

Die F.D.P. sieht in der gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik die Chance, den Verkehr kostengünstig, umweltfreundlich, sicher und effizient zu gestalten.

Straßenverkehr

Der überwiegende Teil der Verkehrsleistungen in Europa und Deutschland wird auf der Straße erbracht. Die Liberalen sind daher gegen Diskriminierungen des Straßenverkehrs.

Die F.D.P. fordert:

- Umfassende Einführung moderner, leistungsfähiger **Verkehrsleit- und Informationssysteme** (Telematik).
- Der **Neubau von Straßen** darf kein Tabu sein, insbesondere wenn Ausbaumaßnahmen nicht ausreichen, um das steigende Aufkommen aufzunehmen. Bei knappen öffentlichen Mitteln müssen neue Wege der Finanzierung gesucht werden, um privates Kapital zu mobilisieren. Eine unabhängige Regierungskommission soll hierzu neue Modelle erarbeiten.
- Der Weg von und zur Arbeitsstelle ist steuerlich künftig verkehrsmittelunabhängig durch eine **Entfernungspauschale** zu berücksichtigen.
- Die vom Straßenverkehr ausgehenden Belastungen von Bürgern und Umwelt sind zu verringern. Dazu gehören neu festzulegende, strengere **Grenzwerte für Lärm und Abgase**, Vorgaben zur **Senkung des Energieverbrauchs**, aber auch aktive und passive **Schutzmaßnahmen**.

- Die **Sicherheit** im Straßenverkehr ist weiter zu erhöhen, z. B. durch bessere Aufklärung der Verkehrsteilnehmer, auch über technische Veränderungen.

Schienerverkehr

Wir fördern einen wettbewerbs- und leistungsfähigen Schienenverkehr und setzen uns dafür ein, mehr Verkehr von der Straße auf die **umweltfreundliche** Schiene zu verlagern. Schwerpunkte sind dabei vor allem die **Regionalisierung** des Schienenpersonennahverkehrs, die Öffnung bzw. der Zugang der öffentlich betriebenen Eisenbahnstruktur für Dritte als Verkehrsbetreiber sowie eine schnelle **Harmonisierung** der technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Schienenverkehr in Europa. Beteiligung **privaten** Kapitals an den Eisenbahngesellschaften bzw. den zugehörigen Serviceunternehmen ist zu ermöglichen.

Sogenannte "**Free-Ways**" sollen für den Personen- und Güterverkehr getrennt ausgebaut werden, wo es wirtschaftlich sinnvoll und aus Kapazitätsgründen notwendig ist, da die technischen Anforderungen an Hochgeschwindigkeitsstrecken aufwendiger und damit teurer sind als für den reinen Güterverkehr.

Die **Bahnreform** ist konsequent weiterzuführen. Die Voraussetzungen für eine mittelfristige vollständige Privatisierung der DB-AG bzw. deren Tochtergesellschaften sind zu schaffen, wobei jedoch Verantwortung und Eigentum für das Netz beim Staat bleiben sollen.

Die F.D.P. unterstützt auch in Zukunft eine Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes durch den **Transrapid**.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Die F.D.P. will eine **vollständige Regionalisierung des ÖPNV**, weil nur in kommunaler Verantwortung Nahverkehrsleistungen kundengerecht erbracht werden können. Über die Regelungen des Regionalisierungsgesetzes hinaus muß sich die Verantwortung des Bundes auf Forschung und Entwicklung sowie auf Förderung in strukturschwachen Gebieten erstrecken. Die Verknüpfung des ÖPNV mit Schienenverkehr, individuellem Straßenverkehr und anderen Verkehrssystemen ist herzustellen.

Mehr Wettbewerb und verbesserter Zugang für Dritte sind auch im ÖPNV nötig. Bessere Verknüpfung mit dem Fernverkehr durch Einsatz von **Telematik** wird von der F.D.P. für dringend notwendig gehalten.

Schifffahrt und Häfen

Das Schiff ist der umweltfreundlichste Verkehrsträger mit dem günstigsten Raum- und Energiebedarf pro transportierter Tonne. Die F.D.P. unterstützt daher alle Projekte, die zu einer sinnvollen Verlagerung von Verkehr auf das See- und Binnenschiff führen ("Road/Rail-to Sea").

Die F.D.P. fordert:

- **Harmonisierung der Schifffahrtspolitik**, insbesondere der Fiskalbelastungen in Europa einschließlich eines generellen Abbaus aller Subventionen, und zwar auf der Basis internationaler Vereinbarungen mit den großen Schifffahrtsnationen. Die Besteuerung der Schifffahrt soll auf eine progressive Tonnagesteuer umgestellt werden. Alle Zweitregister in Europa sollen in ein einheitliches Schiffsregister überführt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.
- **Bedarfsgerechte** Erhöhung der Kapazität der Verkehrsinfrastruktur im See- und Binnenschiffsverkehr, insbesondere eine verbesserte Verknüpfung mit Bahn und LKW. Eine radiale Erschließung der Hinterlandanbindung sowie eine bessere **Vernetzung der deutschen Seehäfen** miteinander sind im Bundesverkehrswegeplan besonders zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die seewärtigen Zufahrten.
- Künftig sind vorrangig solche **Güterverkehrszentren (GVZ)** auszubauen, die sowohl über ausreichende Infrastruktur (Straßen- und Schienenanschluß, Binnenwasserstraßenanschluß) als auch ein Logistiksystem verfügen. GVZ sind bevorzugt privat zu finanzieren und zu betreiben.
- Eine **europäische Initiative** zur Harmonisierung und Festlegung verbindlicher technischer Standards sowie damit verbundener Richtlinien für den Zugang zu den europäischen Häfen und Wasserwegen, um die Sicherheit auf den Meeren, Flüssen und Kanälen weiter zu erhöhen und den Energieverbrauch zu senken.

Luftverkehr

Ein hochindustrialisiertes Land benötigt ein leistungsfähiges Luftverkehrssystem. Dazu gehört auch ein **leistungsfähiges Netz von Regionalflughäfen**. Eine Anbindung der Großflughäfen an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn erhöht die Mobilität der Bürger.

Der grenzüberschreitende Charakter des Luftverkehrs macht eine abgestimmte Politik auf europäischer Ebene notwendig. Weitere nationale Subventionierung im Luftverkehr lehnen wir daher ab.

Durch einheitliche Normen und Standards ist die Effizienz der europäischen **Flugsicherung** zu erhöhen. Für eine Verringerung der Belastung von Mensch und Umwelt ist es notwendig, Anreize für den Einsatz besonders lärmarmer Flugzeuge zu schaffen.

Die F.D.P. fordert die vollständige **Privatisierung der Flughafengesellschaften**.

VIII. Wohnungs- und Städtebau

Liberaler Wohnungspolitik seit 1990 hat bundesweit zu einem vielfältigen Angebot im ganzen Land geführt, wie es das noch nie gegeben hat. Mehr Wohnungen und ein differenziertes Angebot sind der beste **Mieterschutz**.

Die Bildung von **Wohneigentum** erhöht die Lebensqualität, gibt Sicherheit für die Zukunft und entlastet den Wohnungsmarkt. Mit dem Eigenheimzulagengesetz, dem verbesserten Baukindergeld und der Förderung des Bausparens sind hier in den letzten Jahren bereits entscheidende Schritte getan worden. In den neuen Ländern sind Wohnungsneubau und die **Modernisierung des Wohnungsbestandes** ein Erfolg liberaler Wohnungspolitik.

Jungen Familien Wohneigentum zu ermöglichen ist ein besonderes Anliegen der F.D.P., denn eine kluge Eigentumpolitik ist ein Stück Familienpolitik. Deshalb fordert die F.D.P. über das Erreichte hinaus, den **sozialen Wohnungsbau** vorrangig auf die Bildung von Wohneigentum auszurichten.

Der traditionelle soziale Wohnungsbau hat erhebliche Mängel, z. B. 42 % Fehlbelegungen, viel zu hohe Kosten, ungenügende Flexibilität etc. Notwendig ist eine Umsteuerung mit dem Ziel, über marktwirtschaftliche Anreize und das Zusammenwirken von privaten Vermietern und den Kommunen, den sozialen Skandal der **massenhaften Fehlbelegung** zu beenden und denen, die Hilfe brauchen, unbürokratisch eine bezahlbare Wohnung zu beschaffen.

Die Wohnungspolitik muß die Rahmenbedingungen für ein ausreichendes Wohnungsangebot setzen. Hierzu zählt in erster Linie ein ausreichendes Angebot an erschwinglichem **Bauland** und die durch das Bodenschutzgesetz erleichterte Sanierung und Bebauung von Brachen in den Städten.

Voraussetzung für die Entwicklung von Bauland sind in erster Linie politische Entscheidungen auf kommunaler, aber auch auf regionaler und überregionaler Ebene. Die F.D.P. wird sich hier auf allen Ebenen für eine **offensive Baulandpolitik** einsetzen.

Die **Modernisierung** von Altbauten wird im Mittelpunkt staatlicher Wohnungspolitik der nächsten Jahre stehen. Sie stärkt die Lebensqualität und erhält uns die Schönheit unserer Städte und Dörfer.

Gerade in den neuen Ländern müssen die Städte wieder zu Zentren des Handels und der Dienstleistungen werden. Die F.D.P. wird sich dafür einsetzen,

daß hier mit klarem zeitlichen Horizont den Städten und Gemeinden die erforderlichen Hilfen zur Verfügung gestellt werden.

Die F.D.P. fordert:

- Das **Wohnungs- und Baurecht** ist zu deregulieren. Die **Vereinfachung** bzw. Abschaffung von Vorschriften im Baurecht und die Reduzierung der Baustandards muß Bauen kostengünstiger machen.
- Die **Wohnungsbauförderung** muß stärker **einzelfallbezogen** ausgerichtet werden. Hierzu sind für den Mietwohnungsbereich eine Abkehr von der Objektförderung und ein **leistungsfähiges Wohngeld** erforderlich. Wohngeld ist die effiziente, zielgenaue Unterstützung derjenigen, die staatliche Hilfe brauchen. Die Anpassung der Wohngeldsätze an die Mietentwicklung muß unverzüglich erfolgen.
- Das überkomplizierte, völlig unausgewogene **Mietrecht** ist im Interesse von Vermietern und Mietern zu **modernisieren**. Mehr Markt statt staatlicher Bevormundung und Investitionsanreize statt Investitionsbehinderungen wirken sich auch hier zugunsten von Mietern und Vermietern aus.

IX. Liberale Außenpolitik für Deutschland

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Außenpolitik haben sich an der Schwelle zum 21. Jahrhundert grundlegend verändert. Deutschland ist wiedervereinigt und nur noch von Freunden umgeben. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft sind überall in Europa auf dem Vormarsch. Zum ersten Mal besteht die historische Chance, in ganz Europa eine dauerhafte Friedensgemeinschaft zu schaffen. Kriege dürfen in Europa nicht mehr möglich sein.

Die F.D.P. steht für Stabilität, Kontinuität und Verlässlichkeit in der deutschen Außenpolitik. Europäische Einbettung, Bündnisfähigkeit und internationale Verantwortung für Frieden müssen auch in Zukunft Eckpfeiler liberaler Außenpolitik für Deutschland sein.

Liberale stellen sich den Herausforderungen und Chancen der politischen und wirtschaftlichen Globalisierung. Unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit hängt maßgeblich von unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ab. Liberale Außenpolitik verwirklicht deutsche Interessen durch enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern in Europa, Amerika und im internationalen Rahmen.

Liberale Außenpolitik will die Stärkung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weltweit - gegen Folter, Gewalt, Vertreibung und Unterdrückung. Freiheitsrechte und Menschenwürde sind unteilbar. Wir Liberale wollen die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Menschenrechte und Völkerrecht können sich nicht selbst schützen. Sie müssen von der Gemeinschaft freier Rechtsstaaten geschützt werden. Wer es ablehnt, Frieden und Freiheit zu sichern - notfalls auch mit militärischen Mitteln - läßt Menschen im Stich.

Die F.D.P. fordert:

Die Schaffung eines Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs, der bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen des Angriffskrieges tätig wird; Kriegsverbrechen wie in Ruanda und Bosnien dürfen nicht ungesühnt bleiben. Die Vereinten Nationen (VN) müssen zum zentralen Friedenshüter der Menschheit im 21. Jahrhundert fortentwickelt werden. **Deutschland ist bereit, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzunehmen**, um damit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung besser gerecht zu werden. Ein gemeinsamer Sitz

für die Europäische Union (EU) im Sicherheitsrat der VN bleibt erstrebenswert. Die Organisation der Vereinten Nationen muß gestrafft werden. Alle Mitgliedstaaten müssen ihre Beiträge fristgerecht zahlen und ihre Beitrags-schulden begleichen.

Liberale Außenpolitik will internationale Friedenssicherung weltweit durch wirksame Prävention von Konflikten. Frieden, Sicherheit und Menschenrechte werden in Zukunft vor allem durch Hunger, Armut, Unterentwicklung, Migrations- und Flüchtlingswellen, Wasserknappheit, Umweltzerstörung und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bedroht. Sie sind der Nährboden für Nationalismus, Gewalt, Konflikte, Machtmißbrauch und politischen Fundamentalismus. Deutschland wird seine gewachsene internationale Verantwortung in Zukunft aktiv im Rahmen der Vereinten Nationen, Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Nordatlantischen Allianz (NATO), Europäischen Union und Westeuropäischen Union (WEU) wahrnehmen.

Die F.D.P. fordert:

Wirksame Konfliktverhütung und die Stärkung kollektiver Sicherheit durch Reform und Ausbau der Vereinten Nationen und ihrer regionalen Zusammenschlüsse wie der OSZE, **Bekämpfung von Terrorismus und internationaler Kriminalität** sowie die weltweite Eindämmung der Verbreitung von Waffen (Waffenproliferation).

Liberale Außenpolitik will die Sicherung des freien Welthandels und die Stärkung der Welthandelsorganisation (WTO). Die Globalisierung ist eine Chance für mehr Wettbewerb, offene Märkte, für die Stärkung von Frieden und Wohlstand durch internationale Arbeitsteilung und durch den freien Austausch von Ideen, Dienstleistungen, Waren und Kapital. Globalisierung bedeutet für Liberale nicht Weltwirtschaft im rechtsfreien Raum, sondern die Chance für mehr Wettbewerb in offenen Märkten.

Die F.D.P. fordert:

Einen weiter auszubauenden multilateralen verbindlichen Rechtsrahmen und eine durchsetzungsfähige Welthandelsorganisation. In diesem Rahmen müssen deutsche Außenwirtschaftsinteressen aktiv gefördert werden. Die Chancen der Globalisierung müssen für die schnellere Einbeziehung von Entwicklungsländern genutzt und Handelsbarrieren zu ihren Gunsten weiter abgebaut werden.

Liberale Außenpolitik zielt auf den Erhalt einer bewohnbaren und lebenswerten Welt für künftige Generationen. Der dramatische Verlust an fruchtbarem Boden und Wasser und die Bevölkerungsexplosion führen in vielen Regionen zu einem Mangel an Nahrung und oft zu Krieg und Flüchtlingsströmen. Die übermäßige Nutzung natürlicher Ressourcen kann durch internationales Recht und Entwicklungszusammenarbeit verhindert werden und so zur Konfliktverhinderung beitragen.

Wir müssen unsere Erdatmosphäre durch eine konsequente Reduzierung von Luftverschmutzung und Treibhausgasen besser schützen. **Wirksamer globaler Umweltschutz braucht eine internationale Umweltrechtsordnung.**

Die F.D.P. fordert:

Alle **Industrieländer müssen beim Klimaschutz Vorreiter sein** und ihre Treibhausgase gemäß ihrer Verpflichtung auf der Klimakonferenz in Kyoto bis spätestens zum Jahr 2012 reduzieren. Deutschland und die Europäische Union müssen an ihren weitergehenden Reduktionszielen festhalten. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag muß grundsätzlich für die gerichtliche Klärung von internationalen Streitfällen über Umweltprobleme zuständig sein.

Liberale Außenpolitik will den Dialog der Kulturen. Zum dauerhaften Frieden gehört der Friede der Kulturen. In einer durch die Entwicklung neuer Technologien immer enger zusammenrückenden Welt müssen gegenseitiges Verständnis und Toleranz an die Stelle auf Unkenntnis basierender Vorurteile und Feindbilder treten. Wir brauchen einen verstärkten Dialog zwischen den verschiedenen Kulturkreisen. **Der Dialog der Kulturen ist für Liberale aktive Friedenspolitik.**

Die F.D.P. fordert:

Kulturdialog muß fester Bestandteil der deutschen Außenpolitik sein. Internationale Dialogformen wie z.B. das "Haus der Kulturen der Welt" in Berlin müssen aufgebaut und gefördert werden. Der euro-arabische Dialog und vergleichbare Einrichtungen sollten neu belebt werden.

Liberale Außenpolitik will die Stärkung der Kultur in unseren internationalen Beziehungen. Die Darstellung Deutschlands im Ausland muß über die Präsentation seiner wirtschaftlichen Leistungen hinausgehen. Trotz knapper öffentlicher Mittel muß Deutschland dem großen internationalen Interesse an seiner Kultur und Sprache entsprechen.

Die F.D.P. fordert:

In einer Zeit knapper öffentlicher Mittel und im Interesse einer aktiven Standortsicherung bedarf es in der **Auswärtigen Kulturpolitik einer wachsenden Bereitschaft zum Sponsoring** durch die Wirtschaft und eines modernen Stiftungsrechts, das auch auf das Ausland bezogene private Anstrengungen steuerlich erleichtert. Weitere Kürzungen in diesem Bereich sind abzulehnen. Die **Verwendung von Haushaltsmitteln** aller Bundesministerien, die über Mittel für die Auswärtige Kulturpolitik verfügen, bedarf einer übergreifenden Koordination, um der bestehenden Kompetenzersplitterung entgegenzuwirken. Eine schrittweise Zusammenführung von Kompetenzen und Geldern im Auswärtigen Amt ist anzustreben. Die Auslandskulturarbeit mit den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas sowie den GUS-Staaten muß verstärkt und unser europäisches kulturelles Erbe bewahrt werden.

Gesamteuropäische Friedensordnung

Seit dem historischen Umbruch in Europa haben sich die Chancen für eine dauerhafte europäische Friedensordnung verbessert. Dennoch ist die Gefahr des Ausbruchs regionaler Konflikte nicht gebannt. Sie können unsere Sicherheit mittelbar und unmittelbar berühren. Künftig rücken humanitäre Missionen und Friedenssicherung in den Vordergrund. Die F.D.P. setzt sich für den Ausbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung ein. **Unser Ziel ist ein vereintes Europa, das gemeinsam Verantwortung für Frieden und Freiheit trägt.**

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE)

Die OSZE ist der umfassende Rahmen für Sicherheit und Zusammenarbeit im neuen Europa. Sie muß als wirksames Instrument zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten sowie für den Schutz von Menschenrechten und zur Stärkung von demokratischen, rechtsstaatlichen Bürgergesellschaften in Europa weiterentwickelt werden.

Die F.D.P. fordert:

Die Fähigkeit der OSZE zur Konfliktverhütung und zur Nachsorge von Konflikten durch Demokratie- und Wiederaufbauhilfe für rechtsstaatliche Institutionen von Zivilgesellschaften muß gestärkt werden. Die Handlungsfähigkeit der OSZE muß durch die Einführung von Mehrheitsentscheidungen und die

Schaffung eines Sicherheitsrates, den Ausbau von Missionen vor Ort und die verstärkte Nutzung von OSZE-Sonderbeauftragten verbessert werden.

Westeuropäische Union (WEU)

Die WEU hat weiter an Bedeutung gewonnen. Sie stärkt die Handlungsfähigkeit der EU. Die WEU kann in einer Krise auf die militärischen Verbände ihrer Mitgliedstaaten und das Eurokorps zurückgreifen und fördert die Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die europäischen und transatlantischen Sicherheitsstrukturen.

Die F.D.P. fordert:

Die WEU sollte so bald wie möglich integraler Bestandteil der Europäischen Union werden. Die Zusammenarbeit von WEU und NATO muß vertieft werden, insbesondere der Zugriff der WEU auf NATO-Ressourcen. Eine Doppelung gleicher Strukturen muß vermieden werden. Die WEU muß in die Lage versetzt werden, humanitäre Hilfe, friedenserhaltende und friedenschaffende Maßnahmen durchzuführen.

Nordatlantische Allianz (NATO)

Die NATO ist Ausdruck der Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika und als System kollektiver Verteidigung der Sicherheitsanker für Europa. Sie ist heute der Motor für eine breit angelegte europäische Sicherheitsarchitektur. **Nach der Öffnung der NATO für Polen, die Tschechische Republik und Ungarn steht die Tür zur Aufnahme weiterer Mitglieder offen.** Gleichzeitig wird die NATO im neu geschaffenen Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat mit den Nicht-NATO-Staaten in Zukunft eng zusammenarbeiten.

Die F.D.P. fordert:

Die NATO muß weiterhin ihren Beitrag zur Herausbildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension leisten und unverändert die transatlantischen Beziehungen pflegen. Gleichzeitig muß die NATO eine dauerhafte **strategische Partnerschaft mit Rußland und der Ukraine** aufbauen.

Abrüstung und Rüstungskontrolle

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung sind tragende Bestandteile der neuen europäischen Friedensordnung. Die Öffnung der NATO darf unter keinen Umständen zu einem neuen Wettrüsten in Europa führen. Vielmehr muß die kontrollierte Reduzierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen weltweit vorangetrieben werden.

Die F.D.P. fordert:

- **Die nukleare Abrüstung muß fortgesetzt und die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen verhindert werden.** Weltweit dürfen keine Atomwaffentests mehr stattfinden. Europa braucht ein effektives, stabilitätsorientiertes Rüstungskontrollregime. Biologische und chemische Waffen müssen weltweit wirksam geächtet werden.
- Rüstungsexporte müssen weltweit reduziert und Rüstungsexportkontrollen auf regionaler und internationaler Ebene konsequent ausgebaut werden.
- **Anti-Personenminen sind weltweit zu ächten.** Das Verbot von Produktion, Lagerung, Export und Einsatz dieser Minen muß schnell globale Gültigkeit erhalten, humanitäre Minenräummaßnahmen müssen weiterhin unterstützt werden.

Zukunft der Europäischen Einigung

Die Europäische Union kann sich im veränderten globalen Umfeld nur erfolgreich behaupten, wenn sie ihre Integration mit dem Ziel der politischen Union vorantreibt und sich für neue Mitglieder öffnet. **Der europäische Einigungsprozeß selbst ist die beste Garantie für Sicherheit und Stabilität in Europa.** Die Europäische Union bedeutet mehr Zukunftschancen für künftige Generationen durch Freizügigkeit, Mobilität, vielfältige Ausbildungschancen und berufliche Möglichkeiten.

Wir Liberale bekennen uns zu einer föderalen Europäischen Union, deren Grundprinzipien Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Subsidiarität sind. **Deshalb muß der EU-Vertrag zu einer Europäischen Verfassung weiterentwickelt werden,** die diese Grundprinzipien zum Ausdruck bringt. Die Europäische Union achtet die Grundrechte, wie sie in der Europäischen

Menschenrechtskonvention von 1950 gewährleistet sind. Einheit in Vielfalt ist die liberale europäische Vision.

Die Europäische Union steht vor großen Aufgaben: Sie muß die Wirtschafts- und Währungsunion umsetzen, um den Binnenmarkt zu vollenden und die Grundlage für die wirtschaftliche Selbstbehauptung der EU und damit Deutschlands in der Welt zu legen; **die EU steht vor der größten Erweiterung in ihrer Geschichte und muß diese Chance nutzen, die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden**; sie muß die notwendigen institutionellen Reformen verwirklichen, die Reform der gemeinsamen Agrar- und Strukturpolitik vorantreiben und einen tragfähigen Finanzrahmen mit einer fairen Lastenverteilung vereinbaren.

Stärkung von Demokratie und Handlungsfähigkeit der EU

Mit dem Vertrag von Amsterdam wurden wichtige Schritte zu mehr Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU vollzogen und Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union erzielt. Um die Handlungsfähigkeit und Demokratie in einer erweiterten Union weiter zu stärken, braucht die EU jedoch zusätzliche entschiedene Reformen.

Die F.D.P. fordert:

- Entscheidungen im Rat müssen in Zukunft grundsätzlich mit Mehrheit gefällt werden können und die Mehrheit der Bevölkerung der EU repräsentieren. **Eine handlungsfähige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) braucht qualifizierte Mehrheitsabstimmungen für Grundsatz- und Durchführungsbeschlüsse.** Nur in klar definierten Ausnahmebereichen (Vertragsänderung, Erweiterung und Finanzierung der EU) bleibt es beim Einstimmigkeitsprinzip.
- In einer demokratischen Union muß das Europäische Parlament nach einem **einheitlichen EU-Verhältniswahlrecht** gewählt werden und über den gesamten EU-Haushalt, einschließlich des Agrarhaushalts, entscheiden. Die Zahl der Kommissare sollte mit Blick auf die Erweiterung auf 20 begrenzt werden. Eine politische Union braucht eine europäische Verfassung mit einem Grundrechtekatalog.

Wirtschafts- und Währungsunion

Die Politik der F.D.P. hat wesentlich zum pünktlichen und vertragskonformen Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion beigetragen. Nun gilt es, ihre Ziele zu verwirklichen und in der praktischen Politik umzusetzen. **Der Euro stärkt die europäische Wirtschaft im globalen Wettbewerb mit den anderen Wirtschaftsregionen.** Die Währungsunion schafft Wachstumskräfte für neue Investitionen und Arbeitsplätze und hat bereits heute zu einer Stabilitätskultur unter den Mitgliedstaaten der EU geführt, wie sie Europa noch nicht erlebt hat.

Die F.D.P. fordert:

Deutschland trägt für die Stabilität des Euro besondere Verantwortung. Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik muß auch weiterhin strikt stabilitätsorientiert bleiben. **Es darf keine Aufweichung des Stabilitätspaktes und keine politische Einflußnahme auf die Politik der Geldwertstabilität der unabhängigen Europäischen Zentralbank geben.** Die Verwaltung in Deutschland muß Vorreiter bei der Verwendung des Euro sein und für Bürger und Unternehmen so früh wie möglich den Rechnungverkehr in Euro anbieten.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte stärken

Die EU muß die Sicherheit ihrer Bürger und den Schutz ihrer Rechte besser gewährleisten. Innere Freizügigkeit und bessere Sicherung der Außengrenzen der EU erfordern verstärkte Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik.

Die F.D.P. fordert:

- Die in Amsterdam beschlossene Vergemeinschaftung der Visa-Politik und des Asylrechts sowie eine vertiefte Zusammenarbeit bei Zollwesen, Einwanderung, Kontrollen der EU-Außengrenzen und Kooperation in Zivil- und Strafsachen muß konsequent umgesetzt werden unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments. Jeder Unionsbürger muß gegen Maßnahmen der EU Rechtsschutz auch vor den Europäischen Gerichten erhalten.
- **Die EU braucht eine gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik.**
- **Europol muß zur Bekämpfung der international organisierten Kriminalität** und der Drogen- und Terrorismusbekämpfung möglichst schnell zu einer effektiven, dabei streng an die geltenden Gesetze gebundenen europäischen

Polizeibehörde mit operativen Befugnissen bei der Bekämpfung der grenzüberschreitender Kriminalität ausgebaut werden. Für den Rechtsschutz der Bürger muß Europol der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs unterstellt werden.

Erweiterung der Union

Zentraler Bestandteil des europäischen Einigungsprozesses ist die rasche Heranführung und erfolgreiche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die euro-atlantischen Institutionen. **Der Erfolg der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa ist mit der Beitrittsperspektive unserer östlichen Nachbarstaaten zur Europäischen Union direkt verknüpft.** Deutschland gewinnt als unmittelbarer Nachbar Vorteile durch die Öffnung neuer Wachstumsmärkte.

Die F.D.P. fordert:

Gleiche Zugangskriterien für die Beitrittskandidaten stellen sicher, daß alle die **gleiche Beitrittchance zu einem möglichst frühen Zeitpunkt** haben. Voraussetzung für einen Beitritt ist die Fähigkeit zur Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Besitzstandes. Bei der **Erweiterung der EU gilt die Leitlinie: Differenzierung ohne Diskriminierung.** Es darf weder zu unnötigen Verzögerungen noch zur Ausgrenzung beitragswilliger und beitragsfähiger Staaten kommen. Beitrittskandidaten, die zunächst noch nicht beitreten können, müssen durch individuelle Heranführungsstrategien zielstrebig auf die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union vorbereitet werden.

Faire Finanzlasten in einer erweiterten Union

Das Finanzsystem der Europäischen Union muß reformiert werden. Mit der Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten nimmt die Zahl der Netto-Empfänger in der Union deutlich zu. Deutschland wird auch in Zukunft als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstärkstes Land Hauptnettozahler der EU bleiben, aber auch den größten wirtschaftlichen Nutzen aus der EU ziehen. Wir erkennen das Solidaritätsprinzip innerhalb der EU ausdrücklich an. **Wir brauchen allerdings eine ausgewogenere Lastenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten der EU.**

Die F.D.P. fordert:

- Die EU muß strenge Haushaltsdisziplin halten. Der EU-Finanzrahmen von 1,27 % des Gemeinschafts-Bruttosozialproduktes muß auch nach der Erweiterung beibehalten werden. Alle Ausnahmeregelungen müssen abgeschafft werden.
- Die EU-Ausgaben für Forschung, Bildung, Entwicklung und Zukunftstechnologien müssen von derzeit 3,8 % auf circa 10 % aufgestockt werden durch Rückführung der Agrarausgaben.
- Eine **Obergrenze für die von jedem Staat abzuführenden EU-Beiträge** muß eingeführt werden, um die Leistungsfähigkeit der Nettozahler nicht zu überfordern.
- Der **Mißbrauch von EU-Haushaltsmitteln** bei Agrarsubventionen, Strukturförderung, Zöllen und Abschöpfungen muß konsequent bekämpft werden.

Reform der Strukturpolitik

Die Erweiterung der EU macht eine Reform der europäischen Strukturpolitik unausweichlich, um sowohl einen rapiden Anstieg der Kosten der Strukturhilfen als auch starke wirtschaftliche Verzerrungen in den Beitrittsländern zu verhindern. **Alle Leistungen der Strukturhilfen müssen überprüft und auf die Regionen mit dem größten Entwicklungsrückstand konzentriert werden.**

Die F.D.P. fordert:

Anpassungshilfen, insbesondere im Rahmen des Regionalfonds, müssen gezielt unternehmerische Eigeninitiative fördern und auf die Entwicklung von wettbewerbsfähigen Klein- und Mittelbetrieben sowie auf den Ausbau von Verkehrsinfrastruktur und Bildungssystemen konzentriert werden. **Struktur- und Anpassungshilfen**, insbesondere im Rahmen der Kohäsions- und Regionalfonds, sollten in Zukunft wo möglich auf Darlehensbasis geleistet und mit erfolgsabhängigen Rückzahlungsbedingungen gekoppelt werden.

Wettbewerbsfähige Landwirtschaft in einer erweiterten Gemeinschaft

Die Europäische Union gibt immer noch rund die Hälfte ihres Haushalts für die Landwirtschaft aus. Der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Reformländer und die Liberalisierung des Welthandels im Rahmen der WTO

erfordern eine **grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der Agrarsubventionen insgesamt**. Die Reformvorschläge der EU-Kommission zur Agenda 2000 müssen verbessert werden, weisen aber in die richtige Richtung. Deutschland hat ein überragendes Interesse an einer zügigen Osterweiterung. Ohne die Reform der Agrar- und Strukturpolitik ist die Erweiterung der Union jedoch nicht zu finanzieren.

Die F.D.P. fordert:

- Die EU braucht eine marktorientierte, wettbewerbsfähige und umweltverträgliche landwirtschaftliche Produktion. **Produktionssubventionen müssen schrittweise gesenkt und mittelfristig abgeschafft werden**. Die Förderung der Landwirtschaft muß von der produktbezogenen Stützung auf eine subjekt- und flächenbezogene Förderung umgestellt werden. Die Landwirtschaft muß in Zukunft den wesentlichen Teil ihres Einkommens auf dem Markt erlösen. **Alternative Leistungen der Landwirte** z. B. für die Erhaltung von Kulturlandschaft, für Umweltschutz und Landschaftspflege sollen verstärkt im Rahmen der Regionalfonds honoriert werden.
- Schwerpunkte einer künftigen Politik für den ländlichen Raum sind die Förderung von landwirtschaftlichen Unternehmen, (u. a. auch durch Einkommenskombinationen von Land- und Forstwirtschaft), die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Erwerbsalternativen, (z. B. im Bereich Tourismus, Handwerk, Landschaftspflege) und die Ansiedlung gewerblicher Arbeitsplätze.

EU-Beschäftigungspolitik

Nationale Regierungen und Sozialpartner dürfen ihre Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht auf die Europäische Union abschieben. Europäische Beschäftigungsprogramme, planwirtschaftliche Festlegungen europaweiter Beschäftigungsziele und pauschale EU-weite Arbeitszeitverkürzungen schaffen keine neuen Arbeitsplätze. Die EU muß sich auf ihren Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung in Europa konzentrieren.

Die F.D.P. fordert:

Die EU-Leitlinien für eine beschäftigungsfreundliche Steuer- und Abgabepolitik der Mitgliedstaaten durch Senkung hoher Steuer- und Abgabenlasten muß konsequent umgesetzt werden. Wir brauchen einen verstärkten Austausch über die "besten Praktiken" zur Schaffung von Arbeitsplätzen

zwischen den Mitgliedstaaten und die Förderung einer neuen Kultur der Selbständigkeit in Europa z. B. durch beschäftigungsorientierte EU-Mittel aus den EU-Strukturfonds und der Europäischen Investitionsbank.

Bundeswehrplanung

Wer es ablehnt, Frieden und Freiheit zu sichern - notfalls auch mit militärischen Mitteln - läßt Menschen im Stich. Die Bundeswehr hat die neuen Anforderungen im Rahmen der internationalen Friedenssicherung in vorbildlicher Weise wahrgenommen, ohne ihren Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung zu vernachlässigen. Gleichzeitig hat die Bundeswehr zur Haushaltskonsolidierung einen maßgeblichen Beitrag geleistet. Für die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands brauchen unsere Soldaten auch in Zukunft eine gute Ausbildung, moderne Ausrüstung und persönliche Planungssicherheit.

Neben den neuen Aufgaben im Rahmen der europäischen und internationalen Friedenssicherung bleibt **Hauptaufgabe der Bundeswehr der Schutz des äußeren Friedens, der Freiheit und unserer Demokratie**. Landes- und Bündnisverteidigung ist und bleibt Aufgabe aller Bürger. Dafür leistet die Wehrpflicht einen entscheidenden Beitrag. Dennoch bedeutet die Wehrpflicht einen erheblichen Eingriff in die individuelle Entscheidungsfreiheit. Die F.D.P. hat die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf zehn Monate und die Einführung einer differenzierten Wehrpflicht durchgesetzt. Mit der Stärkung von Sicherheit und Stabilität in Europa durch den Ausbau der gesamteuropäischen Friedensordnung können die Wehrpflicht weiter differenziert und gegebenenfalls die Mindestwehrdienstzeit verkürzt werden. Der Personalumfang der Bundeswehr ist für Liberale kein Dogma.

Die F.D.P. fordert:

- Eine Reform der Streitkräftestruktur für eine leistungsfähige und attraktive Bundeswehr mit dem Ziel der Gliederung der Bundeswehr in Einsatz- und Ausbildungskräfte, einer **weiteren Differenzierung der Wehrpflicht und Verkürzung ihrer Mindestdauer** auf das unbedingt notwendige Maß.
- Veränderung des Personalumfangs der Bundeswehr auf das sicherheitspolitisch gebotene Maß und die damit erforderliche Verabschiedung eines Personalkostendämpfungsgesetzes; eine Reform der Personalführung mit mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Personalentscheidungen sowie der **Einführung von Stellenausschreibungs- und Bewerbungsverfahren** für

längerdienende Soldaten; die Finanzmittel für Zeit- und Berufssoldaten müssen angehoben und Einstiegsgehälter höher dotiert werden; die Erhöhung der Zahl der Führungskräfte in den Einheiten für eine bessere Ausbildung und Betreuung von Soldaten.

- **Öffnung aller Truppengattungen der Bundeswehr für Frauen**, die freiwillig und gleichberechtigt auch an der Waffe und im Rahmen internationaler Friedenseinsätze der Bundeswehr in den Streitkräften Dienst leisten wollen.
- Ein arbeitsmarktorientierter, flexibler Umgang mit Wehrdienstleistenden, z. B. durch Ausnahmeregelungen für Existenzgründer; Reform der Wehrdienstausnahmen, z. B. die sogenannte Dritte-Söhne-Regelung und die Befreiung von Theologiestudenten sind nicht mehr zeitgemäß.
- **Anhebung der investiven Ausgaben im Verteidigungshaushalt** auf mindestens 30 % sowie die Steigerung der Effizienz der Bundeswehr durch Rationalisierung und Privatisierung.

Liberaler Entwicklungspartnerschaft

Liberaler Entwicklungspartnerschaft versteht sich als Teil einer Politik der gemeinsamen Zukunftssicherung. Richtig verstandene Entwicklungspolitik ist eine grundlegende Voraussetzung zur Stärkung des inneren und äußeren Friedens. Sie dient der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und der wirtschaftlichen Entwicklung. **Die Liberalen bekennen sich zu einer wertorientierten Entwicklungspolitik.** Die Vielfalt der Kulturen steht dazu nicht im Gegensatz. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftliche Prinzipien sind die besten Grundlagen einer menschenwürdigen Entwicklung.

Immer mehr Mittel müssen für Not- und Flüchtlingshilfe eingesetzt werden und stehen daher für längerfristige, strukturwirksame Entwicklungsvorhaben nicht mehr zur Verfügung. Entwicklungspolitik muß daher einen Beitrag zur Krisenprävention leisten. Wirksame Entwicklungszusammenarbeit zielt auf die **Verbesserung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen**, um Eigenverantwortung und Eigeninitiative in den Partnerländern zu fördern. In einigen Entwicklungsländern haben schon heute privater Kapitaltransfer und freier Handel weit größere Bedeutung als öffentliche Entwicklungshilfe. Liberale setzen auf freien Welthandel und Öffnung der Märkte, insbesondere des europäischen Marktes, im Interesse der Entwicklungsländer.

Entwicklungspolitik als weltweite Sozialhilfe ist zum Scheitern verurteilt. Die knappen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit müssen noch wirksamer eingesetzt und zwischen den Partnerländern stärker differenziert werden. In der Entwicklungszusammenarbeit werden neben dem Staat andere Akteure eine immer stärkere Rolle übernehmen. **Die Liberalen begrüßen das Engagement unserer Bürger, der Kommunen, der Wirtschaft und der Nichtregierungsorganisationen.** Entwicklungsländer in der Krise bedrohen auch deutsche Interessen. Erfolgreiche Partnerländer nützen auch unserer Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze.

Die F.D.P. fordert:

- Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption sowie marktwirtschaftliches und entwicklungsorientiertes staatliches Handeln müssen konsequenter für Art und Umfang der Entwicklungszusammenarbeit herangezogen werden. **Künftig muß die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern stärker an die Achtung von Menschenrechten und die Wahrung internationaler völkerrechtlicher Verpflichtungen gekoppelt werden.** Entwicklungsländer sind im Kampf gegen Armut, gewaltsame Konflikte und Umweltzerstörung zuerst selbst verantwortlich.
- Entwicklungspolitik muß sich auf Strukturveränderung in den Schlüsselbereichen des wirtschaftlichen und sozialen, ökologischen und politischen Fortschritts konzentrieren. Sie geht weg von der Einzelprojektförderung hin zur systemorientierten Politikberatung und Programmentwicklung auf der Grundlage differenzierter Regional- und Länderkonzepte.
- Länderkonzepte müssen regionale und lokale Initiativen und Strukturen in den Vordergrund stellen. Dazu gehören lokale Märkte, Spar- und Kreditsysteme für Kleinunternehmer sowie deren lokale und regionale Zusammenschlüsse in Verbänden und Kammern.
- **Für die Entwicklung leistungsfähiger Kapital- und Kreditmärkte muß stärker privates Kapital mobilisiert werden**, wie z. B. privatwirtschaftliche Finanzierung von Infrastrukturvorhaben durch Zinssubventionierung und Ausfallbürgschaften; um Verschwendung zu vermeiden, sollten Kredite für finanzielle Zusammenarbeit grundsätzlich an Marktkonditionen herangeführt werden.
- Staatliche und nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit brauchen mehr Transparenz und Ergebnisorientierung. Für eine bessere Wirksamkeit

deutscher Entwicklungspolitik sind verbesserte Kooperation und Koordination, Erfolgskontrollen, **die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien bis hin zur Vergabe von Fördermitteln im Wettbewerb der Durchführungsorganisationen notwendig.**

- Internationale Entwicklungszusammenarbeit, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, der OECD und des Europäischen Entwicklungsfonds, muß gestrafft und besser abgestimmt, Überschneidungen von Kompetenzen und Programmen müssen verhindert werden.

Stichwortverzeichnis

Abfallentsorgung	76 ff
Abgabelast	7 ff
Abgeltungsteuer	10
Abitur	28, 31
Abrüstung	95
Abwasser	79
Agenda 2000	100
Agrarpolitik	12, 21, 22, 100
Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen	15
Altbauten	88
Alter	37,
Alterssicherung	10, 37, 38, 39
Alterssicherung, Frauen	39
Anti-Personen-Minen	95
Arbeitsplätze	6, 9, 11, 12
Arbeitsvermittlung	14
Armüt	91, 103
Asylrecht	58, 59
Atomwaffentest	95
Aufbau Ost	12
Ausbildung, gestufte	29
Ausbildungsplatzabgabe	29
Außenpolitik	80, 90, 91, 92
Außenwirtschaftsinteressen	91
Ausgleichssystem der EU	22
Ausländer	56
Ausnahmetatbestände, steuerliche	8, 9
BAföG	33
Bahnreform	85
Baukindergeld	88
Baurecht	88
Bausparen	88
Begabtenförderung	26
Behinderte	47
Berufliche Abschlüsse	29
Berufliche Bildung	28
Berufsbegleitendes Studium	32
Bevölkerungsexplosion	92
Bildungsfinanzierung	25, 20

Bildungsgutscheine	30, 32
Bildungsoffensive	20, 25 f
Binnenmarkt	20, 42, 96
Binnenschiff	86
Biotechnologie	59
Bodenschutzkonvention	81
Buchpreisbindung	75
Bundesbeteiligungen	13, 25, 63
Bundeswehr	46, 101, 102
Bündnisfähigkeit	90
Bürgergeld	17, 43, 44
Bürokratie	13, 22, 40, 78
Chancengleichheit	25, 31, 33, 51
CO ₂ -Emissionen	82
Datenschutz	55, 56
Deregulierung	22, 34, 61 f
Deutsche Bundesbank	21
Dialog der Kulturen	92
Drogen/Sucht	48, 49, 97
Duales Rundfunksystem	72
Eigenbeteiligung	37 f
Eigenheimzulagengesetz	88
Eigentum	13, 51, 85
Energie	10, 77, 82
Energiebesteuerung	10
Energieverbrauch	10, 77, 86
Energiewirtschaft	14, 77
Entfernungspauschale	80, 84
Entwicklungspolitik	88, 102 f
Erbschaft- und Schenkungsteuer	9
Erziehung	26, 45, 72
EU-Erweiterung	96
EU-Finanzsystem	98
EU-Haushalt	96
EU-Rechtsschutz	97
EU-Strukturfonds	101
EU-Verhältnismäßigkeitsrecht	96
Euro	63, 20, 21, 91, 94, 97
Europäische Menschenrechtskonvention	68, 96
Europäische Verfassung	68
Europäische Kommission	96, 100

Europäische Union	12, 42, 58, 62, 68, 91 ff
Europäische Zentralbank	21, 97
Europäische Investitionsbank	101
Europäische Strukturpolitik	99
Europäischer Entwicklungsfonds	104
Europäischer Gerichtshof	54
Europäisches Parlament	68, 96
EUROPOL	53, 54, 97 f
Familien	42, 45, 46, 54, 88
Fehlbelegung	88
Finanzausgleich	66 f
Finanzreform	11
Finanzverfassung	66
Flächentarife	15,
Flüchtlingpolitik	58
Flughafengesellschaften	87
Föderalismus	65, 66
Forschung	19, 25, 30 ff, 60, 83, 85, 99
Forschungsförderung	34
Freie Berufe	7
Welthandel	102
Fremdsprachenunterricht	27, 29
Frieden	90 f, 101
Führungskräfte	102
Geldwertstabilität	97
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)	12, 100
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GAS)	96
Gen- und Biotechnologie	23
Genehmigungsverfahren	13, 34, 70, 78
Generationenbilanz	39
Generationenvertrag	44
Gentechnologie	23
Gerichtlicher Rechtsschutz	65
Geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (620/520-DM-Jobs)	18
Gesamteuropäische Friedensordnung	93, 101
Gesundheitsreform	40
Gesundheitswesen	40
Grundlagenforschung	34, 70
Gewalt	26, 52, 54, 90, 91

Gewerbeertragsteuer	11
Gewerbekapitalsteuer	9
Globalhaushalte	30
Globalisierung	5, 7, 20, 25, 56, 61, 90 f
Grundschule	26, 27
Grundsteuer	11
Güterverkehrszentren	86
Handwerk	100
Hochschulbau	30
Hochschulen	19, 20, 25, 30, 31, 32
Hochschulforschung	34
Homosexualität	47
Humanitäre Hilfe	94
Informationsgesellschaft	19, 27, 55, 63, 69 f
Informationstechnologien	27, 70
Infrastruktur	84, 86
Innere Einheit	51
Innere Sicherheit	54, 97
Innovation	7 f, 14, 18, 20, 76
Internationale Umweltrechtsordnung	92
Internationaler Strafgerichtshof	90
Internet	71
Investitionen	15
Jugend	44, 50
Jugendkriminalität	54, 55
Jugendstrafrecht	55
Jugendstrafvollzug	55
Justiz	65, 68
Kapitaldeckung	38 ff
Kapitalmarkt	39, 61, 62
Kernenergie	83
Kfz-Steuer	11, 80
Kindschaftsrecht	47
Kirchen/Religionsgemeinschaften	60
Klimaschutz	81, 82, 92
Kohlepennig	9
Kombi-Einkommen	17
Kommunale Selbstverwaltung	66, 67
Korruption	103
Kostenerstattungsprinzip	42
Krankenversicherung	18, 40

Kriegsverbrechen	90
Kriminalität	52, 54, 74, 91, 97 f
Kryptographie	71
Kultur der Selbständigkeit	19, 101
Kulturlandschaft	21, 24, 78, 100
Kultur	19, 35, 60, 72, 92, 101
Kulturförderung	35 f
Kulturausschuß (des Deutschen Bundestages)	36
Kulturstiftung	36
Kündigungsschutz	17
Ladenschluß	14
Landwirtschaft	21 ff, 99 f
Ländlicher Raum	21, 100
Lebensarbeitszeit	39
Lehrerausbildung	27
Leiharbeit	16
Lernen, lebenslanges	26 f, 32 f, 70
Liegenschaften	13
Lohnzusatzkosten	6, 18, 41
Marktwirtschaft	6, 7, 37, 76
Massenvernichtungswaffen	91, 95
Medien	27, 69 ff
Menschenrechte	60, 90 f, 95, 103
Mieterschutz	88
Mietrecht	47, 89
Milchkontingentierung	22
Mineralölsteuer	11, 80
Mischfinanzierung	67
Mittelstand	7, 11, 13
Mobilität	64, 84, 86, 95
Multimedia	72
Nachwachsende Rohstoffe	24
Naturschutz	24, 78
Negativsteuer	17
Nettoentlastung	8
Neue Medien	27, 71, 72
Neue Bundesländer	7, 10, 12
Nichteheliche Lebensgemeinschaften	47
Nichtregierungsorganisationen (NGO)	103
Niedriglohnbereich	43
Nordatlantische Allianz (NATO)	91, 94, 95

OECD	104
Öffentlich-rechtlicher Rundfunk	72
Öffentlicher Dienst	64
Öffentlicher Personennahverkehr, ÖPNV	85
Öffnung der Märkte	102
Öko-Audit	77, 78
Ökologische Marktwirtschaft	76
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	91, 93 f
Pauschale Arbeitszeitverkürzung	37
Pensionsfonds	16, 38, 65
Perspektiven	22
Pflegeversicherung	42
Polizei	53 f
Post	13 f, 63
Privater Rundfunk	73
Privathochschulen	32
Privatisierung	13 f, 63, 85, 87
Produktivität	14 ff
Rechtsextremismus	54
Regionalfonds	99 f
Risikokapital, s. Wagniskapital	19
Regionalisierung	41, 85
Rentenbeiträge	39
Rentenreform	18
Rentenversicherung, Gesetzliche	37 f, 64
Risikostrukturausgleich	41
Rüstungsexporte	95
Rüstungskontrolle	95
Schienenverkehr	15, 20 - 22
Schifffahrt	86
Schlanker Staat	63
Schule	20 ff
SED-Diktatur	51
Selbständige	7, 13
Seniorenpolitik	47 f
Sicherheitsrat	90 f
Soziale Sicherung	37
Soziale Marktwirtschaft	6, 7
Sozialleistungen	37 ff
Sozialpolitik	32 ff

Sozialstaat	7
Sozialversicherungsbeiträge	37
Sponsoring	32
Sport	49
Staatsangehörigkeitsrecht	57
Staatshaftung	59
Staatsstätigkeit	63
Staatsverschuldung	39
Stabilitätspakt	97
Steinkohlesubventionen	11
Steuerehrlichkeit	7
Steuergerechtigkeit	7
Steuerreform	7 ff, 38
Steuersenkung	7
Stiftungs- und Stiftungssteuerrecht	36
Stiftungsuniversitäten	32
Strafrecht	52
Strafverfahren	53
Straßenverkehr	84
Streitkräftestruktur	101
Strukturwandel	23
Strukturpolitik	99
Studiengebühren	31
Subsidiarität	66 f
Subventionen	8, 11, 100
Wagniskapital	19
Tarifpolitik	12, 15
Tarifvertragsgesetz	15
Täter-Opfer-Ausgleich	54
Teilzeitarbeit	16, 46
Telekommunikation	14
Tierschutz	21, 60
Tiertransporte	22
Tourismus	24, 100
Überregulierung	37, 51
Unternehmen, kleine und mittlere	9 ff, 23, 61f, 77, 97, 100
Urheberrecht, s. auch Patente	71
Umweltschutz	21 f, 76 ff, 92, 100
Umwelttechnik	19
Unionsbürger	57, 97
Unternehmensteuerreform	9 f

Unternehmer	13, 19, 21 f, 63
Verbandsklagerecht	78
Vereinte Nationen	90, 104
Verfassungsschranken	63
Verfahrensvereinfachungen	11,
Verkehrslärm	84
Vermögensbildung	16
Vermögensteuer	9, 11
Versicherungsfremde Leistungen	38
Versorgungswerke, berufsständische	38
Vertrag von Amsterdam	68, 96 f
Verwaltungsreform	13
Völkermord	90
Völkerrecht	90
Waldkonvention	81
Waffenproliferation	91
Wagniskapital	19
Wahlrecht	57
Wehrdienstzeit	101
Wehrpflicht	101
Weinbau	22
Weiterbildung	20, 33, 48
Werbefreiheit	72
Welthandelsorganisation (WTO)	91
Westeuropäische Union (WEU)	91
Wettrüsten	95
Wiedergutmachung	51, 54
Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)	20, 96 f
Wirtschaftsrecht	88
Wohneigentum	88
Wohngeld	16
Wohnungsbau, sozialer	57
Wohnungsbestand	30
Wohnungsneubau	22
Zeitarbeit	16
Zuwanderung	57 f
ZVS	30
Zwangflächenstillegungen	22